

Landtag von Baden-Württemberg

103. Sitzung 14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 28. Oktober 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr Mittagspause: 13:15 bis 14:17 Uhr Schluss: 16:58 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	7285 3	. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Vermes-	
lückwünsche zum Geburtstag der Abg. Sabine ohler und Reinhold Pix	7285	sungsgesetzes – Drucksache 14/7075	7307
Entfallen von Tagesordnungspunkt 6	7285	Minister Rudolf Köberle Abg. Karl Klein CDU Abg. Fritz Buschle SPD Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE Abg. Dieter Ehret FDP/DVP	7307 7308 7308
1. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr – Mit einer Volksabstimmung die drin- gend notwendige breite Akzeptanz der Bürge- rinnen und Bürger zur Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart (Stuttgart 21) und zur	4	Beschluss	7310
Neubaustrecke Wendlingen-Ulm zurückgewinnen – Drucksache 14/6896	7285	che 14/4582	
Abg. Dr. Nils Schmid SPD. 7285, Abg. Klaus Herrmann CDU. Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE. Abg. Hagen Kluck FDP/DVP. 7292, Minister Heribert Rech.	7287 7289 7296	Abg. Alfred Winkler SPD Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP Minister Rudolf Köberle Abg. Karl Rombach CDU	7312 7313 7314 7315
Beschluss	7297	Beschluss	7319
Abg. Theresia Bauer GRÜNE (zur Abstimmung) Abg. Claus Schmiedel SPD (persönliche Erklärung)	3	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Mulfinger Schul	
2. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Dienstleistungen		konzept im öffentlichen Bildungswesen zulassen – Drucksache 14/4602	7319
als Motor für Innovationen, Beschäftigung und Wohlstand in Baden-Württemberg – Drucksache 14/5173	7299	Abg. Dr. Frank Mentrup SPD7319,Abg. Renate Rastätter GRÜNE7320,Abg. Volker Schebesta CDU7321,	7326 7326
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 7299, Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	7300	Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP	, 7327
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	7303	Fragestundeentfällt (7	7285)

keitsbegrenzungen auf baden-württemberg	nahme des Innenministeriums – Geschwindig- keitsbegrenzungen auf baden-württembergi- schen Bundesautobahnen – Drucksache		Abg. Beate Fauser FDP/DVP. Staatssekretär Richard Drautz	
			Beschluss	7356
	7334 7329 7330 7331 7332	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus schusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. September 2010 – Gemeinschaftsauf gabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2011 bis 2014 – Drucksachen 14/6936, 14/7044		
	Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Gebühren und Ausfälle bei Landesbürgschaften – Drucksache 14/4761 Beschluss	7335	. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Juli 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 – Beitrag Nr. 8: Erhöhungsanträge bei Infrastrukturmaßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs – Drucksachen 14/6764, 14/7045	7356
	schungseinrichtungen – Drucksache 14/4765	7335	Beschluss	7356
	Abg. Dr. Rainer Prewo SPD. 7335, Abg. Katrin Schütz CDU. Abg. Theresia Bauer GRÜNE Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP Minister Dr. Peter Frankenberg Beschluss.	7336 7337 7338 7339	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württem-	
10.	 a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Sportunterricht in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4461 		berg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 9: Förderung von Brückenbauten – Drucksachen 14/6466, 14/7046	7356
			Beschluss	7356
	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Schulsportmentoren in Baden-Württemberg – Drucksache 14/6757		. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landesregierung zur Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier:	
	Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE Abg. Peter Hofelich SPD Abg. Elke Brunnemer CDU Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	7343 7344 7345	deshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 8: Rad- und Gehwegbau – Drucksachen 14/6570, 14/7047	
	Staatssekretär Georg Wacker	72.40	Beschluss	/330
11. 1	Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Juli 2010 – Mittelstandsbericht 2010 – Drucksachen 14/6731, 14/7041	7348	. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 7. Oktober 2010 – Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 70 bzw. nach § 3 StHG 2010/11 Abs. 19 in der Fassung des Nachtrags 2010/11 – Druck-	
	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	7350	sachen 14/7033, 14/7058	
	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	7351	Beschluss	7356

17. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juli 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier:	18. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 4. August 2010 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenhei-
Bericht über die Umsetzung der Beschluss-	ten; hier: Zukünftige europäische Tourismus-
empfehlungen des Sonderausschusses "Konse-	politik – Drucksachen 14/6817, 14/7042 735′
quenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt"	Beschluss
a) Kapitel 1: Gewaltprävention bei Jugendli- chen und jungen Erwachsenen	19. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/7060, 14/7061, 14/7062, 14/7063, 14/7064
b) Kapitel 2: Zugang zu Waffen	Beschluss
c) Kapitel 3: Gewaltdarstellung in Medien,	
u. a. in Computerspielen	20. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fach- ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von
d) Kapitel 4: Sicherheitsmaßnahmen an Schulen	Abgeordneten – Drucksache 14/6962 735'
Drucksachen 14/6775, 14/6776, 14/6777, 14/6778, 14/7055	Beschluss
Beschluss 7356	Nächste Sitzung 735

Protokoll

über die 103. Sitzung vom 28. Oktober 2010

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 103. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

(Unruhe)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Queitsch und den Herren Abg. Lehmann und Hollenbach erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Altpeter und Frau Abg. Rudolf.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart entschuldigt.

Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Professorin Dr. Ammicht Quinn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute haben Frau Kollegin Fohler und Herr Kollege Pix Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich ihnen sehr herzlich. – Sie sind wohl noch nicht anwesend.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gebe ich bekannt, dass zu Tagesordnungspunkt 6 – Fragestunde – keine Anfragen vorliegen, sodass dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr schön!)

Die Fraktionen sind auf Wunsch der Antragsteller übereingekommen, Tagesordnungspunkt 8 ohne Aussprache für erledigt zu erklären.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr – Mit einer Volksabstimmung die dringend notwendige breite Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zur Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart (Stuttgart 21) und zur Neubaustrecke Wendlingen–Ulm zurückgewinnen – Drucksache 14/6896

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Stuttgart 21 ist zu einem Symbol geworden, zum Symbol für das Versagen der Projektträger, die Akzeptanz für ein wichtiges Infrastrukturvorhaben politisch hochzuhalten. Denn die ursprüngliche Zustimmung zu diesem wichtigen Schienenverkehrsprojekt, die in Stadt und Land durchaus vorhanden war, ist in den Keller gerasselt.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Die Schuld daran tragen diejenigen, die in den letzten Jahren in Stadt und Land als Projektträger für dieses Projekt eingetreten sind. In erster Linie ist das der Oberbürgermeister Schuster, der die Stadtgesellschaft in dieser Frage gespalten hat, aber natürlich sind das auch der damalige Verkehrsminister Rech, der sich wenig um dieses Projekt geschert hat, und die Landesregierung insgesamt, die es nicht geschafft haben, den Menschen deutlich zu machen, wie wichtig dieses Schienenverkehrsvorhaben für unser Land Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Stuttgart 21 ist zum Symbol für eine Vertrauenskrise zwischen vielen Bürgerinnen und Bürgern des Landes und der Politik geworden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

Denn es geht nicht mehr nur um den Bahnhof und dessen Umgestaltung sowie um die Neubaustrecke nach Ulm, sondern es geht um die Frage: Wie geht eine Landesregierung mit Bürgerinnen und Bürgern um, die Einwände und Sorgen haben, die einen Anspruch darauf haben, dass die Pro- und die Kontraargumente gegeneinander abgewogen werden? Diese Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von einer Attitüde vor den Kopf gestoßen, mit der der Eindruck erweckt wird: "Wir ziehen das jetzt durch. Das ist beschlossen. Ende der Durchsage. Basta!" Dies werden sich die Bürgerinnen und Bürger des Landes Baden-Württemberg nicht länger bieten lassen.

(Beifall bei der SPD)

Stuttgart 21 ist zum Symbol für die Hilflosigkeit eines Ministerpräsidenten geworden, der, wie er selbst gesagt hat, dieses Thema "geerbt" hat, der aber dieses Erbe fast ausgeschlagen hätte, dann aber gemerkt hat, dass er damit vielleicht doch irgendwie Wahlkampf betreiben kann.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ein Schwachsinn!)

Eine Landesregierung und ein Ministerpräsident, die nicht wissen, wie sie mit diesem Bürgerprotest, mit diesem Aufbe(Dr. Nils Schmid)

gehren, mit diesem Infragestellen, auch mit diesem Engagement von vielen Bürgerinnen und Bürgern umgehen sollen, haben in ihrer Verzweiflung gesagt: Nun ja, uns wurde ein Fehdehandschuh hingeworfen, den nehmen wir auf. Trauriger Höhepunkt war dann der massive Polizeieinsatz, der jetzt zu Recht durch den Untersuchungsausschuss aufgearbeitet wird.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Drexler kann das schon gar nicht mehr hören!)

Dieser Polizeieinsatz hat nicht nur dem Projekt, sondern auch dem demokratischen Miteinander in unserem Land massiv geschadet.

(Beifall bei der SPD)

Die Debatte über Stuttgart 21 spaltet die Gesellschaft.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Insbesondere die SPD!)

Sie ist inzwischen in einen schwarz-grünen Glaubenskrieg darüber abgeglitten, wer jetzt recht hat, wessen Gutachten die besseren sind.

(Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

Je nachdem, wem man zuhört, geht die Welt entweder unter, wenn Stuttgart 21 nicht kommt, oder sie geht unter, wenn Stuttgart 21 kommt. Wir von der SPD sind der Meinung,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

dass wir einen neuen Anlauf brauchen, um in der Sache Überzeugungsarbeit zu leisten.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Vereinzelt Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

In der Sache sind die Argumente für Stuttgart 21 gut. Das hat die SPD immer wieder deutlich gemacht. Es gibt gute Argumente dafür, weshalb wir dieses große Bauvorhaben im Land in Angriff nehmen: die Verbesserungen im Fernverkehr, die Anbindung auf dieser wichtigen Ost-West-Achse, beispielsweise die Möglichkeit, die Südbahn nach Ulm heranzuführen und diesen Bereich des Landes dann auch besser zu verknüpfen, Verbesserungen im Nahverkehr, gerade im Großraum Stuttgart – übrigens auch in dem Wahlkreis, in dem ich bisher angetreten bin, und in dem Wahlkreis, in dem ich in Zukunft antreten werde, im Raum Neckar-Alb.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herzlich willkommen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn Sie es wissen, warum fragen Sie dann? – Unruhe)

Der Bereich südlich von Stuttgart wird im regionalen Schienennahverkehr massiv besser verknüpft.

Schließlich gibt es eine große städtebauliche Chance für die Stadt Stuttgart. Diese städtebauliche Chance hat Oberbürgermeister Schuster leichtfertig aufs Spiel gesetzt, indem er bei städtebaulichen Vorhaben immer wieder Großinvestoren den Vorzug gegeben hat. Damit ist dies eher zu einer Bedrohung

als zu einer Chance geworden. Ich sage aber: Die guten Argumente für Stuttgart 21 gelten nach wie vor. Deshalb brauchen wir einen neuen Anlauf, um die Bürgerinnen und Bürger hier im Land zu überzeugen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dieser neue Anlauf knüpft an die Haltung an, die die SPD zu diesem wichtigen Infrastrukturvorhaben über 15 Jahre hinweg vertreten hat.

Wir als SPD hätten es uns leicht machen und sagen können: Na ja, lassen wir das die Landesregierung allein durchboxen. Wir haben aber über Jahre hinweg deutlich gemacht: Wir stehen zu dem Vorhaben; es ist wichtig für den Wirtschaftsstandort. Wir wissen, Wachstum und Beschäftigung hängen ganz eng an Verkehrswegen und gerade auch an Schienenwegen. Wir haben deshalb dieses Vorhaben unterstützt, frei nach dem Motto "Erst das Land, dann die Partei".

(Beifall bei der SPD – Abg. Albrecht Fischer CDU: Bis zum Parteitag!)

Jetzt weisen wir einen Weg aus der Sackgasse, in die Sie das Projekt geführt haben, einen Weg der Vernunft, einen Weg, der Brücken baut, und einen Weg, der für dieses Projekt neu wirbt und die Bürgerinnen und Bürger neu davon überzeugt, dass es unterm Strich nach Abwägung von Pro und Kontra besser ist, das Projekt zu Ende zu bauen, anstatt es unter hohen Ausstiegskosten abzubrechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb werben wir dafür und haben einen konkreten Vorschlag gemacht, wie mit einer Volksabstimmung eine zusätzliche demokratische Legitimation für die Vollendung dieses Bauvorhabens gewonnen werden kann.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Oh!)

Wir wollen eine Debatte austragen, die jetzt durch das Schlichtungsverfahren eingeleitet wird und in der Pro und Kontra auf den Tisch kommen, in der die Kosten – übrigens auch die Ausstiegskosten – auf den Tisch kommen,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Die liegen auf dem Tisch!)

und wollen dann die Bürgerinnen und Bürger entscheiden lassen

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist ein transeuropäisches Netz, da müssen Sie Europa fragen! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn wir jetzt sagen, wir wollen uns und auch den Argumenten der Gegner Gehör verschaffen, wenn wir diesen Auftrag des Schlichtungsverfahrens ernst nehmen, dann haben die Bürger des Landes Baden-Württemberg – die diese Debatten womöglich tagelang am Bildschirm mitverfolgen – nicht nur den Anspruch und auch das Bedürfnis, dies anzuschauen und anzuhören, sondern auch den Anspruch, das letzte Wort zu haben. Dafür treten wir als SPD ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Dr. Nils Schmid)

Übrigens schließt das an unsere Überzeugung an, dass die repräsentative Demokratie durch mehr direktdemokratische Elemente ergänzt – nicht ersetzt – werden sollte. Gemeinsame Anträge mit den Grünen liegen vor. Deshalb sage ich: Wir wollen über den Einzelfall hinaus die Bürgerinnen und Bürger in Sachfragen stärker beteiligen, deshalb die Quoren senken und insgesamt Referenden im Land Baden-Württemberg erleichtern. Das ist einer Gesellschaft mündiger Bürger würdig, und es ist eines Landes würdig, das das modernste Land in der Republik ist und deshalb auch die modernste Demokratie braucht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Machen Sie einmal eine Abstimmung zu der Frage, wer das Land in diese Situation gebracht hat!)

Deshalb fordere ich Sie auf: Übernehmen Sie auch in dieser Frage Führungsverantwortung. Was Sie an juristischen Einwänden vorgetragen haben, was Ihnen Ihre Gutachter vorgesetzt haben, das ist alles nur vorgeschoben.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich will jetzt nicht ein Oberseminar in Verfassungsrecht abhalten. Es sind letztlich politische Fragen, ob Sie die Menschen mitnehmen, ob Sie die Menschen in dieser Frage entscheiden lassen oder ob Sie sich hinter Gutachten verschanzen, die schon längst widerlegt sind.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Was macht denn die SPD?)

Sie haben es in der Hand, die Menschen neu zu überzeugen. Sie müssen heute politisch entscheiden, ob Sie den Menschen das letzte Wort geben oder ob Sie dieses Großprojekt weiterhin mit der Brechstange, mit Wasserwerfern und mit Pfefferspray durchhauen wollen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt hört es auf! – Unruhe)

Ich sage Ihnen, Herr Mappus, meine Herren von der CDU und der FDP/DVP: Wer gute Argumente hat, der braucht sich vor dem Volk nicht zu fürchten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie fürchten sich doch vor dem Volk!)

Ich biete Ihnen ein Aktionsbündnis für mehr Demokratie und für eine gute Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg an. Dafür steht die SPD, und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, unter diesem Tagesordnungspunkt ist auch der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7099, mit aufgerufen.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Herrmann das Wort.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schmid, die Diskussion über Stuttgart 21 spaltet nicht die Gesellschaft in diesem Land, sondern sie spaltet die SPD in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP-Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir sind die Gesellschaft! – Weitere Zurufe von der SPD)

- Offenbar regen Sie sich über diese Aussage sehr auf, weil sie stimmt.

Es ist schon interessant, dass Sie im August dieses Jahres den Vorschlag gemacht haben, einen Volksentscheid herbeizuführen, einen Vorschlag, den Ihr Vordenker, Erhard Eppler, als Erster einbrachte.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Er hat wenigstens einen!)

Immer, wenn Eppler etwas eingebracht hat, hat die SPD deutlich Stimmen verloren. Das muss man auch sehen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir haben Ihren Vorschlag ausgiebig prüfen lassen. Er ist verfassungsrechtlich strittig und aus unserer Sicht verfassungsrechtlich unzulässig. Man muss sich einmal vergegenwärtigen, was Ihr Gutachter vorschlägt. Er schlägt vor: Die Landesregierung bringt einen Gesetzentwurf im Landtag ein, der vorsieht: Baden-Württemberg steigt aus Stuttgart 21 aus.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, aus den Verträgen! Kostenverträgen!)

Das heißt, die Landesregierung muss einen Gesetzentwurf einbringen, der etwas beinhaltet, was sie eigentlich nicht will.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, das ist richtig!)

Das ist der Aufruf zum Rechtsmissbrauch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was?)

Artikel 60 Abs. 3 der Landesverfassung sieht dann die Möglichkeit für eine Volksabstimmung vor, wenn es zu einem Konflikt zwischen der Landesregierung und der Landtagsmehrheit kommt. Dieser Konflikt ist hier nicht gegeben.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Sehr richtig!)

Über Stuttgart 21 gibt es zahlreiche Falschmeldungen und wird teilweise einseitig berichtet. In einer solchen Situation würde doch von einigen Projektgegnern bewusst verbreitet,

(Oh-Rufe von der SPD)

die Landesregierung sei gegen das Projekt, sie habe ja ein Ausstiegsgesetz vorgelegt. Das muss man auch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE) (Klaus Herrmann)

Zwei Gutachten – zum einen das des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Professor Dr. Paul Kirchhof und zum anderen das der beiden renommierten Rechtsanwälte Dr. Klaus-Peter Dolde und Dr. Winfried Porsch – kommen zu dem Ergebnis, dass eine Volksabstimmung zu diesem Thema in diesem Stadium und auf die von der SPD vorgeschlagene rechtsmissbräuchliche Weise unzulässig ist.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Lassen Sie mich neben dieser rechtlichen Beurteilung noch einige weitere Argumente anführen, die in dieser Frage und zu diesem Zeitpunkt gegen einen Volksentscheid sprechen.

Wir sind zum Vertrauensschutz gegenüber den Bauherren verpflichtet. Diese haben auch einen Rechtsanspruch auf den Vollzug einer Baugenehmigung. Was für ein Signal gäben wir, wenn man bei Bauvorhaben nach der Genehmigung und nach zahlreichen Gerichtsentscheidungen alles wieder infrage stellen wollte? Andere würden sich darauf berufen. Das würde den Staat beschädigen, der 60 Jahre erfolgreich war, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sollten den Bürgern auch nicht Sand in die Augen streuen. Mit einem Volksentscheid erweckt man den Eindruck, ein Ausstieg sei machbar.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist er auch!)

Die SPD schreibt in ihrem Antrag, man müsse deutlich sagen,

dass ein Ausstieg mit erheblichen Kosten

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

verbunden wäre. ... 1,4 Milliarden ϵ und eine auf lange Zeit unzureichende Schieneninfrastruktur ...

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, genau!)

Das alles wird aber auch wieder von einigen – man hört es in den Zwischenrufen – infrage gestellt werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist das Leben!)

Deshalb die Antwort, Herr Dr. Schmid, auf Ihre Frage, wie die CDU mit den Einwänden und den berechtigten Sorgen der Bürger umgeht: Ministerpräsident Stefan Mappus hat vorgeschlagen, mit dem Vermittler Heiner Geißler im Rahmen von Schlichtungsgesprächen die auf dem Tisch liegenden Argumente noch einmal klar und deutlich öffentlich zu machen und auch mit denen, die gegen das Projekt sind, in breiter öffentlicher Form zu diskutieren. Das ist der richtige Weg, wie man mit den Sorgen und Ängsten der Bürger umgeht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was kommt nach der Schlichtung? Und dann?)

Zu der Aussage, man könne Akzeptanz herstellen und Gräben zuschütten, kann ich nur zitieren, was in den "Badischen Neuesten Nachrichten" vom 8. September 2010 stand:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist schon lange her!)

Im Appell von Erhard Eppler wird ein Plebiszit als Möglichkeit angepriesen, um das gute und demokratische politische Klima in Stuttgart wiederherzustellen. Mit Verlaub, das ist völliger Quatsch. Eine monatelange Auseinandersetzung vor einem landesweiten Volksentscheid mit einem knappen Ausgang, egal für welche Position, würde die Gräben nur noch vertiefen.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU)

Was passiert, wenn die Mehrheit im Land für Stuttgart 21, aber in Stuttgart selbst eine Mehrheit gegen Stuttgart 21 ist? Glauben Sie, dass das Akzeptanz herstellt?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, natürlich!)

Was passiert, wenn schon jetzt manche Demonstranten demokratisch gefasste Beschlüsse einfach ignorieren, zum Teil angeheizt durch die Grünen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es! – Zurufe von der SPD und den Grünen)

wenn manche unter den Demonstranten nicht einmal gesprächsbereit sind und eindeutig Straftaten begehen und das mit zivilem Ungehorsam begründen?

(Beifall bei der CDU)

Dann glaube ich nicht, dass durch einen Volksentscheid wirkliche Akzeptanz hergestellt wird. Ich lese in der Begründung zum Antrag der Grünen, man wolle mit einem Volksentscheid weiteren Schaden für die politische Kultur abwenden. Das ist einfach lächerlich. Sie von den Grünen haben bei allen demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten verloren. Sie haben die OB-Wahl in Stuttgart zu einer Volksabstimmung über Stuttgart 21 gemacht. Ihr Kandidat Palmer hat verloren. Herr Özdemir hat in seinem Wahlkreis vor der letzten Bundestagswahl überall erzählt: "Wenn ihr mich wählt, dann wird Stuttgart 21 gestoppt." Sie haben verloren. Jetzt mobilisieren Sie die Straße.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Marianne Wonnay SPD: Wer ist denn das, die Straße?)

So ist es.

(Beifall bei der CDU – Zuruf: Ausgezeichnet!)

Jetzt haben Sie Bedenken und fürchten, dass durch die breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit und den Vermittler Heiner Geißler die vielen guten Argumente breit unters Volk getragen werden. Jetzt merken Sie, dass die Ablehnungsfront bröckelt, und jetzt behaupten Sie, mit einer Volksabstimmung könne man weiteren Schaden abwenden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gute Rede!)

Herr Sckerl hat hier im Parlament gesagt, dieses Demokratiemodell habe sich "restlos verbraucht". Gestern hat er noch eines draufgesetzt und gesagt, wenn Demonstranten in ihrem (Klaus Herrmann)

Anliegen besonders hartnäckig seien, dann müsse die Regierung darauf reagieren und einknicken. Wir wollen kein anderes Demokratiemodell, wir wollen kein Regieren durch die Straße, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! Sehr gut!)

Ein letzter Punkt: Ich darf den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts zitieren, den höchsten deutschen Richter. Er sagt:

Ein nachträglicher Volksentscheid stellt ein ernsthaftes Problem für die Verwirklichung von Infrastrukturprojekten dar. Irgendwann muss hier ein Schlusspunkt gesetzt werden, spätestens dann, wenn die höchsten Gerichte über das Projekt entschieden haben. Ansonsten verlieren wir unsere Zukunftsfähigkeit.

(Abg. Helmut Walter Rüeck und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wer hat den Mann vorgeschlagen?)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Zukunftsfähigkeit nicht verlieren. Herr Schmid, Sie haben gesagt, Baden-Württemberg sei das modernste Land in dieser Republik. Dazu haben die Menschen es gemacht. Dazu ist es geworden, weil wir eine vernünftige Verfassung mit einem guten Rahmen haben. Wir wollen, dass Baden-Württemberg das modernste Land in dieser Republik bleibt, und wollen nicht aus einer Tagesaktualität heraus unsere Verfassung ändern oder verbiegen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat spaltet kein Thema unsere Gesellschaft so wie Stuttgart 21. Immerhin haben die Schlichtungsrunden zu einer Entspannung beigetragen. Gegner und Befürworter reden miteinander, orientiert an der Sache.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht alle!)

Ich finde, es ist gut und wichtig, dass dieser Prozess eingeleitet ist, und der Schlichter Dr. Heiner Geißler macht die Sache gut und engagiert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Engagiert auf jeden Fall!)

Wir werden die nächsten Wochen nutzen, um die Faktenlage, die Daten, die Kosten in Augenschein zu nehmen, zu diskutieren und alles öffentlich zu machen, um so zur Meinungsbildung beizutragen, die in dieser Weise in und vor dem Verfahren nicht stattgefunden hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es gibt ein Planfeststellungsverfahren!)

Wir gehen allerdings nicht davon aus, dass das dazu führen wird, dass eine Seite ihren Standpunkt völlig aufgibt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wir schon!)

Deswegen glauben wir, dass es erst durch eine Volksabstimmung tatsächlich zu einer Überwindung dieser Spaltung in Stadt und Land kommen wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist blauäugig!)

Wir halten einen Volksentscheid zu Stuttgart 21 deswegen für zentral und befürworten ihn. Ich finde, das ist ein klassischer Fall für einen Volksentscheid.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gegen das Gesetz! Den Grünen ist das Gesetz wurscht, glaube ich! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Gerade die Tatsache, dass die Beschlüsse alle gefasst worden sind und sich ein solch massiver Protest sehr spät entwickelt hat.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Weil Sie aufgeheizt haben!)

auf den wir jetzt mit den Vermittlungsgesprächen reagieren, nehmen wir als Hinweis darauf, dass eine Volksabstimmung in dieser Situation genau das richtige Instrument zur Befriedung ist.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Egal, ob es zulässig ist oder nicht! Unglaublich!)

Das heißt: Der Souverän muss jetzt direkt sprechen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Argumente werden immer schlimmer!)

Nein, das ist einfach so. Das entspricht nämlich richtigerweise dem Demokratieprinzip.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Nach Ihrer Vorstellung! Sie haben in dieser Frage die Weisheit gepachtet!)

– Nein. Sie müssen einfach einmal lernen, zuzuhören. Das kann ich Ihnen nur dringend empfehlen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Scheinheiligkeit!)

Die Kanzlerin hat nämlich – entgegen unserer Auffassung – gesagt: Die Landtagswahl wird zu einem Plebiszit über Stuttgart 21.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

- Das hat sie gesagt.

(Zurufe von der CDU: Nein! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das stimmt gar nicht! Sie sollten zuhören und sie wenigstens richtig zitieren! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das hat sie gesagt, genau!)

Damit sagt sie natürlich: Auch schon beschlossene Projekte unterliegen dem Demokratieprinzip. Das ist auch ganz normal. Das sehen wir in Berlin beim Thema Atomausstieg. Es entspricht dem Demokratieprinzip, dass eine neue Regierung mit neuen Mehrheiten alte Beschlüsse ändern kann. Das ist

(Winfried Kretschmann)

völlig normal. Wenn ein Parlament das kann, dann kann ein Volksentscheid das erst recht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Jörg Döpper CDU: Aber hallo! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Landesverfassung aushebeln!)

Das liegt in der Logik des Demokratieprinzips. Wir wollen, dass das jetzt passiert, vor der Wahl oder spätestens mit der Wahl und nicht nach der Wahl.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Dieser Argumentation folgen nicht einmal alle Ihrer Mitglieder! – Zuruf des Ministerpräsidenten Stefan Mappus – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Auch für den Ministerpräsidenten gilt: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!)

Klar ist, dass der Vorschlag der SPD einen Umweg bedeutet, gegen den man natürlich Bedenken formulieren kann. Die sind auch von Ihren Gutachtern formuliert worden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Rechtsbeuger!)

Es ist verfassungspolitisch natürlich nicht die erste Wahl, es so zu machen.

(Lachen des Abg. Peter Hauk CDU)

Aber es ist natürlich kein Rechtsmissbrauch. Das haben die Gutachter Wieland und Hermes – –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Welchen Stellenwert hat die Verfassung, Herr Kollege? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie glauben ja selbst nicht, was Sie sagen! – Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

– Ich weiß nicht, Herr Präsident, warum die Mehrheitsfraktionen nicht zuhören können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Weil sie nicht wollen! Sie wollen nicht! – Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck: Wir hören zu, aber wir verstehen es nicht! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Nur weil wir zuhören, regen wir uns so auf!)

Nur, Herr Kollege Hauk: Es fällt auf Sie zurück. Sie sind es, die sich der Forderung verweigern,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oberlehrer!)

die Quoren für eine Volksabstimmung so zu senken, dass dieses Instrument vom Volk selbst in Gang gesetzt werden kann. Sie weigern sich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie stehen im Wort. Sie haben nämlich gesagt, dass Sie nichts gegen solche Volksabstimmungen haben. Sorgen Sie also dafür, dass die Mehrheitsfraktionen die Quoren senken.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Aber nicht rückwirkend! Das ist Quatsch!)

Dann kann der richtige Weg eingeschlagen werden. Da das Volk selbst protestiert und das geändert haben will, wäre es auch der richtige Weg, wenn es selbst über ein Volksbegehren einen Volksentscheid einleiten könnte. Das ist aber bei den bestehenden Hürden nicht möglich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum? – Abg. Klaus Herrmann CDU: Es sind nicht so viele dafür!)

Darum haben sie noch nie stattgefunden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Ja warum? – Glocke des Präsidenten)

Das fällt ganz klar auf Sie zurück.

Ich sage noch einmal: In Bayern --

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Entschuldigung, Herr Kretschmann!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Nein. Er hat sich schon mit Zwischenrufen verausgabt, da muss er mich nicht auch noch fragen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe keinen einzigen Zwischenruf gemacht! – Unruhe)

- Herr Kollege Röhm, mir läuft die Zeit davon.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Röhm hat eine grüne Krawatte an! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe keinen Zwischenruf gemacht! Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört! Das ist nicht in Ordnung!)

- Also gut, es gab keinen Zwischenruf von Ihnen. Okay.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Tun Sie mir nicht weh! – Heiterkeit)

In Bayern haben bisher sieben Volksentscheide stattgefunden. Man sieht, dass das die repräsentative Demokratie nicht infrage stellt. Es belebt und stärkt sie. Das ist die ganz wichtige Erfahrung, die man damit machen kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wenn die Bürgerschaft die Möglichkeit hat, direkt bei einzelnen Fragen zu intervenieren, dann steigt auch das Vertrauen in die repräsentative Demokratie insgesamt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Woran merken Sie das?)

Deswegen kann ich die CDU-Fraktion nur auffordern: Gehen Sie endlich den Weg, die Quoren so zu senken, dass ein Volksbegehren auch realistisch möglich ist. Dann können wir einen geraden Weg beschreiten

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wie die SPD!)

(Winfried Kretschmann)

und müssen nicht Umwege gehen, so wie jetzt. Allerdings führen auch Umwege zum Ziel. Deswegen kann ich Sie nur auffordern, unserem Begehren stattzugeben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich hätte eine weitere Frage, Herr Kretschmann!)

– Bitte.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielen Dank, Herr Kollege Kretschmann, dass Sie die Nachfrage zulassen.

Sie verweisen immer wieder auf die Schweiz. Ich möchte Sie fragen: Sehen Sie in einer Volksabstimmung in allererster Linie ein Verhinderungsinstrument, oder sehen Sie darin nicht vielmehr ein Gestaltungsinstrument?

(Zurufe von den Grünen, u. a. des Abg. Franz Untersteller – Zuruf von der SPD: Wir sehen es als Gestaltungsinstrument!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Die Schweiz ist dabei natürlich ein ganz schlechtes Beispiel, Herr Kollege. In der Schweiz wird über alles, selbst über Haushalts- und Steuerfragen, in Volksabstimmungen entschieden, und die Schweiz ist damit gut gefahren. Aber wir wollen das Schweizer Modell überhaupt nicht auf unser Land übertragen. Dazu ist unser Gemeinwesen zu groß.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Das ist nicht nötig. Wir haben nicht die gewachsenen Traditionen, wie sie in der Schweiz existieren.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Es geht vielmehr darum, dass wir die repräsentative Demokratie durch die Möglichkeit ergänzen, den Souverän in solchen Konfliktfällen und umstrittenen Fragen dann, wenn er das will, selbst entscheiden zu lassen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber davor!)

Bayern zeigt: Das ist selten genug der Fall.

(Beifall bei den Grünen)

Es gibt dieses Instrument auch in den Kommunen. Selbstverständlich kann man damit auch Dinge verhindern; das ist doch völlig in Ordnung.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Darum geht es Ihnen doch! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ah ja!)

Man muss Dinge verhindern, und man muss Dinge gestalten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Auch das Verhindern unsinniger Projekte ist ein positives Gestaltungselement. Das müssen Sie eben einmal begreifen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Kretschmann --

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Insofern die Klarstellung: Selbstverständlich bleibt die repräsentative Demokratie das Rückgrat unserer demokratischen Verfasstheit.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sagt aber Herr Sckerl anders! – Glocke des Präsidenten)

Es wird durch mehr direkte Demokratie in solchen Konflikten ergänzt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr wollt doch eine Beliebigkeitsdemokratie!)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie außerdem eine Nachfrage des Herrn Abg. Mack?

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Bitte.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Kollege Kretschmann, Sie sprechen über die Quoren bei Volksbegehren und Volksabstimmung. Sind Sie bereit, anzuerkennen, dass das mit der momentanen Debatte überhaupt nichts zu tun hat, sondern dass diese Debatte vielmehr mit dem zu tun hat, was der Präsident des Bundesverfassungsgerichts ausgeführt hat? Er sagte nämlich, dass, wenn Parlamente, wenn viele Parlamente entschieden haben, wenn alle Gerichte entschieden haben, nicht hinterher noch einmal eine Volksabstimmung kommen kann.

Kennen Sie die Aussage des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, dass dies im Regelfall schlicht und ergreifend nicht mehr möglich ist?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das hat Rechtskraft!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das hat er überhaupt nicht gesagt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch!)

Er hat gesagt, damit würde infrage gestellt, dass man in Zukunft noch Infrastrukturprojekte durchsetzen kann. Aber dass dies rechtlich möglich ist, ist doch evident, so, wie ein Parlament nachträglich Beschlüsse eines vorhergehenden Parlaments umstoßen kann.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Es werden doch keine Beschlüsse aufgehoben, es werden Verträge aufgelöst!)

So etwas wird oft genug gemacht. Dies kann mit einem Gesetzgebungsverfahren durch das Volk selbst natürlich genauso gemacht werden. Da besteht doch verfassungsrechtlich überhaupt kein Unterschied.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Darum geht es doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Für das Volk, mit dem Volk!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst ein paar Sätze zum Änderungsantrag der Grünen. In Abschnitt I sprechen Sie davon, dass Sie "weiteren Schaden für die politische Kultur ... abwenden" wollen. Lassen Sie mich dazu feststellen: Den größten Schaden haben bisher Sie durch Ihren Populismus ausgelöst.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Vor dem Hintergrund der Hetzkampagnen gegen Befürworter dieses Bahnprojekts ist das, was Sie hier beantragen, geradezu lächerlich. Wer zur Missachtung parlamentarischer Beschlüsse und damit zur Missachtung des Rechtsstaats aufruft, hat keinerlei politische Kultur.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wer macht denn das?)

Jetzt zur SPD: Obwohl der SPD-Landesvorsitzende Jurist ist, schlägt er für eine Volksabstimmung ein Verfahren vor, das eindeutig rechtsmissbräuchlich ist.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das Verfahren steht in der Verfassung!)

Landtagsmehrheit und Landesregierung sind sich doch einig, dass Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm richtig und wichtig sind. Die Regierung kann doch kein Ausstiegsgesetz einbringen, das der Landtag ablehnt, um es dann zur Volksabstimmung zu stellen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wo steht denn das?)

Um den Weiterbau des Bahnprojekts zu sichern, müsste die Bevölkerungsmehrheit dann mit Nein stimmen. Das ist über so viele Ecken gedacht. Das kapiert kein Mensch.

(Zurufe von der SPD)

Das erweckt den Eindruck, dass das nicht von einem Rechtsanwalt erdacht wurde, sondern aus der Paragrafenküche eines Winkeladvokaten kommt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben es doch auch begriffen!)

Als ich diesen Antrag zum ersten Mal gelesen habe und mir überlegt habe, wie das Szenario ablaufen sollte, hatte ich den Eindruck, ich werde von geistiger Umnachtung befallen. Das lag aber nicht an meinem vorherigen Zustand, sondern an der Lektüre.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt nur eine Erklärung: Der SPD-Antrag, den wir heute beraten, ist Ausdruck des fehlenden Rückgrats der Sozialdemokratie.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Falsch!)

Wer sich aus Angst vor der Landtagswahl in populistische Vorschläge flüchtet,

(Zuruf von der SPD: Das ist der FDP/DVP ganz fremd!)

ist nicht regierungsfähig und für verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger nicht wählbar.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Erinnern wir uns einmal: Noch im August dieses Jahres haben führende SPD-Politiker von der Unumkehrbarkeit des Projekts gesprochen. Originalton Claus Schmiedel laut einer Pressemitteilung vom 4. August 2010:

Wer in der jetzigen Umsetzungsphase von S 21 noch Hoffnungen auf einen Ausstieg nähre, streue sich selbst und den Menschen auf unverantwortliche Weise Sand in die Augen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zurufe von der SPD)

Dem Internetauftritt von Herrn Schmiedel konnte man noch gestern Abend den Satz entnehmen: Stuttgart 21 kommt "so sicher wie das Amen in der Kirche".

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich nehme Herrn Schmiedel beim Wort. Was Sie tun, ist unverantwortlich. Offensichtich geht es der SPD nicht um das Land, sondern genauso wie den grünen Demagogen einzig und allein um Umfragewerte.

(Vereinzelt Beifall)

Der SPD-Vorschlag lässt jede verfassungsmäßige Redlichkeit vermissen. Das ist kein Weg der Versöhnung, sondern das reißt neue tiefe Gräben auf.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn wir so vorgehen würden, wie Sie vorschlagen, dann könnte sich niemand mehr auf gefasste Beschlüsse verlassen. Wir Liberalen gehen einen solchen Weg nicht mit, weil er auch die Volksabstimmung an sich in Misskredit bringt. Sie wissen, dass wir mit Ihnen einig sind, dass die Hürden für Volksabstimmungen gesenkt werden müssen.

(Zurufe von der SPD)

Sie wissen, dass wir noch in dieser Legislaturperiode zusammen mit unserem Koalitionspartner einen Gesetzentwurf einbringen werden, mit dem wir das Zustimmungsquorum bei Volksabstimmungen von einem Drittel auf ein Viertel senken wollen. Damit können wir einen ersten Schritt machen.

Mit einem so wichtigen Instrument der direkten Demokratie kann man doch keine Spielchen machen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer macht denn Spielchen? Sie machen doch Spielchen!)

Ziehen Sie deswegen Ihren Antrag zurück! Sonst bekommen Sie am 27. März die Quittung für fehlendes Rückgrat, für plötzliche Beliebigkeit beim Thema Stuttgart 21 und für peinliche Anbiederung an die Gegner der Bahnhofsmodernisierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Die letzte Bemerkung nehme ich dir übel!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mich friert es. Mich friert es!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann sollten wir die Heizung höher stellen!)

Ich bin erschüttert, Herr Kollege Gall, und beim Nachdenken sollte es Ihnen genauso gehen. In dieser Debatte, in der es um eine grundlegende Frage der Rechtsgrundlagen der Verfassung unseres Landes geht, sprechen wir – Kollege Klaus Herrmann und Kollege Hagen Kluck – verfassungsrechtliche Fragen an. Alle anderen tun so, als müssten wir uns darum überhaupt nicht scheren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl! – Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Dr. Nils Schmid SPD)

– Herr Schmid, gemach, gemach. Ihre Ausführungen, die zur Begründung Ihres Antrags null hergeben, gipfeln in der Aussage, es sei eine rein politische Entscheidung. Da haben wir es doch schon! Dann sagen Sie: Nur wer gute Argumente hat, braucht sich vor dem Volk nicht zu fürchten. Dazu sage ich: Das Volk muss sich aber vor Politikern fürchten, die sich um die Verfassung einen Dreck scheren!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Zum Thema Spaltung --

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Kollege Gall, wenn Sie sich einkriegen, bekommen Sie meinen nächsten Satz mit. Darüber sollten Sie zumindest einmal nachdenken, wenn Sie dazu bereit sind.

Es geht um das Thema "Spalten und Versöhnen". Sie wecken Erwartungen, die von der Verfassung nie und nimmer gedeckt sind und deswegen nicht erfüllt werden können. Das führt am Ende des Tages zu Frustration.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Eine Unverschämtheit!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Schmiedel, wenn schon Sie es nicht tun, dann will ich mich einmal mit den rechtlichen Argumenten zu Ihrem eigenen Antrag auseinandersetzen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da sind wir einmal gespannt! Wir sind einmal gespannt auf Ihre rechtlichen Argumente!)

Das hätte ich eigentlich von Ihnen erwartet. Die Ergebnisse Ihres Gutachtens überraschen mich nicht, aber sie können mich nicht überzeugen. Die SPD hat sogar den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags bemüht, um ihre Position zu untermauern. Ich würde jedem empfehlen, das einmal nachzulesen. Das dort erstellte Gutachten ist – mit allem Respekt – nun wirklich als ziemlich oberflächlich zu bezeichnen. Darin steht selbst, es sei nur eine kursorische Bewertung. Es stellt

also auf jeden Fall keine wissenschaftlich untermauerte Diskussionsgrundlage dar.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Weil Ihnen das Ergebnis nicht passt!)

Anders ist es bei den Gutachten von Professor Kirchhof und Professor Dolde, beide mit juristisch fundierter Begründung. Sie kommen eindeutig zu dem Ergebnis, dass weder das vorgeschlagene Verfahren noch ein Ausstiegsgesetz rechtlich zulässig sind. Man betritt mit dem vorliegenden Antrag und der vorgeschlagenen Vorgehensweise aus meiner Sicht auch nicht etwa juristisches Neuland, wie einer der Gutachter der SPD-Fraktion sagt, sondern man betritt einen gesetzwidrigen Irrweg. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann heißt es in dem Gutachten der SPD – vielleicht ist das der Grund, Herr Schmid, warum Sie da so locker-flockig daherreden –, Artikel 60 Abs. 3 der Landesverfassung sei eine reine Verfahrensvorschrift,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: "Eine reine Verfahrensvorschrift"!)

die ins Belieben der Regierung stelle, Gesetze zur Volksabstimmung zu bringen. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Jede Vorschrift hat ihren Zweck. Die Auslegung von Vorschriften entsprechend diesem Zweck ist ein anerkanntes juristisches Mittel, um die Vorschriften überhaupt der Rechtsordnung entsprechend anwenden zu können. Dazu hat Kollege Kluck das Wesentliche gesagt. Wenn man sich mit den Gründen der Verfassunggebenden Landesversammlung befasst, dann wird schnell klar, dass die Regierung das Mittel der Volksabstimmung zur Klärung eines Konflikts mit dem Parlament nur dann wählen kann, wenn das von ihr vorgeschlagene und vom Landtag abgelehnte Gesetz von ihr auch wirklich gewollt ist.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das steht aber nicht in der Verfassung!)

Hier haben wir es wirklich mit der schizophrenen Situation zu tun, dass die Landesregierung aufgefordert wird, gegen ihre Überzeugung ein Ausstiegsgesetz in den Landtag einzubringen. Zweitens lehnt der Landtag dieses Gesetz entsprechend seiner Überzeugung ab, und drittens beantragt ein Drittel der Abgeordneten des Landtags dann, dass über das abgelehnte Gesetz eine Volksabstimmung stattfindet.

(Unruhe)

Die Landesregierung – das ist der Gipfel; das kapiert draußen kein Mensch – übt ihr Ermessen dann in der Weise aus, dass sie das Gesetz entgegen ihrer Überzeugung zur Volksabstimmung bringt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat Bundeskanzler Kohl auch schon gemacht!)

Meine Damen und Herren, machen wir nur so weiter. Die Bevölkerung hätte dafür null Verständnis – der Gesetzgeber übrigens auch nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bundeskanzler Kohl!)

(Minister Heribert Rech)

Ein solches Verfahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre ein Missbrauch des Initiativrechts der Landesregierung und würde die Glaubwürdigkeit einer jeden Regierung unterminieren, die so etwas versuchen würde.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das sagen Sie einmal Herrn Kohl!)

Noch eines – da können Sie die Rechtsordnung rauf und runter anschauen –: Ein solch widersprüchliches Verhalten wird von unserer Rechtsordnung nicht akzeptiert.

Ich kann im Übrigen auch nicht erkennen, weshalb das im Wesentlichen planfestgestellte, durch die Landesregierung, den Landtag, den Gemeinderat der Stadt Stuttgart und die Regionalversammlung zigfach legitimierte Bahnprojekt

(Abg. Reinhold Gall SPD: Völlig unbestritten!)

noch einer weiteren Legitimation durch eine Volksabstimmung bedürfen solle. Selbst wenn eine reine, aber finanzwirksame Sachgesetzgebung entgegen der Auffassung des Bundes und der Mehrheit der Verfassungsgerichte der Länder durch Volksabstimmung erlassen werden könnte,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es aber schwierig, was Ihnen der Kirchhof aufgeschrieben hat!)

müssen wir uns doch fragen: Was will das von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Ausstiegsgesetz wirklich? Es zielt doch nicht auf die Aufhebung des Finanzierungsvertrags. Es zielt vielmehr darauf ab, die im Haushalt bereitgestellten Mittel für Stuttgart 21 nicht auszugeben und damit das Gesamtprojekt zu Fall zu bringen.

(Zuruf von der CDU: Ah! – Abg. Reinhold Gall SPD: Eben nicht! Das ist falsch!)

Für mich kann das konsequenterweise nichts anderes bedeuten als einen unmittelbaren Eingriff in das Staatshaushaltsgesetz durch Volksabstimmung. Aber genau dies verbietet Artikel 60 Abs. 6 unserer Landesverfassung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Finanzierungsvertrag ist abgeschlossen. Er schließt eine ordentliche Kündigung aus. Da muss ich die SPD-Fraktion schon fragen, ob sie richtig liegt, wenn sie meint, mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz eine Möglichkeit zum Ausstieg durch außerordentliche Kündigung wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage herbeiführen zu können. Für mögliche Kostensteigerungen sind in dem Vertrag selbst Regelungen vorgesehen, und damit ist ein Rückgriff auf das Verwaltungsverfahrensgesetz schlichtweg ausgeschlossen.

Im Übrigen muss man sich fragen: Sollte man Verträge deshalb ohne Weiteres kündigen können, weil es Schwierigkeiten gibt, die außerhalb des Vertragsverhältnisses liegen?

(Zurufe von der SPD: Und wie ist es mit dem Atomausstieg?)

Das ist nirgendwo, in keiner Rechtsordnung möglich.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass die Rechtsauffassung der SPD-Gutachter, ein vom Volk beschlossenes Ausstiegsgesetz würde die bisherige positive Bewertung des Vorhabens durch die Landesregierung und den Landtag revidieren und zu einem Kündigungsgrund führen – so schreiben sie sinngemäß –, u. a. weil dem Volk eine stärkere Legitimation als der Landesregierung zukomme – das muss man sich einmal durch den Kopf gehen lassen – und ein anderes Organ gehandelt habe, schlichtweg falsch ist. Den Vertragspartnern des Bundes steht das Land Baden-Württemberg und stehen nicht einzelne Organe des Landes gegenüber. Durch Volksabstimmung beschlossene Gesetze, meine Damen und Herren, sind auch nicht per se die besseren Gesetze.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber gleichwertig!)

- Durch das Parlament und durch das Volk beschlossene Gesetze haben den gleichen Rang, da stimme ich Ihnen zu.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Also!)

Deswegen kann ich die Argumentation Ihres Gutachtens auch nicht nachvollziehen.

Eine Kündigung – das wäre die letzte Möglichkeit – zur Beseitigung schwerer Nachteile für das Gemeinwohl – dies wäre ein zweiter Grund – scheidet ebenfalls aus, weil das Bahnprojekt aus Sicht der Regierung, der Regierungsfraktionen und der SPD-Fraktion gerade dem Wohl der Allgemeinheit dient.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Außerdem sollten wir einen ganz einfachen, schlichten Grundsatz beachten: Pacta sunt servanda.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wie beim Atomausstieg!)

Das wird mit leichter Hand vom Tisch gewischt. Verträge sind einzuhalten. Das ist der wichtigste Grundsatz sowohl des privaten als auch des öffentlichen Verfahrensrechts. Er ist Teil des Rechtsstaatsprinzips – den Vertrauensschluss eingeschlossen –, das in unserer Verfassungsordnung eine ganz herausragende Stellung einnimmt.

Jetzt durch ein Gesetz den Vertragsausstieg zu bewirken verbietet unsere Verfassungsordnung, und zwar auch deshalb, weil der Landesgesetzgeber inhaltlich nicht in den Kompetenzbereich des Bundes hinübergreifen darf. Auch wenn das Volk im Wege eines Volksentscheids anstelle des Parlaments ein Gesetz erlässt, ist es noch immer und fortwährend an die Kompetenzen des Landes gebunden. Unser Land hat nun einmal keine Kompetenz, über das Projekt zu entscheiden. Das ist Sache des Bundes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Sehr gut!)

Ich zitiere jetzt Professor Kirchhof. Er sagt:

Keine Landesregierung, weder die jetzige noch eine neue, wird das Staatsvolk in die Lage versetzen können, über diese Frage abzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD) (Minister Heribert Rech)

Dass die SPD-Gutachter dies anders sehen, meine Damen und Herren, ist u. a.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Die Finanzierung ist anders! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, nein! Falsch! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

- dann sehen Sie dies anders -

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein, nein!)

darauf zurückzuführen, dass sie in ihrem Gutachten die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, die in den Bedarfsplan des Bundes aufgenommen ist, schlichtweg nicht einbezogen haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aha! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Ein bisschen differenzierter müssen Sie schon sein!)

Meine Damen und Herren, ich will gar nicht darauf eingehen, welche gravierenden Auswirkungen ein solches Ausstiegsgesetz hätte; das wissen Sie selbst doch alle genauso. Das Land würde für lange Zeit – nicht nur bezogen auf Stuttgart 21 – unglaubwürdig.

(Abg. Helen Heberer SPD: Sind Sie doch schon!)

Unser Land hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer der wirtschaftsstärksten Regionen in Europa, wenn nicht sogar auf der ganzen Welt entwickelt. Man lebt und investiert hier gern. Das kommt nicht von ungefähr. Die Investoren und Vertragspartner des Landes wissen: Hier herrscht Rechtssicherheit, und man hält sich an die Vereinbarungen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle und Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hat nichts mit der CDU zu tun!)

Man ist und bleibt hier verlässlich. Darauf basiert u. a. die Tatsache, dass hier investiert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, halten wir uns einmal vor Augen, welches Bild wir für die Zukunft abgeben würden, wenn man uns nachsagen könnte: Wenn es schwierig wird, erlässt das Land schnell ein Ausstiegsgesetz und verweist dann auf den steinigen Weg des Schadensersatzes. Welches Bild würden wir abgeben? Ein solches Bild will ich jedenfalls nicht mitzeichnen.

Zum Schluss will ich Ihnen sagen, was es mit dem Vertrauen auf sich hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht schon zehn Minuten lang!)

Dazu zitiere ich wieder Paul Kirchhof:

Wir dürfen bei den Menschen auf keinen Fall die Hoffnung wecken, sie könnten als Bürger von Baden-Württemberg dieses von München nach Köln reichende Bahnprojekt aufhalten. Das können sie nicht. Das könnte allenfalls der Bundesgesetzgeber. Wer diese Erwartung schürt, organisiert die fundamentale Enttäuschung und weiteren Vertrauensverlust. Dann zitiere ich Herrn Bundestagspräsident Lammert aus der heutigen Ausgabe der "Badischen Neuesten Nachrichten" – zwar in einem anderen Zusammenhang, aber es passt hier absolut –:

Das, was wir zum Funktionieren einer ... demokratischen Gesellschaft am dringendsten brauchen, droht zunehmend verloren zu gehen – Vertrauen.

Sie sind auf dem besten Weg, genau dies zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Ihr habt es schon verloren! Das ist doch deutlich!)

Ein Letztes: Bundespräsident Theodor Heuss hat einmal zu Recht sinngemäß gesagt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt hört es gleich wirklich einmal auf!)

der Volksentscheid sei die Prämie der Demagogie, der Volksentscheid sei die Prämie für Demagogen. Etwa so hat er es formuliert.

(Zuruf der CDU: So ist es!)

In der Weimarer Republik, meine Damen und Herren --

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt machen Sie wieder Geschichtsklitterung! Da sind Sie auf einem glatten Terrain! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Herr Kollege Gall, den letzten Satz müssen Sie noch ertragen, weil es auch geschichtliche Wahrheit ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich bin leidensfähig! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das stimmt!
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist bei der SPD allgemein so!)

In der Weimarer Republik hat es zwölf Plebiszite gegeben. Alle sind gescheitert. Aber alle haben die Menschen polarisiert. Das könnte mit ein Grund für die Katastrophe gewesen sein, die danach erfolgt ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Nein! – Abg. Reinhold Gall SPD: Absolut dummes Zeug! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid für die SPD-Fraktion.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn in Baden-Württemberg jemand das Vertrauen verloren hat, dann ist es diese Regierung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das sagt der Richtige! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Jörg Döpper) (Dr. Nils Schmid)

Diese Regierung hat das Vertrauen der Menschen bei Stuttgart 21 massiv verloren. Diese Regierung hat durch die Worte ihres Polizei- und Verfassungsministers das Vertrauen in die eigene Verfassung verloren. Wir schlagen einen Weg vor, der in der Verfassung ausdrücklich vorgesehen ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Zurufe, u. a. der Abg. Jörg Döpper und Helmut Walter Rüeck CDU sowie Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Sie bauen mit juristischen Argumenten auf dem Weg zur Volksabstimmung zusätzliche Hürden auf, die die Verfassung gar nicht kennt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deshalb sage ich Ihnen: Sie sind heute die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie Sie diesen Vertrauensschaden im Land beheben wollen.

(Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

Wollen Sie den Vertrauensschaden beheben,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

indem Sie weiterhin nach dem Motto "Augen zu und durch" agieren?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Nein! Es laufen Schlichtungsgespräche! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir sind in den Schlichtungsgesprächen!)

Werden Sie den Vertrauensschaden beheben, indem Sie die Polizei mit Pfefferspray und Knüppel vorgehen lassen, um Infrastrukturprojekte weiter durchzusetzen?

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Nur dann, wenn Demonstranten die Polizisten angreifen! Das müssen Sie einmal dazusagen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ist Ihre Antwort auf das Misstrauen der Bürger gegenüber Großprojekten ein Ereignis wie das am 30. September? Ich frage Sie: Ist das Ihre Antwort auf das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Feuerwerkskörper wurden gegen Polizisten geworfen!)

Ich sage Ihnen: Wenn jemand etwas zu fürchten hat, dann ist es die Polizei, und zwar wegen eines Innenministers, der die Leute in Einsätze schickt wie am 30. September, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Zurufe, u. a. der Abg. Jörg Döpper und Helmut Walter Rüeck CDU)

Ein Innenminister, der nicht auf politische Konfliktlösung setzt, sondern Konflikte und die eigene Unfähigkeit auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten austrägt, ist nicht haltbar, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie beschreiben jetzt auch den Polizeistaat! Wie die Grünen!)

Ich frage Sie: Was geschieht denn nach der Schlichtung? Sie selbst haben das gesamte Projekt dem Volk in Baden-Württemberg zur Beurteilung vorgelegt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

Damit ist klar: Das Volk ist der Schlichter. Wenn Sie jetzt eine Volksabstimmung ablehnen, dann spricht daraus die nackte Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern des Landes. Daraus spricht die nackte Angst.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Ich sage Ihnen: Sie haben die Chance, die Menschen mit Ihren Argumenten zu überzeugen. Machen Sie deshalb den Weg für eine Volksabstimmung für S 21 frei.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Vereinzelt Oh-Rufe – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schwach, schwächer, Schmid! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Rede hat ein Juso geschrieben!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Die Älteren hier im Saal können sich vielleicht noch an einen CSU-Minister namens Hermann Höcherl erinnern

(Abg. Martin Rivoir SPD: Jawohl!)

Dieser fiel einmal unangenehm durch die Äußerung auf, er könne nicht dauernd mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Herr Kollege Dr. Schmid, das, was Sie hier gerade abgeliefert haben, ist unerträglich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Sie können doch diese Regierung nicht zwingen, gegen ihre Überzeugung,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Gegen die Verfassung!)

die sie überall laut und deutlich gesagt hat, ein Ausstiegsgesetz zu verabschieden,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hat Kohl auch schon gemacht! – Gegenruf von der CDU: Was? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Kohl und Schröder! Beide!)

das wir dann notgedrungen mit Ihrer Hilfe ablehnen müssen, um es dann zur Abstimmung zu stellen, obwohl dies gar nicht geht. Erwecken Sie doch nicht den Eindruck, man könne über alles eine Volksabstimmung machen. Es ist genau geregelt, wann und wie es eine geben kann.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Genau! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

(Hagen Kluck)

Diese Bestimmung unserer Verfassung, die uns ganz wichtig ist – die Einhaltung dieser Verfassung ist uns ganz wichtig –, lässt eine Volksabstimmung auf dem Weg, den Sie vorschlagen, nicht zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich!)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7099, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/6896, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Um die Möglichkeit für eine persönliche Erklärung bzw. eine Erklärung zur Abstimmung haben Frau Abg. Bauer und Herr Abg. Schmiedel gebeten.

Frau Bauer, bitte.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte das Abstimmungsverhalten der Fraktion GRÜNE erläutern.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist doch eine persönliche Erklärung! – Weitere Zurufe)

 Es ist eine Erklärung zur Abstimmung. Das ist keine persönliche Erklärung, sondern eine Erklärung des Abstimmungsverhaltens der Fraktion. Das ist korrekt.

Ich möchte erläutern: Wir sind zusammen mit der SPD dafür, einen Volksentscheid in dieser Frage durchzuführen. Wir haben es uns mit der Prüfung der Frage, ob dieser Weg verfassungskonform ist, nicht leicht gemacht. Wir haben die Gutachten der Verfassungsrechtler sehr genau studiert und Gespräche geführt. Wir haben uns das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes angeschaut. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Weg verfassungskonform beschreitbar ist, so man den politischen Willen dazu hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein Debattenbeitrag, keine Erklärung!)

Deswegen teilen wir das Anliegen der SPD in diesem Punkt.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir können allerdings keine Formulierung tragen, die den Volksentscheid nicht ergebnisoffen macht, sondern von Beginn an ein Ergebnis nahelegt, nämlich die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern für Stuttgart 21 herzustellen – wie der SPD-Antrag lautet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt haben wir es! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Man muss auch wissen, wie es ausgeht! – Heiterkeit)

Wir glauben, dass ein Volksentscheid ergebnisoffen formuliert werden muss. Wer das Volk befragt – dafür sind wir –, der muss auch mit der Entscheidung des Volkes klarkommen. Deswegen muss eine solche Befragung ergebnisoffen sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aha!)

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Landesregierung und die Regierungsfraktionen eine solche Befragung nicht durchführen wollen. Wir kündigen hiermit an: Wenn Sie den Volksentscheid nicht jetzt machen, dann werden wir ihn gemeinsam mit der SPD nach der Wahl am 27. März machen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Um Gottes willen! Das verhüte Gott und der Wähler! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann haben wir eine Abstimmung!)

Präsident Peter Straub: Frau Abg. Bauer, Sie hatten vorhin darum gebeten, eine persönliche Erklärung abzugeben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war ein Debattenbeitrag!)

Dazu habe ich Ihnen das Wort erteilt. Was Sie getan haben, war etwas anderes. Ich weise auf § 100 Abs. 2 der Geschäftsordnung hin. Dort steht:

Erklärungen einer Fraktion zur Abstimmung sind nicht zulässig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, so ist es! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt weiß sie es für die Zukunft! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Geschäftsordnung ist ihnen genauso egal! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Staat hat sich nach deren Aussage "restlos verbraucht"! Deswegen spielt das für sie keine Rolle mehr!)

Das Wort hat jetzt Herr Abg. Schmiedel.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kluck hat mich persönlich angesprochen und zitiert. Darauf möchte ich reagieren.

Zwischen dem Zitat von Anfang August und der Entscheidung der SPD,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Liegt der SPD-Parteitag! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: War einmal Umfallen! – Gegenrufe: Zweimal!)

den Weg über einen Volksentscheid zu wählen, um das Projekt Stuttgart 21 mit der Rückendeckung des Volkes zu versehen, liegen mehrere Wochen.

Ich weiß nicht, wie diese Wochen auf Sie gewirkt haben -

(Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Wir bleiben standhaft!)

Wochen, in denen Zehntausende mehrfach in der Woche auf die Straße gehen, in denen sich Emotionen aufschaukeln,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Von wem geschürt?)

(Claus Schmiedel)

in denen Polizisten, junge Polizisten aus der Bereitschaftspolizei, in ihrem Einsatz Aggressionen aushalten müssen.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was soll jetzt das?)

Unsere Entscheidung, Stuttgart 21 mit mehr Rückendeckung zu versehen, fiel schon vor dem 30. September.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Spätestens seit dem 30. September müssten Sie doch ernsthafter über die Frage nachdenken: Wie können wir ein Zukunftsprojekt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist auch ein Debattenbeitrag!)

das durch alle Parlamente gegangen ist, das alle Rechtsverfahren bestanden hat, aber so viel Widerstand in sich trägt,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist eine Verlängerung der Redezeit der SPD durch die Hintertür!)

möglichst gewaltfrei durchsetzen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist unerträglich!)

Deshalb zeigt alles, was Sie sagen, dass Sie das, was in der Gesellschaft stattfindet, nicht ernst nehmen.

(Abg. Christa Vossschulte CDU: Persönliche Erklärung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte eine persönliche Erklärung!)

– Das ist die persönliche Erklärung. Natürlich ist das eine persönliche Erklärung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben zuvor gesprochen und führen die Diskussion jetzt weiter! Herr Präsident, wir bitten, das zu unterbinden!)

 Ich bitte, den Herrn mit der grünen Krawatte zu bändigen, Herr Präsident.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Den bändigt niemand! – Abg. Thomas Blenke CDU, auf Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE zeigend: Der sitzt da vorn!)

Deshalb kommen wir zu dem Ergebnis, dass es ein Weg ist, den die Verfassung vorzeichnet,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nein, nein, nein!)

um die Bevölkerung bei einem Projekt mitzunehmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Präsident, ich möchte auch eine persönliche Erklärung abgeben! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Sie haben schon eine Frage gestellt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kluck, weil Sie mich persönlich angesprochen und gesagt haben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur zitiert!)

wir würden hier einen Weg einschlagen, der nicht möglich sei,

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein Debattenbeitrag! Was hat das mit einer persönlichen Erklärung zu tun? Missbrauch!)

möchte ich Sie an das erinnern, was Bundeskanzler Kohl 1982, nachdem er in einem konstruktiven Misstrauensvotum mit den Stimmen von CDU und FDP gewählt wurde, gemacht hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat der vielleicht eine Volksabstimmung beantragt?)

Wenige Wochen später hat er dieselben Menschen, die ihn kurz zuvor gewählt hatten, gefragt: "Habt ihr das wirklich ernst gemeint? Habt ihr wirklich Vertrauen zu mir?" und die Vertrauensfrage gestellt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Diesen Vergleich meinen Sie nicht ernst, oder?)

Dieselben Menschen haben gesagt: "Wir enthalten uns der Stimme, weil wir es nicht genau wissen."

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Bundesverfassungsgericht hat dies geprüft

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

und kam zu dem Ergebnis: Es handelt sich um eine Formvorschrift; es muss kein inhaltlicher Dissens vorliegen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Vergleich hinkt nicht bloß, er hat schon gar keine Beine mehr! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Schmiedel, Sie können eine kurze Erklärung zur Abstimmung abgeben, aber keine Erklärung in dieser Länge.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht zur Abstimmung, sondern zu dem, was Herr Kluck gesagt hat.

(Unruhe)

Präsident Peter Straub: Nein, Sie können nur eine Erklärung zur Abstimmung abgeben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein Missbrauch!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Gut. – Wenn ein letzter Satz genehmigt ist, widme ich ihn Herrn Rech, der sich zu der Behauptung verstiegen hat, Plebiszite seien das Ende der Weimarer Republik gewesen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Jetzt reicht es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Unverschämtheit! Geschichtsklitterung! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Unerträglich!)

Herr Rech hat uns auch angesprochen.

(Unruhe)

(Claus Schmiedel)

– Einen letzten Satz hat der Präsident genehmigt. Diesen Satz müssen Sie schon aushalten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie viele letzte Sätze haben Sie denn?)

Die Weimarer Republik, die Demokratie, ist daran zugrunde gegangen, dass eine bürgerliche Mehrheit einem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hat, aber nicht an Plebisziten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! Unverschämt! Diese Vergleiche! Entschuldigen Sie sich! Das war wieder ein typischer Schmiedel! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, können Sie Herrn Rüeck einmal ermahnen, oder muss er zum Arzt?)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, ich muss mich korrigieren und mich bei Frau Abg. Bauer entschuldigen.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

– Ja.

In § 100 der Geschäftsordnung ist auch vorgesehen, dass Erklärungen einer Fraktion zur Abstimmung zulässig sind.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

Es war anders angekündigt. Aber sie kann die Erklärung auch im Namen der Fraktion abgeben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zur Abstimmung!)

Das wollte ich nur richtigstellen.

(Unruhe)

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Dienstleistungen als Motor für Innovationen, Beschäftigung und Wohlstand in Baden-Württemberg – Drucksache 14/5173

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der antragstellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird vermutlich nicht ganz einfach, die jetzige Debatte mit einer ähnlichen Emotionalität weiterzuführen,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

wie sie in den letzten Minuten gegeben war.

(Unruhe)

Aber ich denke, es ist durchaus sinnvoll, inhaltlich an das anzuknüpfen, worüber wir gestern im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Baden-Württemberg diskutiert haben.

Der Schwerpunkt der gestrigen Debatte lag auf der industriellen Entwicklung des Landes. Ich denke, es ist durchaus sinnvoll und hilfreich, auch den Bereich Dienstleistungen einmal in den Blick zu rücken.

Es ist völlig richtig, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Land Baden-Württemberg im Jahr 2010 – vor allem exportgestützt – außerordentlich erfreulich ist. Wir wollen aber nicht, wie uns häufig unterstellt wird, nur die Erfolge abfeiern. Vielmehr wollen wir uns auch die Frage stellen: Wo können wir noch besser werden?

Das bezieht sich zum einen auf den Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt. Im Bundesdurchschnitt betrug das Wachstum im ersten Halbjahr etwa 3 %. Mit einem Wachstum von 5 % liegen wir deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Was die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt angeht, nähern wir uns jetzt der Marke von 4 %. In Baden-Württemberg haben wir im Jahresvergleich die Arbeitslosigkeit um etwa 13 % abbauen können.

Ich habe bereits gestern erwähnt, dass ein Abbau der Jugendarbeitslosigkeit um etwa 25 % erreicht wurde. Auch haben wir in Baden-Württemberg mittlerweile sage und schreibe 75 % weniger Kurzarbeit.

Es gibt weitere unbestreitbar positive wirtschaftliche und industrielle Entwicklungen. Der Prognos Zukunftsatlas etwa weist aus, dass von 25 Regionen mit aussichtsreichen Branchen 10 in Baden-Württemberg liegen. Von den Topmaschinenbauregionen liegen gar 13 von 20 in Baden-Württemberg. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe steigerte sich im ersten Halbjahr um 29 %. Der Umsatz im Fahrzeugbau hat sich um 35 % erhöht, und der Auftragseingang im Maschinenbau ist gar um 37 % gestiegen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist auch wichtig, Folgendes einmal zu erwähnen: Nachweislich des Armutsberichts hat Baden-Württemberg mit einer Quote von 10,9 % das bundesweit niedrigste Armutsrisiko; im Vergleich dazu liegt das Armutsrisiko im Bundesdurchschnitt bei 14,6 %, in Mecklenburg-Vorpommern bei 23,1 %. Das macht auch deutlich, meine Damen und Herren, dass in diesem Land Baden-Württemberg nicht nur die Unternehmer und die Besserverdienenden profitieren, sondern der Wohlstand in breiten Schichten der Bevölkerung ankommt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir haben gestern – ich erwähnte das bereits – darüber gesprochen, dass das produzierende Gewerbe in Baden-Württemberg einen Anteil von etwa 40 % am Bruttoinlandsprodukt des Landes hat. Etwa 60 % der Bruttowertschöpfung – das ergibt sich im Umkehrschluss – finden im Bereich der Dienstleistungen statt. Deshalb lohnt es sich, meine Damen und Herren, darüber nachzudenken, wie wir im Dienstleistungsbereich noch besser werden können. Dies geschieht beispielsweise durch die Dienstleistungsinitiative Baden-Württemberg. Es

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

soll nicht darum gehen, Produktion zu verdrängen, sondern es muss darum gehen, weitere Standbeine zu entwickeln. Stichworte sind "Wissensintensive Dienstleistungen" oder beispielsweise auch das Thema "Hybride Wertschöpfung".

Die Forschungs- und Technologiepolitik des Landes Baden-Württemberg – hier darf ich noch einmal betonen, dass die Behauptung, wir würden das, was im Innovationsrat beschlossen wird, nicht umsetzen, ins Leere geht – hat einen klaren Fokus auf dem Bereich der Cluster und der Hochschulnetzwerke. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen wird der Austausch von Personal zwischen der Forschung und diesen KMUs gefördert, beispielsweise durch die "Industry on Campus"-Initiative.

Es bedarf aber weiterer Strategien und Konzepte. Beispielsweise müssen wir in der Zukunft die eigenständige Forschung im Bereich Dienstleistungen verstärken und verstetigen. Wir brauchen einen Ausbau des neuen Tourismus- und Bäderkonzepts, weil dieser Bereich innerhalb des Dienstleistungssektors ein absolutes Zukunftsthema für das Land Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir brauchen darüber hinaus auch Wissenstransfer aus der Dienstleistungsforschung, wie das bei der Landesstiftung schon vorbildhaft geschieht. Diesen Bereich müssen wir weiter ausbauen.

Weitere Themen sind der Logistik-Dialog in Baden-Württemberg oder auch die Netzwerkinitiative im Bereich der Kulturund Kreativwirtschaft, die vom Wirtschaftsministerium im Zusammenhang mit den EFRE-Programmen der EU gefördert wird.

Was wir aber auch brauchen, meine Damen und Herren, sind die notwendigen Fachkräfte für die Entwicklung auch im Dienstleistungsbereich. Deshalb habe ich gestern deutlich zu machen versucht, dass gerade für den Dienstleistungsbereich Mindestlöhne der falsche Weg sind. Denn wir brauchen in diesem Bereich auch die Möglichkeit, geringer Qualifizierte zu beschäftigen. Es muss möglich sein, mit Arbeitsplätzen in diesem Bereich des Dienstleistungssektors Wertschöpfung in Baden-Württemberg zu erreichen.

Wir müssen darüber hinaus Ältere und auch Frauen stärker an die Erwerbstätigkeit heranführen, und wir brauchen die richtige Zuwanderung, meine Damen und Herren.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Ich stimme mit dem Ministerpräsidenten völlig überein, der gestern gesagt hat, wir wollen keine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Von wo aus?)

Aber wir brauchen Zuwanderung Hochqualifizierter. Wir müssen besser als bisher die Möglichkeit schaffen, diejenigen ausländischen Mitbürger am Standort – auch in Baden-Württemberg – zu halten, die bei uns einen Universitätsabschluss oder einen anderen hoch qualifizierten Abschluss erwerben. Deshalb muss auch die Jahreseinkommensgrenze, die als Voraussetzung für ein Daueraufenthaltsrecht gilt, weiter abgesenkt

werden. Wir schlagen vor, diese Grenze von ca. 64 000 \in auf 40 000 \in abzusenken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich glaube, es wäre auch der richtige Weg, ein mit dem australischen oder dem kanadischen System vergleichbares Punktesystem einzuführen, indem wir ganz klare Kriterien erarbeiten, welche qualifizierte Zuwanderung wir wollen, und diese Zuwanderung an den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarkts, auch im Dienstleistungsbereich, auszurichten.

So viel für die erste Runde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wirtschaftliche Talfahrt während der Finanzkrise hat einmal mehr die kritische Frage nach der Ausrichtung unserer Wirtschaft aufgeworfen. Der Vorwurf war: Der außergewöhnlich hohe Industrieanteil sowie die starke Orientierung auf den Weltmarkt hätten der heimischen Wirtschaft während der globalen Konjunkturturbulenzen besonders geschadet.

In der Tat unterscheidet sich unsere Wirtschaftsstruktur von der in anderen großen Volkswirtschaften. Bei uns steuert das verarbeitende Gewerbe etwa ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Das ist deutlich mehr als in anderen europäischen Regionen und Ländern. Auch bei der Exportquote von fast 50 % spielt die baden-württembergische Wirtschaft in einer anderen Liga als ihre Konkurrenten und lässt selbst Länder wie Belgien, Dänemark, Österreich, Portugal oder Schweden hinter sich.

Richtig ist, dass unsere erfolgsverwöhnte Wirtschaft zuletzt arg gebeutelt wurde. Als die Konjunktur im April 2009 die Talsohle erreichte, lagen Industrieproduktion und nominale Warenausfuhren ein Viertel unter dem Höchststand vom August 2008.

Jetzt sind wir wieder da – schneller als erwartet! Die Auftragsbücher der Industrie sind voll. Die Umsätze steigen um zweistellige Raten. Die Wirtschaft brummt. Im ersten Halbjahr 2010 legte das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt im Vergleich zu Vorjahreszeitraum um 5 % zu –

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Genau!)

mehr als in jedem anderen Bundesland.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Der Erfolg basiert nicht nur auf einer hohen Auslandsnachfrage, sondern auch auf einem wachsenden Binnenmarkt. Die Arbeitslosenzahlen sinken im Monatsrhythmus, und wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in Europa.

Der Erfolg hat viele Gründe. Einer der entscheidenden Gründe ist, dass wir die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeitsoffensive der Lissabon-Strategie besser umgesetzt haben als andere europäische Länder.

(Dr. Reinhard Löffler)

Bei den wichtigen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, Arbeitsproduktivität oder Erwerbstätigenquote kann Europa mit anderen Wirtschaftsräumen nicht mithalten, Baden-Württemberg aber schon.

Wir im Land haben erkannt, dass Wettbewerbsfähigkeit nicht allein per EU-Dekret verordnet werden kann, sondern dass bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf der Ebene der Unternehmen anzusetzen ist. Denn sie allein müssen sich auf dem Weltmarkt durchsetzen.

Unser Mittelstand profitiert von unserer Clusterpolitik, die horizontal die Wertschöpfungskette schließt und vertikal die Vernetzung zu Forschungseinrichtungen schafft. Er profitiert vom Innovationstransfer durch die Steinbeis-Stiftung, durch Coachingförderprogramme, Innovationsassistenten und Verbundforschung. Mit dieser Hilfe können sich auch kleine und mittlere Unternehmen über Forschungs- und Entwicklungsaufträge das wissenschaftliche Know-how bei ihren Innovationsaktivitäten erschließen.

Mit 1 Million € fördert die Landesstiftung vier Projekte, um den Transfer der neuesten Erkenntnisse der Dienstleistungsforschung in kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern.

Wir haben in der Krise einen Strukturwandel auf den Weg gebracht. Mit den Veränderungen der Wertschöpfungsstrukturen und mit der Senkung der Zugangsschwellen zu Forschungsressourcen wachsen unternehmensbezogene und wissensbezogene Dienstleistungen. Sie wachsen, weil zum einen Fixkosten reduziert und die Produktqualität gesteigert werden, weil ein besserer Transfer von Know-how und Technologie die Innovationsfähigkeit erhöht. Sie wachsen aber auch, weil Kunden von Herstellern industrieller Produkte vermehrt vorgelagerte, nachgelagerte und begleitende Dienstleistungen nachfragen.

Service, Finanzierung, Betreuung, Informations- und Kommunikationsdienstleistungen sowie individuelle Problemlösungen werden zum entscheidenden Qualitätsfaktor auf saturierten Märkten. Das physische Produkt und die immaterielle Dienstleistung, die Produkt- und die Prozessinnovation verschmelzen untrennbar miteinander. Diese Branche wächst schneller als jede andere, und sie ist der Erfolgsgarant für die globale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Damit dieses Wachstum anhält, müssen wir auch etwas dafür tun. Bei der steuerlichen Forschungsförderung ist Deutschland noch immer Schlusslicht in Europa. Die Nachfrage nach Fachkräften ist ungebrochen hoch. Frauenförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Migrantenökonomie sind Herausforderungen, bei denen wir uns noch weiterentwickeln müssen

Ich halte es auch für grotesk, dass wir jungen ausländischen Hochschulabsolventen ein Daueraufenthaltsrecht verweigern, weil sie im ersten Beschäftigungsjahr kein Jahresgehalt von mindestens 64 000 € vorweisen können.

Ebenso halte ich es für falsch, dass der Versorgungs- und Sozialstaat Geld verschlingt, das besser in Bildung investiert wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir müssen unser Augenmerk aber auch auf Konsumdienstleistungen richten, die von Privaten nachgefragt werden und die vom Binnenmarkt abhängig sind. Dazu gehören etwa Handel, Gastronomie, Gesundheit, Wellness oder Bildungsleistungen. Diese vom privaten Verbrauch abhängigen Leistungen haben, auch wegen der Kurzarbeiterregelung, einen Nachfrageeinbruch erfahren, der jedoch weniger stark war als erwartet; und sie haben sich mittlerweile wieder erholt.

Sie können mit der Dynamik unternehmensbezogener Dienstleistungen nicht mithalten. Dafür sind sie aber in der Krise nicht so volatil. Gerade junge Menschen mit Bildungsabschlüssen, die unterhalb der akademischen Grade liegen, haben in diesen Einrichtungen mehr Möglichkeiten.

Die demografische Entwicklung wird zeigen, dass künftig vermehrt pflegerische Leistungen, Gesundheit, Tourismus, Wellness, aber auch Bildung im Alter nachgefragt werden.

Wir haben im Land ein gutes Mischungsverhältnis zwischen klassischer Industrie und Dienstleistungen. Wer gemeint hat, dass nur die Unternehmen der New Economy die globalen Wachstumstreiber sind, wurde spätestens nach dem Platzen der New-Economy-Blase eines Besseren belehrt und in die Realität zurückgeholt.

Unser Aufschwung ist ausgewogen und deshalb nachhaltiger. Das ist das Ergebnis einer guten Wirtschaftspolitik der Landesregierung, und das wird auch so bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Kolleginnen und Kollegen! Die 59 Seiten, die das Wirtschaftsministerium und die anderen Ministerien als Antwort auf die Große Anfrage der FDP/DVP zusammengestellt haben, waren interessant und erhellend. Sie taugen wahrscheinlich nicht für eine politisch konfrontative Debatte. Aber es ist auch gut, einfach einmal so ein bisschen zu reden. Natürlich überlegt man auch, welche Aspekte man diesem Thema abgewinnen kann. Das will ich gern tun.

Eingangs will ich gleich sagen: Herr Dr. Rülke und Herr Dr. Löffler, wir hätten kein Problem damit, eine gemeinsame Initiative zur Zuwanderung für junge Studierende, die hier ihren Abschluss machen, mit dem Ziel auf den Weg zu bringen, dass diese Menschen hier beruflich weitermachen können. Das können wir gemeinsam machen. Wenn von Baden-Württemberg das Signal ausgeht, dass wir in unserem Land Qualifizierte, die bleiben wollen, mit offenen Armen empfangen, dann tun wir das sehr gern. Wir wären dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Die Lissabon-Strategie – das will ich hier gleich sagen – ist kein Dekret der EU, sondern ein Leitbild, dem ich gern folge, weil es sinnvolle Ziele enthält. Insofern würde ich an dieser Stelle keine Gegnerschaft aufbauen, Herr Kollege Dr. Löffler.

Kommen wir nun aber zu dem, was für unser Land wichtig ist, wenn wir über dieses Thema reden.

(Peter Hofelich)

Die Dienstleistungsökonomie umfasst 60 % der Wertschöpfung und eine Mehrheit der Beschäftigten. Insofern reden wir über nahezu die gesamte Volkswirtschaft. Es ist sehr schwer, dies überhaupt in einen Gesamtkontext zu fassen und zu sagen: Ich mache etwas Spezifisches. Wir reden vielmehr über den Großteil der Wirtschaft. In Amerika macht die Dienstleistungsbranche sogar über 80 % der Wirtschaftsleistung aus.

Insofern habe ich ein gewisses Problem damit, wenn man sagt, die Politik mache hier etwas. Wir werden Anreize setzen können; wir werden Vorgaben im Sinne von Gesetzen machen können, etwa wenn es um Löhne und Gehälter geht. Aber ich glaube nicht, dass wir die ganz großen Räder drehen können. Wir können z. B. das, was die Bevölkerung in Baden-Württemberg denkt, und die Art und Weise, wie sie zu den Fragen steht, durch die Art, wie wir reden, beeinflussen. Ich möchte das versuchen.

Erstens: Wir haben, Herr Wirtschaftsminister, eine Jo-Jo-Ökonomie. Durch die starke Export- und die starke Industrieorientierung Baden-Württembergs geht die Kurve schneller hoch, wenn es gut läuft. Wenn es schlecht läuft, geht die Kurve aber auch stärker nach unten. Das haben wir in den letzten Jahren in besonderer Ausprägung erlebt.

Ich bin nicht der Meinung, dass wir dieses Privileg – das ist es in gewisser Weise – durch den verführerischen Gedanken einer Glättung durch eine Dienstleistungsökonomie, die geringere Schwankungen aufweist, aufgeben sollten. Ich finde, unser Land hat eine Mission, und diese Mission ist die eines Industrielands. Darauf bin ich stolz, und diese Mission will ich auch weiterhin haben.

(Beifall des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Zweitens: Wir sind bei Dienstleistungen nicht so schwach, wie wir denken. Das ist keine neue Erkenntnis. Die Antwort auf die Große Anfrage hat das ergeben, was man ohnehin weiß, nämlich, dass es versteckte Dienstleistungen im Industriebereich gibt. Denn im Industriebereich – das habe ich selbst und das haben auch andere erlebt, die aus der Industrie kommen – sind die Fertigungstätigkeiten, die reinen Produktionstätigkeiten, mittlerweile in der Minderzahl.

Im industriellen Bereich schwingen, statistisch gesehen, natürlich jede Menge unternehmensnahe Dienstleistungen mit. Das ist auch gut so. Das macht die Unternehmen robust. Übrigens ist ein Anzeichen hierfür auch, dass Zentralen von Industrieunternehmen in Baden-Württemberg sind, und es ist auch eine schöne Sache, wenn Zentralen ihren Standort in Baden-Württemberg haben.

Auch hierzu sage ich: Unsere Mission ist die des Industrielands. Davon möchte ich nicht abgehen.

Bei der Antwort der Landesregierung handelt es sich um ein Kompendium, an dem mehrere Häuser mitgewirkt haben. An einer Stelle steht, der Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe könnte durch Tourismus kompensiert werden. Das ist natürlich ein Irrweg, den ich nicht beschreiten würde. Dass der Tourismus wächst und besser werden muss, ist das eine. Eine Kompensation des Strukturwandels im verarbeitenden Gewerbe durch Tourismus halte ich aber nicht für richtig.

Je stärker die Industrie ist – das hat der Bezirksleiter der IG Metall, Jörg Hofmann, bei einer Veranstaltung unserer Partei gestern bestätigt –, desto mehr Sog entsteht für Dienstleistungen in diesem Land. Das ist im Wesentlichen die Erfolgsformel, auf die wir uns stützen sollten.

Ich möchte noch etwas zu den hochwertigen und den einfachen Dienstleistungen sagen, weil dabei gewisse Zungenschläge deutlich werden. Natürlich ist das Streben nach wissensbasierten hochwertigen Dienstleistungen richtig. Sie machen uns robust und sorgen dafür, dass wir uns richtig anstrengen, was die Qualifikation angeht. Aber nach meinem Menschenbild – ich bin in einer Gastwirtschaft und Metzgerei groß geworden – wird es immer Menschen geben, die einfache Tätigkeiten verrichten. Es wird immer Menschen geben, die ein bisschen "Dummerle" sind und einfache Tätigkeiten verrichten

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Davon profitieren aber wir alle!)

 Davon profitieren wir alle. – Es kommt aber darauf an, dass man nicht kühn niedrigere Löhne ansetzt, wenn es um Tätigkeiten im Haushalt geht, die man selbst erbringen könnte. Richtig ist, dass auch einfache Dienstleistungen in diesem Land anständig bezahlt werden müssen. Das müssen wir angehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Dr. Löffler, deshalb halte ich auch ein Armutsrisiko von 10 % für nicht akzeptabel.

Ich glaube, wir müssen uns stärker dem Export von Dienstleistungen zuwenden. Die baden-württembergische Bevölkerung ist es gewohnt, dass Fachleute nach Dubai fliegen und die Menschen vor Ort beraten, wie eine Meerwasserentsalzungsanlage funktionieren kann. Das muss man verstärken. Dabei müssen auch rechtliche Hindernisse beiseitegeräumt werden. Diejenigen, die in die Ferne gehen, müssen auch den entsprechenden Rückhalt bei uns im Land haben. Sie müssen mit ihren Familien auch wieder zurückkommen können, wenn sie das wollen. Der Export von Dienstleistungen wird ein Zukunftsthema von Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch etwas zur FuE-Politik sagen, weil das auch immer angesprochen wird. Ich habe mich bereits im Rahmen eines Praktikums im Ministerium während meines Studiums damit beschäftigt. Ich möchte es einfach einmal kurz aufklären. Das Land muss sich nicht dafür schämen, dass wir so viele Forschungsförderungseinrichtungen haben, obwohl das Grundgesetz und die Gesetze die Forschungsförderung vor allem beim Bund angesiedelt sehen. Deshalb besteht unsere Stärke, abgesehen von dem großen Anteil an Industrieunternehmen, die eigene Forschung betreiben, natürlich darin, dass wir Trägerorganisationen wie die Max-Planck-Gesellschaft, die zu jeweils 50 % aus Bundes- und Landesmitteln finanziert wird, und die Fraunhofer-Gesellschaft, die zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom Land finanziert wird, bei uns im Land haben.

Von diesen Einrichtungen, die in den Fünfziger-, Sechzigerund Siebzigerjahren aufgebaut worden sind, profitieren wir. (Peter Hofelich)

Herr Minister, es kommt darauf an, dass die Institute mit den neuen Forschungsfeldern, die die Trägerorganisationen interessieren – dies sind vor allem die Grenzbereiche zwischen den Disziplinen –, nach Baden-Württemberg kommen. Dafür müssen wir uns mehr engagieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zu den Existenzgründungen. Das ist der Aufwuchs von unten bei Dienstleistern. Unser Land hat ein Problem bei der Förderung und beim Aufwuchs von Existenzgründungen. Herr Minister, wenden Sie bitte endlich Ihre volle Aufmerksamkeit diesem Thema zu. Der Innovationsrat hat sowohl die Wagnisfinanzierung als auch die unübersichtlichen Förderinstrumentarien Ihres Hauses kritisiert. Das ist nachzulesen. Wir brauchen mehr bei der Frühphasenfinanzierung. Wir brauchen Mezzanine-Kapital. Wir brauchen eine bessere und übersichtlichere Forschungsförderung und Existenzgründungsförderung aus dem Wirtschaftsministerium heraus. Das ist notwendig. Machen Sie das in den letzten Monaten Ihrer Amtszeit, damit wir bei Existenzgründungen nicht weiter ins Hintertreffen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Landtagspräsident, möchte ich noch ein weiteres Thema ansprechen. Die öffentlichen Dienstleistungen verstecken sich in der Statistik. Dieses Land hat sich eine Verwaltungsreform geleistet, die unzeitgemäß war, die nach hinten losgegangen ist, weil sie nicht das betont hat, was wirklich notwendig ist, nämlich eine Verschlankung und eine Reduzierung der Zahl der Verwaltungsebenen.

Wir werden künftig darüber reden müssen, wie wir es erreichen, dass öffentliche Dienstleistungen zwar nicht weniger werden, dass aber eine Verschiebung dergestalt stattfindet, dass sie näher am Bürger sind. Dies betrifft die Sicherheit, die Bildung und die Ausbildung. Die öffentlichen Dienstleistungen im Hintergrund – neudeutsch: Backoffice – bei denen man sich gegenseitig verwaltet und kontrolliert, müssen hingegen weniger werden. Bei den öffentlichen Dienstleistungen Verschiebungen vorzunehmen ist eine große, wichtige Zukunftsaufgabe. Davor drückt sich diese Landesregierung aber.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zur Schluss will ich noch Folgendes erwähnen: Mein früherer Chef Hans-Olaf Henkel hat im Jahr 1992 beim Deutschen Betriebswirtschafter-Tag zum Generalthema des Kongresses eine Rede gehalten. Der Titel hieß: "Die Dienstleistung – wichtiger als das Produkt?" Hans-Olaf Henkel hat mit der Quintessenz geendet: Die Dienstleistung ist das Produkt. Wir brauchen in diesem Land die Mentalität, dass die Dienstleistung das Produkt ist, aber immer sehr angelehnt an das, was industriell geleistet wird. Das ist die Botschaft für unser Land, Kolleginnen und Kollegen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Plenarwoche ist viel von Motoren die Rede. Die gestrige von der CDU beantragte Aktuelle Debatte hieß ja u. a. "Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg – Motor für Deutschland". Heute beraten wir über eine Große Anfrage der FDP/DVP mit der Überschrift "Dienstleistungen als Motor für Innovationen, Beschäftigung und Wohlstand in Baden-Württemberg". Kollege Rülke hat inhaltlich an die gestrige Debatte angeknüpft; das möchte auch ich tun.

Unser Fazit der gestrigen Debatte war, dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg tatsächlich Motor ist, dass sie nach der Krise wieder Gas gegeben hat. Dies ist eine gute Ausgangslage, und es gibt viele Potenziale. Wir sind aber der Ansicht, dass CDU und FDP in Bund und Land diese Potenziale nicht ausreichend unterstützen und auf der Bremse stehen.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Aber die SPD sagt sogar, wir sind das modernste Land!)

An drei Beispielen möchte ich Ihnen das gern aufzeigen. Das erste betrifft das Thema "Nachhaltiges Wirtschaften", das zweite das Thema "Kreativ- und Kulturwirtschaft" und das dritte das Thema Gesundheitswirtschaft. Es ist schon viel darüber gesprochen worden, wie wichtig die Industrie hier in Baden-Württemberg ist. Sie hat in den letzten 20 Jahren zwar deutlich an Wertschöpfung und auch an Beschäftigungsmöglichkeiten verloren, aber es ist natürlich so, dass auch innerhalb der Industrie sehr viele Dienstleistungen erbracht werden, die statistisch nur unzureichend zum Ausdruck kommen.

Wir reden über Dienstleistungen, und es ist klar, dass Baden-Württemberg sehr viel mehr tun kann, z. B. beim nachhaltigen Wirtschaften. Dazu haben Sie in der Antwort auf die Große Anfrage richtigerweise ausgeführt, dass insbesondere bei den erneuerbaren Energien der Dienstleistungsanteil im Hinblick auf die Wertschöpfung, aber auch auf die Zahl der Erwerbstätigen bei rund einem Drittel liegt. Wir wissen, dass insbesondere der Ausbau der erneuerbaren Energien gerade für das Handwerk große Chancen birgt. 3 500 Beschäftigte im Handwerk sind allein mit Fotovoltaik beschäftigt, aber auch die Gebäudesanierung ist ein wichtiger Jobmotor.

Meine Damen und Herren, deshalb muss ich an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen – ich tue das im Einklang mit dem Baden-Württembergischen Handwerkstag –, dass die Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke den Jobmotor, den die erneuerbaren Energien darstellen, deutlich ausbremst. Hier gibt es Potenziale. Der Beschluss, den Sie auf Bundesebene herbeiführen wollen und den die Landesregierung massiv unterstützt, ist kontraproduktiv.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das Gegenteil ist der Fall! Das Gegenteil!)

– Es ist kontraproduktiv. Es wäre gut und richtig gewesen, beim Ausstiegsbeschluss zu bleiben.

(Beifall bei den Grünen)

Der zweite Bereich ist die Kultur- und Kreativwirtschaft. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die grüne Landtagsfraktion bereits im Januar 2007 einen Antrag hierzu gestellt hat. Damals war dieses Thema noch viel weniger in der öffentlichen Betrachtung, als dies heute der Fall ist. Mittlerweile hat man

(Edith Sitzmann)

erkannt, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft ein wichtiger Innovationstreiber ist, und zwar mit 155 000 Erwerbstätigen in 28 000 Unternehmen bei 20 Milliarden € Umsatz. Wenn man die eine oder andere Branche noch dazurechnet, kommt man noch auf sehr viel mehr. Deswegen sind wir dankbar, dass sich der Innovationsrat in seinem Abschlussbericht ausführlich mit der Kreativ- und Kulturwirtschaft beschäftigt hat und eine Reihe von sehr guten Vorschlägen gemacht hat, die es intensiv zu prüfen gilt.

Einer dieser Vorschläge lautete beispielsweise: Starthilfe für Gründer in der Kreativwirtschaft. Meine Damen und Herren, das ist ein guter Vorschlag; wir hatten ihn schon vor über einem Jahr eingebracht. Damals hat das Wirtschaftsministerium in seiner Stellungnahme zu unserem Antrag lapidar behauptet, wir brauchten das alles nicht; es stünden alle anderen Programme, die es im Land gibt, offen. Wir begrüßen, dass es jetzt eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Ministeriums, der Landesbank, der L-Bank usw. gibt, die diesen Vorschlag noch einmal untersucht. Wir fordern Sie nachdrücklich auf, auch die anderen Vorschläge des Innovationsrats intensiv zu prüfen.

Der dritte Aspekt, meine Damen und Herren, ist die Gesundheitswirtschaft. Das ist einer der vier in dem Gutachten von IAW und McKinsey empfohlenen Schwerpunkte. Die Gutachter sehen bis zum Jahr 2020 ein Wertschöpfungspotenzial von 15 bis 20 Milliarden €. Aber schon heute ist die Gesundheitswirtschaft die beschäftigungsstärkste Branche, die wir in Baden-Württemberg haben. Aufgrund der demografischen Entwicklung, aufgrund des medizinischen Fortschritts, aber auch durch das gestiegene Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung ist dies ein Wachstumssektor mit Potenzial zur Leitbranche.

Auch hier, meine Damen und Herren, sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die in diesem Fall auf Bundesebene getroffen werden, ganz entscheidend. Wir müssen aber leider feststellen, dass die Gesundheitspolitik, die FDP-Gesundheitsminister Rösler betreibt, nicht geeignet ist, um die Potenziale auszuschöpfen. Auch hier stehen CDU und FDP in Bund und Land auf der Bremse, meine Damen und Herren.

Wir warten darauf, dass die Motoren, die wir haben, auch wirklich Gas geben können. Dazu brauchen wir endlich eine vernünftige Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Hofelich, ich komme zwar nicht aus einer Metzgerei, sondern aus einer Bäckerei, bin aber trotzdem in vielen Punkten mit Ihnen einig.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Danke! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bäcker und Metzger haben sich schon immer gut verstanden! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr hintergründige Aussage!)

Das beginnt damit – Herr Kollege Hofelich, wenn ich das gleich aufgreifen darf, damit ich es nicht vergesse –, dass wir uns für eine Volkswirtschaft in der Tat keine bessere Frischzellenkur vorstellen können, als junge Leute zu haben, die den Sprung in die Selbstständigkeit wagen. Das gilt natürlich für alle Bereiche; dies gilt für den Produktionsbereich, aber auch für den Dienstleistungsbereich, und hier wahrscheinlich ganz besonders.

Das ist auch der Grund, weshalb wir die Anregungen des Innovationsrats aufgegriffen haben und zusammen mit der L-Bank, mit der LBBW und anderen Stellen das Kapital für Existenzgründungen, also das "Wagniskapital", das Venturecapital, insbesondere in der Frühphase aufstocken wollen, um so dazu beizutragen, die Sprünge in die Selbstständigkeit zu befördern. Wie gesagt: Es gibt keine bessere Frischzellenkur für eine Volkswirtschaft. Das werden wir auch so machen.

Wir haben derzeit Anlass zur Freude über die wirtschaftliche Lage. Darauf ist an verschiedenen Stellen bereits hingewiesen worden. Wir haben Freude daran, dass die Arbeitslosenzahlen zurückgegangen sind; sie werden noch weiter zurückgehen. Es ist gut, dass wir in Baden-Württemberg ein Wachstum für dieses Jahr haben, das irgendwo zwischen 4 und 5 % liegt und damit überdurchschnittlich ausfällt, auch im Vergleich zum Bund. Insofern sind wir eine Wachstumslokomotive.

Es ist auch gut, dass wir die Delle in der Exportwirtschaft in der Zwischenzeit fast wieder ausgeglichen haben. Wir hatten eine erhebliche Delle, aber Sie können davon ausgehen – alles weist darauf hin –, dass wir am Ende des Jahres 2010 in der Exportwirtschaft wieder Exportvolumina wie vor der Krise vorweisen können. Das hat sich hervorragend entwickelt, und es zeigt sich: Wenn man mit einer starken Exportwirtschaft in eine Weltwirtschaftskrise gerät, dann gerät man natürlich schneller hinein und rutscht auch schneller in den Keller. Aber man kommt auch umso schneller wieder aus diesem Keller heraus. Das ist die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, die von den Kollegen auch bereits beschrieben wurde.

Die alles entscheidende Frage ist: Was können wir von uns aus tun, also auch in der baden-württembergischen Wirtschafts- und Landespolitik, um diesen Prozess der Verstetigung des wirtschaftlichen Aufschwungs hinzubekommen? Was können wir für die Verstetigung dieses wirtschaftlichen Aufschwungs tun? Das hängt mit der Qualifikationskraft zusammen; darüber ist schon gesprochen worden.

Ich sage noch einmal: Qualifikationskraft heißt, dass wir gleichzeitig – das betone ich – zweierlei tun müssen. Zum einen müssen wir die Qualifikation der Menschen in unserem Land an den verschiedensten Fronten verbessern, auch als Antwort auf die demografische Lücke, die wir nun haben. Zum anderen brauchen wir ein modernes Zuwanderungsgesetz, das es uns erlaubt, die nach unseren Vorstellungen besten Kräfte nach Baden-Württemberg zu bringen.

Meine Damen und Herren, die "Lassos" nach den besten Köpfen, nach den klügsten Köpfen, nach den geschicktesten Händen sind weltweit ausgeworfen. Baden-Württemberg kann es sich nicht erlauben, hier beiseite zu stehen. Baden-Württemberg muss sich an diesem Wettbewerb beteiligen. Deshalb begrüße ich es sehr, dass heute Morgen der Bundeswirtschafts-

(Minister Ernst Pfister)

minister für die Bundesregierung angekündigt hat, dass ein solches modernes Zuwanderungsgesetz jetzt endlich auf den Weg gebracht wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das Zweite, was man in diesem Zusammenhang ansprechen sollte, ist natürlich die Frage: Wie können wir die erfolgreiche Exporttätigkeit des Landes Baden-Württemberg ein Stück weit gegenüber Einflüssen von außen abfedern? Genau hier besteht Anlass, der FDP/DVP-Landtagsfraktion zu danken, dass sie diese Große Anfrage auf den Weg gebracht hat.

Ich habe versucht, in der Antwort eines deutlich zu machen: Es geht nicht darum, dass Güterproduktion und Dienstleistung gewissermaßen gegeneinander ausgespielt werden. Dienstleistungen können Güterproduktion und Industrieproduktion in der Zukunft nicht ersetzen. Aber sie müssen sie ergänzen. Die entscheidende Botschaft muss in der Tat sein, dass wir im Wesentlichen solche Güter produzieren und exportieren, die von einem hohen Anteil an Dienstleistungen begleitet werden.

Wer in dieser Woche auf der GlobalConnect war, an der 3 500 Gäste und eine Heerschar von Ministern und von Entscheidungsträgern aus der Wirtschaft, insbesondere aus dem arabischen Raum, teilgenommen haben, hat festgestellt, dass Baden-Württemberg genau dieses Kompliment gemacht worden ist: dass wir nicht nur Produkte in den Bereichen der Medizintechnik, der regenerativen Energien, des Maschinenbaus und vielen anderen Bereichen mehr in diese Länder liefern, sondern dass wir als Baden-Württemberger dafür bekannt sind, diese Produktlieferungen auch mit dem notwendigen Dienstleistungsservice zu versehen.

Das ist unsere große Stärke, meine Damen und Herren. Das ist unser großes Alleinstellungsmerkmal. Genau an diesem Alleinstellungsmerkmal müssen wir weiterarbeiten. Dann haben wir große Chancen, dass Export aus Baden-Württemberg auch noch in 20 Jahren ein Exportschlager in der Welt ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir müssen in der Tat dafür sorgen, dass der Dienstleistungssektor – Sie haben darauf hingewiesen – auch von der Forschungsseite her berücksichtigt wird. Aber dazu kann ich nur sagen: Ich glaube, dass wir mit dem Fraunhofer-Institut, dem IAO in Stuttgart, ein exzellentes Institut und vielleicht sogar das beste in Europa haben, auf das wir setzen können. Wir haben jetzt ein neues Research Institute am KIT in Karlsruhe gegründet. Auch dies ist ein exzellentes Institut. Beide Institute werden in der Lage sein, den Forschungsanteil in der Zukunft abzudecken.

Das Zweite, was wir machen müssen, ist, auch diesen Transfer von Forschungsdienstleistung – also von Dienstleistungsmöglichkeiten, die die Forschung erbracht hat – umzusetzen und dafür zu sorgen, dass dies in die Unternehmen transferiert werden kann. Auch hier glaube ich, dass sich Baden-Württemberg überhaupt nicht verstecken muss, ganz im Gegenteil. Als Motto kann gelten, dass sich die Lebenskraft eines Zeitalters nicht so sehr an der Ernte bemisst, sondern an der Aussaat.

Die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen, die wir in Baden-Württemberg haben, wie die Fraunhofer-Institute und die Innovationsallianz,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das NMI in Reutlingen!)

sind vor rund 25 Jahren errichtet worden, und sie müssen jetzt erneuert werden. Meine Damen und Herren, ich finde es schon bemerkenswert, wenn das Land Baden-Württemberg die Kraft hat, bis zu den Jahren 2015/2016 zusätzlich rund 250 Millionen € aufzubringen, um diese wirtschaftnahen Forschungseinrichtungen für die Zukunft fit zu machen.

Diese wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen haben ausdrücklich auch die Aufgabe, den Transfer von Dienstleistungen in die Betriebe hinein zu ermöglichen. Ich glaube, dass wir in dieser Hinsicht sehr gut aufgestellt sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Das sind die Gebiete, auf denen wir in Baden-Württemberg gut sind und auf denen auch in Zukunft unsere Schwerpunkte liegen werden. Diese Gebiete sind in dem Gutachten von McKinsey und auch an anderen Stellen immer wieder deutlich herausgestellt worden. Man kann es nur unterstreichen: Das ist der IT-Bereich, das ist der Clusterbereich "Gesundheit und Medizin", das sind auch andere.

Ich will aber darauf hinweisen, dass der Export von Dienstleistungen z. B. im Ingenieurbereich oder im Architekturbereich in Zukunft besondere Bedeutung haben wird. Wenn Sie in Saudi-Arabien sind, werden Sie feststellen, dass dort in unglaublichem Umfang in Hochschulen, in Schulen, in Infrastruktur, in Verkehrsinfrastruktur investiert wird. Daran wird deutlich, dass ein enormer Bedarf an Ingenieurdienstleistungen vorhanden ist. Aber diese Ingenieurdienstleistungen brauchen natürlich eine gewisse kritische Größe. Da wird sich der einzelne Ingenieur aus Baden-Württemberg mit seinen fünf Beschäftigten niemals zurechtfinden können.

Ich finde es bemerkenswert, dass wir im vergangenen April, als wir in Saudi-Arabien waren, einen Vertrag geschlossen haben. Dazu haben sich ca. 100 Ingenieure aus Baden-Württemberg zu den "Baden-Württemberg Engineers" zusammengeschlossen. Dieses Netzwerk "Baden-Württemberg Engineers" hat sich wiederum in einem Joint Venture mit Ingenieuren aus Saudi-Arabien zusammengeschlossen. Dies alles hat dazu geführt, dass jetzt die kritische Größe für baden-württembergische Ingenieure vorhanden ist. Ich sage Ihnen – das ist auch kein Geheimnis –: Innerhalb von wenigen Wochen und Monaten sind aus Saudi-Arabien Aufträge in Millionenhöhe nach Baden-Württemberg geflossen.

Das ist ein Beispiel dafür, meine Damen und Herren, dass man in Zukunft Export eben nicht nur als Export von Gütern verstehen kann – obwohl wir da natürlich bekanntermaßen besonders gut sind –, sondern dass dabei auch der Dienstleistungssektor eine zunehmende Rolle spielen wird. Schon in der Vergangenheit hat er eine große Rolle gespielt. Der Dienstleistungsanteil lag vor 15 Jahren aber noch bei 53 %; heute liegt er bei etwa 60 %, und die Tendenz ist weiter steigend. Das gilt sowohl für die klassischen Dienstleistungen wie den

(Minister Ernst Pfister)

Tourismus – das ist hier auch angesprochen worden – als auch insbesondere für die industrienahen und wirtschaftsnahen Dienstleister, die in Zukunft zu einem Exportschlager werden können.

Frau Kollegin Sitzmann, ich stimme mit Ihnen überein, dass wir dies nun mit der Kultur- und Kreativwirtschaft verknüpfen sollten. Sie haben die Zahlen genannt. Ich finde es außerordentlich beeindruckend, dass in der Kultur- und Kreativwirtschaft inzwischen 160 000 Beschäftigte tätig sind, diese einen Umsatz von 20 Milliarden € erzielt und ihr Anteil gemessen am Bruttoinlandsprodukt inzwischen so hoch ist wie der gesamte Anteil der chemischen Industrie. Daran sieht man einmal, welche Bedeutung diese neuen Branchen haben, die jüngst entstanden sind, und welche großen Anteile sie schon heute haben und in Zukunft noch haben werden.

Meine Damen und Herren, die Botschaft ist klar: Es ist ausdrücklich verboten – ausdrücklich verboten! –, Dienstleistungen und Industrieproduktion gegeneinander auszuspielen. Es geht nicht an, dass wir Industrieproduktion wegdrücken, vernachlässigen und sagen: Wir wollen dies durch Dienstleistungen ersetzen. Diese beiden Aspekte gehören zusammen wie die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das ist das Alleinstellungsmerkmal der baden-württembergischen Wirtschaft; das ist das Erfolgsrezept der baden-württembergischen Wirtschaft. Genau diesen Weg werden wir weitergehen.

Ich bin der FDP/DVP-Fraktion sehr dankbar dafür, dass sie dieses Thema jetzt auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ich denke, dass die Ansätze, die wir in der Antwort auf die Große Anfrage aufgezeigt haben, geeignet sind, um in Zukunft diesen Weg in eine so verstandene Dienstleistungsgesellschaft fortzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftsminister ist bereits auf einiges von dem eingegangen, was Kollegin Sitzmann und Kollege Hofelich angesprochen haben, z. B. auf das Thema Kreativwirtschaft.

Ein Thema allerdings, Frau Kollegin Sitzmann, möchte ich kurz streifen: Es hätte mich wirklich gewundert, wenn es Ihnen nicht gelungen wäre, auch das Thema Dienstleistungen so zu interpretieren, dass Sie auf die Laufzeitverlängerung für die Kernkraftwerke zu sprechen kommen können.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das liegt einfach auf der Hand!)

Vor diesem Hintergrund kann man vielleicht darüber streiten, ob der Handwerker, der die Solarzellen auf das Dach montiert, der klassische Dienstleister ist. Aber sei's drum. Eines ist, glaube ich, jedenfalls deutlich, nämlich dass dieser Handwerker und auch andere, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind, durchaus im Blickpunkt der Landespolitik liegen. Denn nicht zuletzt Baden-Württemberg hat mit da-

für gesorgt, dass das notwendige Abschmelzen der Subventionierungen dieses Bereichs mit Maß und auch mit den entsprechenden zeitlichen Vorläufen stattgefunden hat.

Im Übrigen hoffe ich, dass Sie mit uns darin einig sind, dass wir uns, wenn die Laufzeitverlängerung für die Kernkraftwerke schon kommt, gemeinsam dafür einsetzen sollten, dass diese ca. 30 Milliarden € an Abschöpfungen, die für die erneuerbaren Energien vorgesehen sind, dann tatsächlich fließen und dass auch das Land Baden-Württemberg seinen Anteil davon bekommt, damit das Geld in genau diese Zukunftsbranchen fließen kann. Ich hoffe, wir können uns zumindest darüber verständigen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir setzen uns dafür ein, dass die Laufzeitverlängerung nicht kommt!)

Herr Kollege Hofelich, wir sind uns auch mit dem Wirtschaftsminister – das ist, glaube ich, deutlich geworden – völlig einig, dass wir nicht Dienstleistungen gegen Produktion setzen wollen, sondern dass dies, wie es der Wirtschaftsminister gesagt hat, zwei Seiten einer Medaille sind. Im Übrigen gibt es einen "Hybridbereich", also einen Bereich, in dem das eine in das andere hineingreift.

Ich kann durchaus das von Ihnen angeführte Zitat von Henkel bekräftigen, wonach die Dienstleistung das Produkt ist. Zumindest ist das, was bei Dienstleistungen erwirtschaftet wird, gleichwertig mit den Produkten des verarbeitenden Gewerbes. Wir haben auch keinen Dissens, wenn es darum geht, Dienstleistungen, auch einfache Dienstleistungen, anständig zu bezahlen.

Der Bundeswirtschaftsminister hat höhere Löhne als angemessen bezeichnet. Diejenigen, die beispielsweise Oskar Lafontaine immer um den Hals fallen, wenn er so etwas fordert, entdecken jetzt jedoch plötzlich die Tarifautonomie und sagen, die Politik habe sich da herauszuhalten, die Politik habe keine höheren Löhne zu fordern. Das ist zum Teil schon eine etwas eigenartige Debatte.

Ich bekenne mich durchaus dazu: Es soll ordentlich bezahlt werden. Ich glaube, wir haben auch das gleiche Ziel – Herr Hofelich, Sie haben es ausgeführt –: Wir müssen den geringer Qualifizierten in der Gesellschaft Arbeit bieten. Der Dienstleistungssektor bietet sich an. Dissens haben wir bei der Frage, ob Mindestlöhne hilfreich sind, wenn es darum geht, dass diese Leute Arbeitsplätze finden und anständig bezahlt werden, so, wie es unserer Überzeugung entspricht.

Ich halte es wie Sie in der Tat für etwas unglücklich, wenn das Verhältnis etwa von Tourismus zum verarbeitenden Gewerbe so dargestellt wird, als sollte der Tourismus das ausgleichen, was beim Gewerbe wegfällt. Das kann natürlich nicht das Ziel sein; das ist völlig klar. Wir brauchen das verarbeitende Gewerbe weiterhin, aber wir brauchen natürlich auch einen prosperierenden Tourismus. Das Land Baden-Württemberg bietet sich dafür an.

Letzte Bemerkung: Selbstverständlich – auch da sind wir einig – können wir nicht die großen politischen Entscheidungen für den Dienstleistungssektor treffen. Das ist auch nicht unser Ansatz, sondern klar ist: Die Wirtschaft wird im Wesentlichen durch die Wirtschaft selbst gemacht. Aber an der

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

einen oder anderen Stelle können wir mit geeigneten Rahmenbedingungen hilfreich sein, auch im Dienstleistungsbereich. Es war auch ein Ziel dieser Debatte, über die Möglichkeiten, die die Politik hierbei hat, zu reden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, mit dieser Aussprache ist die Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und damit auch Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Vermessungsgesetzes – Drucksache 14/7075

Die Begründung erfolgt durch die Regierung. Für die Aussprache ist eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Köberle.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Etwa 80 % aller Entscheidungen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft haben einen Raumbezug. Von verlässlichen Planungsgrundlagen hängt der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ab. Es gibt eigentlich keine Infrastrukturmaßnahme, die ohne raumbezogene Daten auskommt. Die Vermessungsverwaltung liefert hierfür die Basisinformationen. Darauf bauen alle anderen Verwaltungen auf. Auch die Wirtschaft und die Forschung profitieren ganz entscheidend davon. Das Vermessungswesen und die Vermessungsverwaltung haben also eine große Bedeutung.

Die technologische Entwicklung wurde im amtlichen Vermessungswesen stark vorangetrieben. Die besten Beispiele hierfür sind der Satellitenpositionierungsdienst und das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS. ALKIS steht kurz vor der Einführung im ganzen Land.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor diesem Hintergrund soll unser Landesvermessungsgesetz weiterentwickelt werden. Überholte und nicht mehr zeitgemäße Vorgaben sollen entfallen. Wir wollen das Gesetz vereinfachen. Außerdem soll sich die staatliche Vermessungsverwaltung größtenteils dort aus dem operativen Vermessungsgeschäft zurückziehen, wo Private – in diesem Fall öffentlich bestellte Vermessungsingenieure – die Aufgabe ebenso gut erledigen können.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Friedhelm Ernst FDP/DVP)

Dabei soll der Anteil der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure an Liegenschaftsvermessungen mittelfristig auf 80 % steigen.

Wir haben heute einen Gesetzentwurf in der Form eines Artikelgesetzes eingebracht, der folgende Ziele verfolgt: Erstens: Wir weisen bestimmte Teile von hoheitlichen Aufgaben den öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren als beliehene Unternehmer gesetzlich zu. In zwei zeitlich getrennten Stufen wird das angestrebte Privatisierungsziel von 80 % erreicht.

Zweitens: Wir stärken die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, indem wir auf die öffentlich-rechtliche Abmarkungspflicht verzichten. Flurgrundstücksgrenzen werden künftig nur noch auf Antrag abgemarkt. Dies erspart Aufwand und Kosten.

Drittens: Wir stellen eine landesweit flächendeckende Versorgung mit hoheitlichen Vermessungsdienstleistungen sicher. Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure können landesweit tätig werden. Gleichzeitig verpflichten wir sie, die nachgefragten Vermessungsleistungen zeitnah zu erbringen.

Viertens: Wir erhöhen die Aktualität des Liegenschaftskatasters. Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure erhalten die Befugnis, Gebäude von Amts wegen für das Liegenschaftskataster aufzunehmen.

Fünftens und letztens: Darüber hinaus regeln wir klar die Zuständigkeit der Vermessungsbehörden und leisten Beiträge zum Bürokratieabbau.

Die Lösungen sind insgesamt ausgewogen und sowohl für das Land als auch für unsere Bürgerinnen und Bürger kostenneutral

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit dem Gesetzentwurf bringen wir unser Land auf dem Weg zu einem modernen Staat und Dienstleister ein gutes Stück voran. Dies ist zum Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg, für unsere Wirtschaft, unsere Wissenschaft und unsere Verwaltung.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Gesetzentwurf in Zweiter Beratung im Plenum – nach den Beratungen im Ausschuss – zuzustimmen

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klein.

Abg. Karl Klein CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Landtag liegt heute in der Ersten Beratung der Gesetzentwurf zur Änderung des Vermessungsgesetzes vor. Wie bereits von Herrn Minister Köberle dazu grundsätzlich ausgeführt wurde, werden damit auch die Vorgaben zum Vermessungsbereich aus der Koalitionsvereinbarung und dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz umgesetzt.

Der derzeitige Anteil der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure an öffentlichen Vermessungsleistungen und die Entwicklung zeigen deutlich auf, dass eine gesetzlich geregelte Zuweisung von Aufgabenteilen erforderlich wird. Das Ziel, den Anteil der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure an den öffentlichen Liegenschaftsvermessungen in unse-

(Karl Klein)

rem Land mittel- bzw. langfristig auf ca. 80 % zu erhöhen, ist mit anderweitigen Maßnahmen leider nicht zu erreichen und auch nicht zu gewährleisten.

Die vorgesehene zeitlich gestaffelte Zuweisung von Aufgabenteilen an öffentlich bestellte Vermessungsingenieure erfolgt dabei aus der Gesamtsicht des Landes Baden-Württemberg unter Berücksichtigung der personellen und der wirtschaftlichen Gegebenheiten bei den unteren Vermessungsbehörden. Sowohl die Belange der unteren Vermessungsbehörden als auch die Belange der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure wurden dabei berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund der Lage öffentlicher Haushaltskassen begrüße ich natürlich ausdrücklich, dass diese Lösung insgesamt kostenneutral und ausgewogen erfolgt. Den öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren kommt mit diesen Aufgaben eine größere Bedeutung zu. Sie übernehmen zukünftig mehr Verantwortung. Im Bereich des Vermessungswesens in Baden-Württemberg werden, wie schon ausgeführt, die Katastervermessungen übertragen, und auch die Gebäudeaufnahmen können durch sie von Amts wegen stattfinden.

Im Gegenzug bekommen die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure aber auch Verpflichtungen auferlegt. Sie können künftig nur noch zu den amtlichen Gebührensätzen tätig werden, sie müssen alle Anträge innerhalb des Landes Baden-Württemberg annehmen und diese auch innerhalb einer angemessenen Zeit von sechs Monaten bearbeiten.

Für die Antragsteller – das sind in der Regel natürlich unsere Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch die Kommunen – sind die Regelungen daher kostenneutral. Zudem ist eine flächendeckende Versorgung mit hoheitlichen Vermessungsleistungen auch weiterhin gewährleistet.

Abschließend darf ich feststellen, dass die Modernisierung des Vermessungsgesetzes das amtliche Vermessungswesen auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet und die entsprechenden Grundlagen schafft. Deshalb wird die CDU-Fraktion diesem Gesetzentwurf nach der zweiten Lesung zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! Brillante Rede!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Buschle das Wort.

Abg. Fritz Buschle SPD: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auch die SPD-Fraktion ist im Grundsatz mit der Novellierung dieses Gesetzes einverstanden. Die Novellierung ist notwendig, weil sich auch die technischen Voraussetzungen sehr verändert haben. Es ist aber auch kein neues Thema. Seit 15 Jahren beschäftigen wir uns mit der Reform des Vermessungswesens, und die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure haben sich zu Recht auf die Zusage verlassen, dass ihr Anteil an den Liegenschaftsvermessungen auf 80 % erhöht wird. Das ist für sie eine wirtschaftliche Frage, eine existenzielle Frage, es ist eine Frage von Arbeitsplätzen.

Andererseits – auch das haben Sie, Herr Kollege Klein, erwähnt – gilt es natürlich, die öffentliche Verwaltung personell entsprechend auszustatten. Den Landkreisen entsteht hier durchaus ein Problem, weil es in den 15 Jahren durch die teufelsche Verwaltungsreform nicht so ganz gelungen ist, dieses Personal entsprechend umzusetzen. Der Teufel steckt hier also noch immer im Detail. Es gilt hier, die gegensätzlichen Interessenlagen zu berücksichtigen.

Ein anderer Punkt erscheint uns noch sehr diskussionswürdig: Das ist die Frage der Abmarkung sowohl in den Feldern als auch in den Dörfern. Es ist nicht so einfach, auf die Abmarkung zu verzichten, ohne damit den Rechtsfrieden zu gefährden. Herr Minister Köberle, das Landesvermessungsamt Baden-Württemberg unterstützt z. B. Serbien seit Jahren bei der Erstellung eines Vermessungskatasters. Die Behörde macht das sehr erfolgreich und stellt fest, wohin es führen kann, wenn über Jahrzehnte hinweg bis zurück zu Zeiten von Kaiser Franz Joseph keine Abmarkungen mehr durchgeführt worden sind. Dadurch entstehen Situationen, die sicherlich nicht erfreulich sind.

Wir wollen diesen Rechtsfrieden erhalten, indem wir uns noch einmal Gedanken über die Frage machen: Können wir auf die Abmarkungen wirklich ganz verzichten, oder müssen wir eine Lösung finden, die allen Seiten entgegenkommt, also Abmarkung auf Antrag der Anlieger oder wenn sie im öffentlichen Interesse notwendig ist? Dabei könnte die Entscheidung über die Notwendigkeit einer Abmarkung eventuell auch in die Behörden nach außen verlegt werden. Das ist uns ein großes Anliegen.

Ansonsten ist es so, dass die technischen Möglichkeiten besonders in der landwirtschaftlichen Fläche vermutlich noch nicht ausreichen werden, um alle Anforderungen zu erfüllen. Gerade in der Landwirtschaft ist die Sache nicht so einfach, auch wenn die Bewirtschaftung heute anders ist als vor 50 Jahren.

In diesem Sinn: Die SPD-Fraktion wird dem Gesetz im Ganzen zustimmen. Über die Detailfragen werden wir im Ausschuss noch einmal diskutieren müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP und Dr. Klaus Schüle CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den Ausführungen meiner beiden Vorredner ist, glaube ich, sehr deutlich geworden, wo die eigentlichen Inhalte des Entwurfs zur Novellierung des Vermessungsgesetzes liegen. Deswegen brauche ich nicht in großen Teilen darauf einzugehen und kann mich auf die Punkte beschränken, die wir als Grüne noch betonen wollen.

Sicherlich geht es darum, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen öffentlich bestellter Vermessungsingenieure, den Interessen privater Vermessungsingenieure und den Interessen der Vermessungsverwaltung in den Landratsämtern bzw. der Landratsämter selbst zu finden.

(Dr. Bernd Murschel)

Die Vermessung unterliegt einem starken Wandel. Spätestens dann, wenn das europäische Satellitensystem in Betrieb geht bzw. nutzbar sein wird, wird sich das Vermessungswesen noch einmal gravierend verändern und insofern auch Auswirkungen auf die Tätigkeit aller Vermessungsingenieure haben.

Wir sind der Meinung, dass es richtig ist, 80 % der Vermessungstätigkeiten der öffentlichen Hand an freiberuflich tätige Vermessungsingenieure zu vergeben und damit einen Großteil der Vermessungstätigkeit zu privatisieren. Diese Zielvorgabe ist in den Landratsämtern unterschiedlich verwirklicht. In meinem Heimatlandkreis Böblingen ist sie gut verwirklicht. In anderen Landkreisen, in denen einfach kein starkes finanzielles Interesse vorhanden sein kann, weil hier nicht so viel Geld verdient werden kann, ist diese Vorgabe nicht umgesetzt. Ich glaube aber, dass die Landratsämter sehr viel Zeit gehabt haben, sich auf diese Umstellung vorzubereiten, und dass die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Ansätze richtig sind, um die Entwicklung – salopp gesagt – zu pushen.

Wir sind allerdings auch der Meinung, dass es im Ermessen der Kommunen und der Bürger, der Privatpersonen liegen soll, ob für die Vermessungstätigkeit Vermessungsingenieure aus der Landesverwaltung herangezogen werden sollen oder ob private Vermessungsingenieure diese Tätigkeiten ausüben sollen

Wir sind auch der Meinung – da schließe ich mich den Ausführungen des SPD-Kollegen an –, dass wir auf jeden Fall noch einmal darüber diskutieren sollten, ob es der richtige Weg ist, die Pflicht zur Abmarkung aufzuheben und diesbezüglich Wahlfreiheit vorzusehen. Denn die Gemarkung – Marksteine und Abgrenzungen – hat durchaus etwas mit Rechtsfrieden zu tun und stellt für viele ein hohes Gut dar. Darüber werden wir im Ausschuss noch einmal zu diskutieren haben.

Ansonsten werden wir das im Entwurf vorliegende Gesetz konstruktiv begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Ehret.

Abg. Dieter Ehret FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landwirtschaftsminister hat uns heute einen Gesetzentwurf vorgelegt, der aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion längst überfällig war. Die lange Verfahrensdauer war jedoch begründet. Denn in diesem Fall waren wirklich eine Vielzahl von Verhandlungen mit allen Beteiligten erforderlich. Letztlich denken wir, dass der vorliegende Gesetzentwurf die Belange aller Betroffenen aufgreift.

Bereits in der Koalitionsvereinbarung zur 14. Legislaturperiode haben wir zusammen mit der CDU festgelegt, dass das Vermessungsgesetz mit dem Ziel weiterentwickelt werden soll, den Erfordernissen der wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung gerecht werden zu können. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich feststellen, dass dies ein wesentliches Anliegen der FDP/DVP-Fraktion war.

Sie wissen, dass die Fachaufsicht über die Vermessungsverwaltung damals vom FDP-geführten Wirtschaftsministerium ausgeübt wurde. Durch die Zusammenlegung der Vermessungsverwaltung mit der dem MLR zugeordneten Flurneuordnungsverwaltung sind im Rahmen der Verwaltungsreform Synergieeffekte entstanden, welche bei der Vermessungsverwaltung viele Kapazitäten frei werden ließen. Dies ist übrigens ein Beispiel dafür, dass die Verwaltungsreform in diesem Bereich sehr erfolgreich war. Wir waren uns aber auch einig, dass diese frei gewordenen Kapazitäten nicht für zusätzliche Vermessungsleistungen bei den Landratsämtern eingesetzt werden sollten.

Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, dass bereits im Zuge der Verwaltungsstrukturreform im Vermessungsgesetz erstmals die Erhöhung des Privatisierungsanteils – des Anteils der ÖbV – gesetzlich vorgegeben wurde. Eine gleichlautende Regelung finden wir übrigens auch in § 102 der Gemeindeordnung und sinngemäß auch im Gemeindewirtschaftsgesetz.

Gleichzeitig wurden im Zuge der Verwaltungsstrukturreform wesentliche Teile der Sonderverwaltungen in die unteren Verwaltungsbehörden integriert. Ziel war gerade für die Vermessungsverwaltung nicht nur eine weitgehende Übertragung von staatlichen Aufgaben an die ÖbV mit dem positiven Effekt eines Bürokratieabbaus durch Deregulierung, sondern auch – den Hinweis auf die Abmarkungspflicht haben wir gerade gehört – eine Kostenersparnis für die Bürger, die durch die Neuregelung bei der Abmarkung entsteht.

Ich will hinzufügen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sicher kann man in den Ausschüssen darüber reden. Aber wenn man den Rechtsfrieden in Gefahr sehen sollte, dann, denke ich, hat jeder der beteiligten Anlieger die Möglichkeit, sein Grundstück – ob dieses nun in der freien Flur oder im überplanten Bereich liegt – abmarken zu lassen.

Ein weiteres Ziel war die Sicherstellung einer landesweit flächendeckenden Versorgung mit hoheitlichen Vermessungsdienstleistungen durch die ÖbV. Das ist natürlich – Herr Kollege Klein hat es gerade gesagt – auch eine Verpflichtung für die öffentlich bestellten Vermesser.

Gleichzeitig sollten aber auch die unteren Verwaltungsbehörden in die Lage versetzt werden, das vorhandene Fachpersonal qualitätsorientiert in anderen Bereichen einzusetzen. Als Beispiele nenne ich die Mithilfe bei den EU-Förderanträgen oder den Flurneuordnungsverfahren. Gerade diese Flurneuordnungsverfahren – das ist eben auch schon angeklungen – dauern mitunter über zehn Jahre. Das ist einfach viel zu lang.

Die Landesregierung hat mit den kommunalen Landesverbänden damals entsprechende Vereinbarungen geschlossen. Konkret wurde der ÖbV-Anteil an den Liegenschaftsvermessungen auf 80 % festgelegt. Diese Zielvorgabe wurde einvernehmlich und freiwillig getroffen.

Ziel der Verwaltungsstrukturreform war aber die genannte Privatisierung der staatlichen Aufgabe und die Reduzierung der staatlichen Vermessungsarbeiten. 20 % der Aufgaben wurden zur Sicherstellung des Erhalts der Fachkompetenz der Vermessungsverwaltung und der Ausbildung des Berufsnachwuchses als erforderlich und ausreichend betrachtet.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

(Dieter Ehret)

Trotz der freiwilligen Zielvereinbarungen mit den Landkreisen ist der ÖbV-Anteil, der im Jahr 2005 bei etwa 50 % gelegen hatte, leider nicht überall gestiegen. Deshalb ist die gesetzliche Festschreibung für uns trotz der seit Langem vorliegenden Vereinbarungen unumgänglich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich denke, dass inzwischen auch die Landkreise und die größeren Kommunen, die noch selbst Vermessungen durchführen, dies nachvollziehen können.

Durch die jetzt vorliegenden Aufgabenzuweisungen haben wir klare gesetzliche Zuständigkeiten. Wir reduzieren gleichzeitig Bürokratie und Aufgaben und stärken das Selbstbestimmungsrecht der Bürger durch den Verzicht auf die öffentlichrechtliche Abmarkungspflicht.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses können mir bestätigen, welche Schwierigkeiten die Bürger mit der Vermessung von Grundstücksgrenzen haben. Wir haben einige Fälle, die sich noch in der Warteschleife befinden. Wenn für wenige Quadratmeter riesige Gebühren gefordert werden, gehen die Bürger natürlich auf die Barrikaden, und zwar zu Recht. Wir haben einige Positionen, bei denen wir uns noch einmal zusammensetzen und verträgliche Lösungen suchen müssen.

Im Namen der FDP/DVP-Landtagsfraktion bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Minister Köberle, und Ihrem Ministerium für den vorliegenden Gesetzentwurf. Er enthält unsere gemeinsamen Festlegungen aus der Koalitionsvereinbarung. Er ist ein weiterer Beitrag zur Entbürokratisierung und zu einem schlanken und trotzdem starken Staat.

Wir nehmen sehr wohl zur Kenntnis, dass der Privatisierungsanteil nicht sofort 80 % betragen kann. Er wird stetig steigen, und diese Marke wird in einigen Jahren erreicht werden können. Auch hier gilt: Der Weg ist das Ziel.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 14/7075 zur weiteren Beratung an den Landwirtschaftsausschuss zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4582

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Locherer das Wort erteilen.

Abg. Paul Locherer CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir wieder ein-

mal eine Landwirtschaftsdebatte hier im Plenum führen. Ich möchte an die große Milchdiskussion im vergangenen Jahr erinnern und den Herrn Präsidenten nochmals dafür loben, dass er damals anstatt Wasser Milch ausgegeben hat. Damit hat er ein deutliches Zeichen der Unterstützung der Milchwirtschaft im Land Baden-Württemberg gesetzt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Es hat nichts geholfen!)

Ich freue mich, dass wir heute über die Einkommenssituation der Landwirte reden. Es ist gut und richtig, dass wir uns über einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion unterhalten, der zwar vom Juni 2009 stammt, aber deutlich zeigt: Wir von der CDU-Landtagsfraktion ducken uns nicht weg, wenn es schwierig wird, sondern wir stehen zu den Aufgaben, auch wenn es einmal eng wird und uns der Wind ins Gesicht pfeift.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Landwirtschaft ist immer wichtig!)

Die Landwirtschaft ist im ländlichen Raum neben der mittelständischen Wirtschaft ein tragendes Element und das Rückgrat des ländlichen Raumes im Bundesland Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir heute die Unterschreitung der Marke von drei Millionen Arbeitslosen in Deutschland feiern, müssen wir uns dennoch weiter auf den Weg machen, die Arbeitslosenzahl noch stärker abzubauen. Das hat aber auch mit der Wirtschaft im ländlichen Raum mit seinen vor- und nachgelagerten Bereichen und übrigens auch mit der Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu tun.

Ich danke ausdrücklich den bäuerlichen Familienbetrieben in Baden-Württemberg. Diese leisten nämlich einen erheblichen Beitrag zu diesem Aufschwung und zu dieser erfreulichen Situation, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Im Herbst 2010 haben wir eine bessere Situation bei den Getreidepreisen und auch bei den Milchpreisen. Im September lag der Auszahlungspreis bei 32,9 Cent. Ich darf hinzufügen, dass das nur eine Zwischenstation nach oben sein darf. Wir haben stabile Kartoffel-, Obst- und Gemüsepreise. Die Schlachtschweinepreise sind leider weiterhin unter starkem Druck. Die Kostenseite wird aber auch durch steigende Preise bei den Dünge- und Futtermitteln belastet.

Ist jetzt alles gut, und können wir uns zurücklehnen, meine Damen und Herren? Nein. Gerade die Milchwirtschaft ist ein wichtiger und bedeutender Teil der Agrarwirtschaft. Sie erzeugt ein Viertel des Produktwerts der Landwirtschaft insgesamt. Im Jahr 2008 waren dies 1,1 Milliarden €. Die Molkereibranche leistet übrigens einen großen Anteil zum Export des Landes Baden-Württemberg. "Made in Germany" ist also nicht nur bei Autos und Maschinen gefragt. Dies gilt auch für hochwertige Produkte der Landwirtschaft, auch aus der Milchwirtschaft unseres Landes.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Milch in Germany!)

(Paul Locherer)

Wie bereits gesagt: Die Landwirtschaft kommt aus einem tiefen Tal niedriger Erzeugerpreise im Wirtschaftsjahr 2008/ 2009. Der Milchmarkt war intensiv betroffen. Es gab Liquiditätsengpässe und Existenzsorgen. Solche Entwicklungen können sich sehr schnell umkehren, wie wir jetzt sehen.

Es ist mittlerweile ein geflügeltes Wort: Was geht es uns an, wenn in China ein Sack Reis umfällt? Es geht uns sehr wohl etwas an, wenn in China ein Sack Reis umfällt; denn aufgrund der Globalisierung hat das sehr wohl Auswirkungen in Deutschland und auch in Baden-Württemberg.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bis ins Allgäu!)

In Zukunft ist also weiterhin mit Markt- und Preisschwankungen zu rechnen. Nichtsdestotrotz setzen wir alles daran, die Landwirtschaft in unserem Bundesland wettbewerbsfähig zu halten und sie noch wettbewerbsfähiger zu machen.

Meine Damen und Herren, wir als Union haben unsere Bauern in der Krise nicht im Stich gelassen. Ich zähle auf, welche Maßnahmen wir ergriffen haben: Liquiditätsdarlehen, Überbrückungsdarlehen auf dem Kapitalmarkt, steuerliche Erleichterungen. Wir haben auch geholfen, als das Maiunwetter im Jahr 2009 unsere Obstbauern am Bodensee und im Oberland so hart getroffen hat. Wir haben etwas bei der Agrardieselbesteuerung getan, beim Selbstbehalt und bei der Obergrenze. Wir haben übrigens auch Dinge zugunsten der Landwirtschaft wieder zurückgebaut, die unter Rot-Grün beschlossen worden sind und sich als belastend erwiesen haben.

Wir haben das Agrarinvestitionsprogramm nochmals verstärkt. Ich möchte ausdrücklich dafür danken, dass wir zusätzliche Mittel im Landeshaushalt bereitgestellt haben, nämlich zweimal 3 Millionen €.

Wir haben die Beratung und die Bildung im Bereich des Schwarzwalds intensiviert – in Baden-Württemberg-Nord, in Schwäbisch Hall und auch im Oberland. Das Landwirtschaftliche Zentrum Baden-Württemberg in Aulendorf berät zurzeit 200 Betriebe. Das Angebot, die Betriebe wettbewerbsfähig zu machen, kommt also sehr gut an.

Ich möchte die Marktstrukturförderung für die Molkereibranche ansprechen. Immerhin wird hier ein Investitionsvolumen von 42 Millionen € begleitet. Auch für die angewandte Forschung und Innovation sei hier ein Kontrakt des Landwirtschaftlichen Zentrums in Aulendorf und der Außenstelle in Wangen im Allgäu mit der Universität Hohenheim erwähnt.

Meine Damen und Herren, wir werden uns nicht auf irgendwelchen Lorbeeren ausruhen. Das wollen wir nicht, und das können wir auch nicht. Wir müssen unsere Landwirtschaft weiterhin tatkräftig unterstützen.

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele, wie wir als engagierte Partner der Landwirtschaft ans Werk gehen wollen. Zunächst einmal zur Ausgleichszulage und zu den Agrarumweltmaßnahmen: Wir wollen eine flächendeckende Landwirtschaft und eben nicht nur Landwirtschaft auf begünstigten Standorten. Wir setzen uns für die Ausgleichszulage ein. Sie hat sich bewährt. Ich mache Ihnen da aber nichts vor: Wir müssen auch mit der EU noch hart darum ringen, dass die bisherigen Ge-

bietskulissen erhalten bleiben. Die müssen wir verteidigen, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Helmut Walter Rüeck und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Ich spreche mich auch für Agrarumweltmaßnahmen und die Weiterführung des MEKA-Programms aus. Die europäische Agrarpolitik muss auch in Zukunft auf zwei Fundamenten stehen, nämlich der ersten und der zweiten Säule mit der entsprechenden Förderung und Unterstützung von Landwirtschaft und ländlichem Raum.

Wir müssen uns auch um die Konkurrenzsituation kümmern, die sich derzeit zwischen der Energieerzeugung in der Landwirtschaft und der Lebensmittelerzeugung durch die Landwirtschaft ergibt. Ich möchte hier heute keine inhaltliche Diskussion vom Zaun brechen, aber wir müssen uns der Dinge annehmen, die sich da in der Praxis zeigen. Wir brauchen einen weiteren Bürokratieabbau, insbesondere eine Vereinfachung bei Cross-Compliance-Kontrollen und einen Abbau von Wartezeiten bei der Investitionsförderung.

Ich sage auch: Wir müssen uns darüber unterhalten – im Sinne eines Ziels –, inwieweit wir durch eine steuerliche Risikorücklage – wie in der Wirtschaft – der Landwirtschaft helfen können, dürre und magere Zeiten zu überbrücken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich spreche mich für ein landesweites Schulmilchprogramm aus – landesweit! –, für das es in unserem Land bereits gute Ansätze gibt. Das müssen wir weiterführen.

Ich spreche mich auch für Lokalisierung und Globalisierung aus. Das heißt "Von hier für hier", aber auch, dass wir auf dem Weltmarkt bestehen können, wie vorhin schon erwähnt wurde.

Jetzt darf ich mich auch einmal an die Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal wenden: Ich danke den Verbrauchern. "Geiz ist geil" ist Gott sei Dank vorbei und muss bei den Lebensmitteln, wenn es um etwas geht, was uns mit Essen und Trinken am Nächsten kommt, tabu sein. Sie kaufen bewusst ein, sie kaufen regional ein und helfen und unterstützen damit die Landwirtschaft. Ob es der Landwirtschaft gut geht und ob sie bestehen kann, meine Damen und Herren, entscheiden auch Sie an der Ladentheke. Unterstützen Sie weiterhin unsere Landwirtschaft aus der Region und für die Region, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landwirtschaft ist ein wichtiger und unverzichtbarer Wirtschaftszweig in Baden-Württemberg. Wir – das Land und auch die CDU-Landtagsfraktion – sind verlässlicher Partner der Bauernfamilien in unserem Land.

(Zuruf von der CDU: Sehr verlässlich! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schon immer gewesen!)

(Paul Locherer)

Wir vertreten handfeste Positionen. Wir sind für Klarheit, Wahrheit, Vertrauen und Verlässlichkeit, meine Damen und Herren.

In der Aussprache wird Kollege Karl Rombach als einziger Milchviehhalter im Landesparlament – das darf ich auch einmal feststellen – aus der Praxis vortragen und sich übrigens – davon bin ich überzeugt – wohltuend von so manchem agrarpolitischen Pillepalle abheben, wie wir es vor allem von Kollegen der Grünen schon gehört haben.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Genau!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe zwei Bekanntgaben zu machen: Erstens will ich versuchen, Punkt 5 der Tagesordnung noch vor der Mittagspause aufzurufen. Deshalb hoffe ich auf Ihre Disziplin hinsichtlich der Redezeit, weil wir das andernfalls nicht hinbekommen. Dieser Punkt wird auf keinen Fall abgesetzt.

Zweitens zum Thema Milch: Ich warte noch immer darauf, dass eine Fraktion hier eine Debatte über die Schnapsbrennerei veranstaltet. Es wäre vielleicht attraktiver, einmal eine solche Sitzung zu leiten.

(Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber nur, wenn statt Wasser dann etwas anderes ausgeschenkt wird!)

Jetzt bekommt für die SPD-Fraktion Herr Abg. Winkler das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Vorschlag des Präsidenten kann man aufnehmen, aber er ist bezüglich der Auswirkung von Probegetränken mit Vorsicht zu genießen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nur ohne Alkohol!)

Meinen Beitrag zur Aussprache über diesen Antrag mit dem Thema "Wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft in Baden-Württemberg" möchte ich mit einer Bemerkung über Kuwait, China und Indien beginnen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kuwait?)

Kuwait, China und Indien sind die großen Landaufkäufer der Welt. Sie kaufen zurzeit und seit Jahren in der Dritten Welt in großem Maßstab landwirtschaftliche Flächen auf, in den Dritte-Welt-Ländern, die ihre Ernährung selbst nicht sichern können. Es geht darum, dass zurzeit bei der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und bei landwirtschaftlichen Flächen ein Wettbewerb um Kapital und um zukunftssichernde Ernährung weltweit hergestellt wird. Wenn wir uns dessen bewusst sind, wissen wir auch um den Stellenwert der eigenen Landwirtschaft vor Ort, und damit komme ich wieder zum Thema zurück

Die Weltmarktpreise der landwirtschaftlich nutzbaren Grundstücke explodieren. Wir hatten 1950 pro Kopf der Bevölkerung doppelt so viel landwirtschaftliche Produktionsfläche zur Verfügung wie heute. Das liegt daran, dass erstens die Bevöl-

kerungszahl sehr stark gestiegen ist und zweitens die Dürreflächen weltweit "ausgeglichen" wurden. In Afrika hat man landwirtschaftliche Flächen entnommen. Brandrodungen in Brasilien, Argentinien und Indochina haben einen Teil dieser Flächen wieder "ausgeglichen". Das war aber nicht gut fürs Klima.

Ich mache diesen Einstieg deshalb, weil ich glaube, dass die Wichtigkeit der Landwirtschaft in unserer Gesellschaft möglicherweise nicht genügend präsent ist.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Nur 2,1 % der Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft, aber 10 % aller Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt von der Landwirtschaft und den nachgelagerten Betrieben – ich verweise etwa auf die Ernährungsindustrie – abhängig.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mehr!)

Die Land- und Forstwirtschaft setzt 54 Milliarden € um. Mit Lebensmitteln und Gastronomie – das gehört zusammen – sind es 600 Milliarden €, und dies großenteils im ländlichen Raum

Vielleicht noch eines zur Erinnerung für die Verbraucher: Vor 100 Jahren musste ein Durchschnittshaushalt 65 % des Einkommens für Ernährung ausgeben. Heute sind wir bei 15 %, und für Grundnahrungsmittel sind es nur noch 8 %.

Der Preisindex für Nahrungsmittel lag immer unter dem Preisindex für die Lebenshaltung. Das bedeutet, die billigen Nahrungsmittel haben zum Wohlstand geführt, weil weniger Geld für Nahrungsmittel gebraucht wird und mehr für anderes ausgegeben werden konnte.

Der reine Agrarhandel mit Drittländern steigt. Deutschland ist nach den USA und Holland der drittgrößte Agrarexporteur der Welt. Wir haben Frankreich abgelöst. Osteuropa wird für uns immer wichtiger. Im Jahr 2008 ist allein der Agrarexport nach Russland um 25 % gestiegen. Wir sind auf dem Weltmarkt angekommen – mit allen Vor- und Nachteilen. Die Marktschwankungen bekommen wir heute viel stärker mit als früher.

Milch ist ein Beispiel dafür. Von August 2008 bis April 2009 gab es einen Hochpreis für Milch mit 40 Cent pro Liter und mehr. Das bedeutet, die Märkte haben sofort reagiert. Der hohe Preis hat dazu geführt, dass die Kauflust zurückging und die Überproduktion angekurbelt wurde. Plötzlich brachen die Preise wieder auf nicht tragbare 24 und 23 Cent zusammen. Hohe Preise dämpfen die Nachfrage, niedrige Preise produzieren Nachfrage. Das ist der Schweinezyklus, wie wir ihn in der Volkswirtschaft seit Beginn des vorletzten Jahrhunderts kennen. Der Begriff stammt aus der Landwirtschaft und ist ein volkswirtschaftlicher Begriff für marktwirtschaftliche Vorgänge.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deshalb heißt es auch "Schweinezyklus"!)

Jetzt zum Antrag konkret. Welche Unterstützung bietet die Landwirtschaft den Landwirten? Liquiditätsbeihilfen, Überbrückungsdarlehen, steuerliche Erleichterungen. Meine Damen und Herren, Herr Minister, die Betriebe sind schon ins (Alfred Winkler)

Wasser gefallen. Es ist nicht verhindert worden, dass sie eine Liquiditätskrise haben, dass sie steuerliche Erleichterungen brauchen. Mit solchen Maßnahmen wird nichts verbessert, sondern es wird überbrückt. Es geht aber um eine substanzielle Verbesserung der Einnahmesituation der Landwirte. Die Existenzkrise ist durch Liquiditätsbeihilfen nicht zu bekämpfen.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Was dann?)

Ihre Vorlage enthält z. B. kein Wort darüber, was gerade im Milchwesen, im Genossenschaftswesen usw. an Marktstrukturen, an Marktmachtverschiebungen notwendig wäre. Wir haben heute Marktstrukturen, die, falls wir diese Marktstrukturen nicht ändern, nicht anpassen, nicht in die internationalen Märkte passen.

Wir haben fünf große Lebensmittler und 300 Milchgenossenschaften in Deutschland. Dies ist ein Ungleichverhältnis von Angebot und Abnahme. Wer hier den Preis bestimmt, ist offensichtlich. Deshalb brauchen wir neue Marktstrukturen und brauchen wir exemplarisch im Bereich Milch als größtem Einzelsektor in der Landwirtschaft eine bessere Wettbewerbsfähigkeit, eine bessere Exportmöglichkeit mit neuen Strukturen.

Ich lasse das Thema "Energiepflanzen und Biogas" aus. Der Kollege hat es vorhin angesprochen.

Deswegen zum Schluss: Meine Damen und Herren, die Marktstrukturen stimmen nicht, sie passen nicht. Die Wertschöpfung stimmt nicht und passt nicht. Milchländer wie Italien oder Frankreich erlösen um ein Drittel höhere Erträge für einen Liter Milch. Wir müssen die Wertschöpfung stärken. Beispielsweise können wir sie durch die Biolandwirtschaft stärken. Wir müssen die Förderung der Umstellung verbessern, und wir dürfen – das als Schlusswort – unser Geld nicht mit der Gießkanne ausschütten, sondern müssen es ganz gezielt für die Pflanzen einsetzen, die es am dringendsten brauchen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Murschel für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft sinkt seit vielen Jahren. Die EU hat festgestellt, dass sie im Schnitt bei nur noch knapp 20 % liegt – vor ein paar Jahren waren es noch 28 %. Dies ist einer der Gründe, warum die EU sagt, wir müssten in der anstehenden EU-Agrarreform etwas für die Landwirtschaft tun.

Gerade haben wir gehört, dass die billigen Lebensmittel zum Wohlstand vieler geführt haben. Aber genau diese billigen Lebensmittel haben auch zur Verarmung sehr vieler Landwirte beigetragen.

Wir reden darüber, dass Landwirte heutzutage von ihrer Produktion, also dem Erzeugen von Lebensmitteln, gar nicht mehr leben können. Ohne qualifizierte Unterstützung durch den Staat würden Landwirte heute gar nicht mehr überleben können. Fast die Hälfte der Einnahmen landwirtschaftlicher Betriebe sind staatliche Zahlungen.

Der Antrag wurde zu einem Zeitpunkt eingebracht, als die Milchbauern auf die Straße gingen und gesagt haben: "Mit je-

dem Liter Milch, den wir erzeugen, zahlen wir drauf." Sie haben sich von der Politik wie auch von den eigenen Verbänden im Regen stehen gelassen gefühlt.

Die Schwankungen auf dem Markt, was Preise und Erlöse von Milch und Getreide anbelangt – es ist gerade angesprochen worden –, sind gigantisch. Sie steigen von Jahr zu Jahr.

Insofern stellt sich die Frage nach der konkreten Situation der Landwirte. "Wir sind ein verlässlicher Partner der familiären bäuerlichen Betriebe", so klingt es immer wieder.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sind wir auch!)

Auf der anderen Seite gibt es einen Strukturwandel, der dazu führt, dass 2 % bis 3 % der Betriebe pro Jahr dichtmachen und dann nicht mehr existieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Warum?)

Wo gibt es noch eine andere Branche, die über Jahre und Jahrzehnte solch einen gravierenden Verlust an Betrieben und an darin arbeitenden Menschen hat?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Beim Wagner!)

Ich möchte einfach einmal erleben, wie es wäre, wenn wir so etwas hier im Parlament von Baden-Württemberg hätten – wir sind 139 Abgeordnete –, wenn wir also sagen würden, jedes Jahr hätten zwei, drei oder vier Abgeordnete wegzugehen, und dazu sagten, dies sei überhaupt kein Verlust, weil die anderen das locker wettmachen würden,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Auf ein paar Grüne könnten wir doch verzichten!)

sondern dies bringe qualitativ eigentlich sogar noch eine Steigerung, eine Effizienzverbesserung mit sich.

(Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

Das wären also zwei von der CDU, je einer von der SPD und den Grünen und alle zwei Jahre einer von der FDP/DVP – damit es nicht so wenige werden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich glaube, dann würde es hier schnell eine andere Variante geben, nämlich den Appell: Unterstützt und rettet das Landesparlament! Was die Landwirte angeht, ist so etwas jedoch leider nicht passiert.

Das Bruttojahreseinkommen eines landwirtschaftlichen Betriebs pro Familienarbeitskraft schwankt zwar über die Jahre hinweg, liegt jedoch im Schnitt bei etwa 20 000 €. Das ist im Vergleich zu anderen Beschäftigten nicht gerade gravierend viel. Man kann also ganz bestimmt nicht sagen, dass hier Freude herrsche und dass es hier prima in die Zukunft gehe.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nicht alles miesmachen!)

- Genau, Herr Kollege Kluck. Deshalb frage ich: Wohin soll es gehen?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der Kluck ist engagierter Eselzüchter!)

(Dr. Bernd Murschel)

Die Europäische Union sagt in ihren Papieren zur Agrarreform, die Landwirtschaft werde grüner. Das ist auch richtig so. Die Landwirtschaftspolitik in Baden-Württemberg hat sich komplett isoliert. Sie hat sich von der Agrarpolitik der Europäischen Union isoliert. Sie hat sich z. B. auch von der Wissenschaft isoliert.

Ich möchte zum Abschluss eine Frankfurter Zeitung vom 24. Oktober 2010 zitieren, in der zu lesen war, dass 30 Agrar-ökonomen eine Reform fordern.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: "Frankfurter Rundschau" oder "Frankfurter Allgemeine"?)

Wenn Sie eine solche Reform machten, wäre das vielleicht richtig.

Die "Frankfurter Allgemeine" zitiert aus einer Erklärung von 30 europäischen Agrarprofessoren:

Die bisherige Agrarförderung verfehle ihre wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben ... Sie diene weder der Förderung von Artenvielfalt, Tierschutz und Klimaschutz noch der Landschaftspflege oder der Schaffung eines fairen Wettbewerbs. Dennoch seien nicht nur Agrarstaaten wie Deutschland und Frankreich, sondern auch die Europäische Kommission und das Europaparlament offenbar nicht willens, die anstehende Diskussion über die Zukunft der Agrarpolitik für tiefgreifende Reformen zu nutzen ... Sie beugten sich der Agrarlobby und wollten den Status quo bewahren.

Zum Abschluss sagen die Professoren zu den Direktzahlungen, die immer wieder im Gespräch sind – nach wie vor Zitat FAZ –:

Die Direktzahlungen sollten schrittweise gestrichen werden. Sie würden den Bauern ohne Gegenleistung gewährt, heißt es in der Erklärung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber essen müssen wir noch?)

Sinnvoller sei es, diese für die Erfüllung von Aufgaben wie dem Klimaschutz zu bezahlen. Den Lebensstandard auf dem Land zu sichern sei nicht Aufgabe der Agrar, sondern der Sozialpolitik. Kern der Agrarpolitik solle die Förderung einer klima- und umweltfreundlichen Landwirtschaft sein.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber essen müssen wir noch!)

Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte werde am besten gefördert, wenn sich die EU am Markt orientiere und etwa auf Exportsubventionen verzichte.

Sie sehen an diesen Ausführungen: Die Agrarpolitik aufseiten der Wissenschaft unterscheidet sich diametral von dem, was hier im Land Baden-Württemberg gefahren wird.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir müssen auch essen!)

Die EU-Agrarpolitik läuft diametral in eine andere Richtung. Gott sei Dank läuft sie in eine andere Richtung, sonst hätten wir auch in Zukunft einen Verlust der landwirtschaftlichen Betriebe.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Albrecht Fischer CDU: Um Gottes willen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Zuruf von der CDU: Jetzt kommt Qualifikation!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Paul Locherer, zunächst kann ich sagen, dass die Fraktion der FDP/DVP der CDU-Fraktion für diesen Antrag dankbar ist. Denn in diesem Haus kann dadurch wieder deutlich gemacht werden, dass der ländliche Raum für das Land Baden-Württemberg wichtig ist.

Wir müssen uns, wenn wir uns die Frage stellen, was man für den ländlichen Raum tun kann, was für den ländlichen Raum notwendig ist, dann auch die Frage stellen, was wir für die bäuerlichen Betriebe tun müssen. Wir müssen deutlich machen, dass diese bäuerlichen Betriebe Teil unserer Gesamtwirtschaft sind, dass die Landwirtschaft Teil unserer Gesamtwirtschaft ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Rombach CDU: Bravo!)

Wir haben in den letzten beiden Tagen viel über die Wirtschaft des Landes und die Entwicklung der Wirtschaft im Land geredet. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass der ländliche Raum und die Landwirtschaft insgesamt Teil dessen sind.

Ich glaube, vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise muss man die Entwicklung der Landwirtschaft einmal näher betrachten. Dabei stellt man in der Tat fest, Herr Kollege Murschel, dass die Wertschöpfung in diesem Bereich sinkt. Im Gegensatz zu Ihnen kann ich allerdings nicht erkennen, dass die Landwirtschaftspolitik in Baden-Württemberg den Zielen in der Europäischen Union diametral entgegenlaufen würde. Im Gegenteil, ich glaube, wir können an vielen Beispielen und auch an vielen Programmen, beispielsweise des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, zeigen,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: MEKA!)

dass wir diese Programme aufgreifen und sie für den ländlichen Raum fruchtbar machen. Deshalb sehe ich hierbei durchaus eine Zielidentität unserer Landwirtschaftspolitik mit dem, was in Brüssel beschlossen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Rombach CDU: Sehr gut!)

Im Antrag der CDU vom September 2009 wurde damals zu Recht befürchtet, dass ein weiterer schmerzhafter Preisrückgang für landwirtschaftliche Produkte eintreten würde. Glücklicherweise haben sich die Preise insbesondere im Bereich des Weizens und der Milch positiv entwickelt. Die Preise lagen damals etwa bei der Hälfte der Preise von heute. Mittlerweile sind wir wieder bei 22 € pro Dezitonne bzw. 36 Cent pro Liter angekommen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich denke, dass der Absatz wieder zur alten Stärke zurückgefunden hat, und wir verzeichnen eine stabile Vorwärtsbewegung. Jetzt können auch anlaufende Preisverhandlungen durchaus zu Preisverbesserungen für die Landwirte führen. Nicht nur unsere Wirtschaft, meine Damen und Herren, sondern auch die Landwirtschaft in Baden-Württemberg hat sich eindrucksvoll zurückgemeldet, und damit steigen auch die Möglichkeiten, die die bäuerlichen Betriebe als Wirtschaftsbetriebe haben.

Das gilt genauso für die regenerativen Energien, die der Landwirtschaft zusätzliche Impulse geben. Beispiele sind eine Vielzahl von Biogasanlagen. Gerade im Bereich der Bioenergie ist die baden-württembergische Landwirtschaft in erheblichem Maß tätig.

Dasselbe gilt auch für die Solaranlagen. Wenn man durchs Land fährt, sieht man, dass mittlerweile sehr viele Bauernhöfe Solaranlagen haben. Die steigende Tendenz ist trotz der Kürzungen im Subventionsbereich ungebrochen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sagen Sie noch dank wessen!)

 Dank der umfangreichen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene ist die Landwirtschaft in Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg.

Ich glaube, dass wir auch zeigen können, dass die wesentlichen Ziele, die EU für die Landwirtschaft formuliert hat – z. B. die mindestens gleichbleibende Höhe des Agrarhaushalts, das Festhalten am Zwei-Säulen-System, die Beschränkung der Marktinterventionen auf Krisenzeiten, ein angemessenes Sicherheitsnetz und letztlich mehr Effizienz in der Landwirtschaft, um die Klimabilanz zu verbessern –, durchaus Ziele sind, die sich in der Landwirtschaftspolitik dieser badenwürttembergischen Regierungskoalition wiederfinden. So wollen wir das auch im Interesse des ländlichen Raums fortsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was hat der jetzt gesagt? Gar nichts, oder?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Herrn Köberle, das Wort.

(Zuruf: Und Verbraucherschutz!)

– Das steht nicht im Antrag. Sie müssen die Vorlage lesen.

Bitte, Herr Minister Köberle.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle: Lieber Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Jahr 2009 wird sicher so ähnlich wie das Jahr 1929 in die Geschichte eingehen als das Jahr der Krise, als das Jahr der Krise auf dem Finanzmarkt, in der deutschen Wirtschaft und weltweit.

Auch für die Landwirtschaft war das Jahr 2009 ein Krisenjahr mit roten Zahlen und einer schwierigen Situation. Wenn wir dieses Jahr 2009 auf der Zeitschiene des Strukturwandels positionieren, dann werden wir feststellen, dass für viele Höfe im Umfeld dieser Krise das Aus anstand.

Aber, Herr Kollege Murschel, zum Strukturwandel aus Ihrer Sicht ist es schon eine eigenartige Interpretation,

(Zuruf von der CDU: Wie so vieles!)

wenn Sie in dieser schwierigen Krisensituation versuchen, einen Prozess jetzt an eine Landesregierung oder an deren Entscheidungen anzubinden. Sie blenden nämlich völlig aus, dass der Strukturwandel bei uns in Baden-Württemberg etwas völlig anderes ist als der Strukturwandel in anderen Regionen Deutschlands, geschweige denn in anderen Regionen Europas.

Wir haben im ländlichen Raum ein dichtes Netz, in dem die Menschen, die in der Landwirtschaft keine Perspektive mehr haben, eine neue, eine andere Perspektive bekommen. Wenn Sie sich die aktuellen Arbeitsmarktzahlen anschauen, dann sehen Sie, dass sie in Baden-Württemberg besser als in Deutschland und innerhalb Baden-Württembergs in den ländlichen Räumen besser als in den städtischen Räumen sind. Das beweist die gelungene Begleitung des Strukturwandels.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

Wenn Sie den Leuten einreden, man könne den Strukturwandel mit ein paar politischen Beschlüssen oder ein paar Euro aufhalten, dann machen Sie den Leuten falsche Hoffnungen und machen ihnen etwas vor.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So wie immer! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das können die am besten!)

Eine zweite Anmerkung; dann legen wir Ihre Rede einmal beiseite, weil sie im Vergleich zu allen anderen Reden, die bisher zu diesem Thema gehalten worden sind, wirklich kein konstruktiver Beitrag war.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Hört, hört!)

Hinsichtlich der Aussage, die Landesagrarpolitik sei im Zusammenhang mit den aktuellen Debatten in der europäischen Agrarpolitik isoliert, will ich Ihnen einmal sagen, wer isoliert ist: nicht die baden-württembergische Politik, sondern der einzige grüne Landwirtschaftsminister, den wir im Bundesgebiet haben. Wenn Sie die letzte Agrarministerkonferenz in Lübeck miterlebt hätten, hätten Sie genau feststellen können, wo die Front zwischen reiner Ideologie und gemeinsamer Anstrengung bezüglich der Fragen verläuft: Was ist die richtige Weiterentwicklung bzw. die richtige Reaktion auf die Schwierigkeiten, die wir in Deutschland in der Agrarpolitik haben?

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Und: Wie müssen wir uns in einer schwierigen Auseinandersetzung auf europäischer Ebene gemeinsam positionieren, damit wir für Deutschland und die hiesige Landwirtschaft so viel wie möglich herausholen? (Minister Rudolf Köberle)

In dieser Frage lässt es sich mit den Kollegen von der SPD, auch wenn es nicht immer einfach ist, immer sachlich und letztlich mit der gleichen Zielrichtung zusammenarbeiten und zu guten Ergebnissen kommen. Deshalb gehen die Abstimmungen in der Agrarministerkonferenz nicht 9:7 oder ähnlich aus – CDU/CSU und FDP auf der einen Seite und Rot und Grün auf der anderen Seite –, sondern 15:1. Angesichts dessen frage ich Sie, wer sich isoliert. Das ist hundertprozentig nicht Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP sowie des Abg. Fritz Buschle SPD)

Wir hatten im Jahr 2009 Schwierigkeiten. Wir haben sie jedoch weder gewünscht noch verursacht. Aber wir haben in unserem Land alles getan, damit wir diese Probleme bewältigen können.

Kehren wir wieder konkret zur Landwirtschaft und noch konkreter zur Milchwirtschaft zurück. Erfreulicherweise hat sich die Marktlage wieder deutlich verbessert. Unsere Milchviehhalter – vor allem die, die von der Größe, von der Struktur her richtig aufgestellt sind – können wieder mit einigem Optimismus in die Zukunft blicken.

Ich will das anhand einiger weniger Fakten erläutern. Wir haben in der Gemeinsamen Europäischen Marktordnung zum Glück ein Sicherheitsnetz vorgesehen. Dieses Netz hat die Milchpreise, die 2008/2009 im freien Fall waren, abgefangen und – wenn auch auf einem niedrigen Niveau – stabilisiert. Es hat sich gezeigt, dass wir auf europäischer Ebene auch künftig derartige Sicherheitsmaßnahmen brauchen.

Es wird einer der zentralen Punkte sein, für die wir streiten müssen – dafür gibt es aber eine Mehrheit; in dieser Hinsicht sind wir ebenfalls nicht isoliert –, dass wir auch in Zukunft – vor allem dann, wenn alle produktbezogenen Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Liberalisierung des Marktes wegfallen, wenn wirklich wieder einmal eine Krise ansteht; man hat es nie in der Hand, bei welchem Produkt der Weltmarkt wann in Turbulenzen gerät – auf ein europäisches Sicherheitsnetz bauen können.

Die wichtigsten Faktoren für die Wende zum Positiven waren ohne Zweifel die Erholung der weltweiten Nachfrage und deutlich verbesserte Exportmöglichkeiten der Europäischen Union, sowohl was die Menge als auch was den Preis angeht.

Bei allen Milchprodukten lag der Export der EU im ersten Halbjahr 2010 gegenüber 2009 um 14 % höher. Mit den besseren Markterlösen konnten die Milcherzeugerpreise von 22 Cent pro Liter auf jetzt durchschnittlich etwa 32 Cent pro Liter – Tendenz hoffentlich weiterhin leicht steigend – angehoben werden.

Die Marktdaten weisen auf eine stabile Marktentwicklung auch in den kommenden Monaten hin. Das ist auch dringend notwendig. Die Milcherzeuger müssen nämlich gleich zwei Wirtschaftsjahre mit unbefriedigendem Gewinn verkraften. Dieser lag im Wirtschaftsjahr 2008/2009 lediglich bei durchschnittlich 36 000 € je Unternehmen oder bei unter 25 000 € je Familienarbeitskraft. Die Schätzung für das im Juni abgeschlossene Wirtschaftsjahr 2009/2010 lässt einen nochmaligen leichten Rückgang erwarten.

Damit kann kaum Eigenkapital gebildet werden. Rund ein Drittel der Betriebe verbucht Eigenkapitalverluste. Eigenkapital wäre gerade jetzt richtig und wichtig, um die Betriebe weiterzuentwickeln, damit sie sich auf dem globalen Markt entsprechend positionieren können und investieren können.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter

Abg. Alfred Winkler SPD: Vielen Dank, Herr Minister. – Das Thema des Antrags lautet "Wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft in Baden-Württemberg". Der Landwirtschaftsausschuss war in Südtirol. Dort haben wir eine Milchgenossenschaft besichtigt. Deren Vertreter haben erklärt, dass sie dort – bei einem Tiefpreis von 26 Cent pro Liter bei uns – 40 Cent pro Liter an ihre Milchviehbetriebe ausgezahlt hätten. Sie haben die gleiche landwirtschaftliche Situation, wie sie bei uns besteht: Mittellagen, Höhenlagen.

Wie kann Baden-Württemberg von Südtirol lernen, wenn dort eine Genossenschaft in der Lage ist, bei den gleichen Produktionsbedingungen – mit Kleinbetrieben – 40 Cent pro Liter zu zahlen, auskömmlich zu wirtschaften und Verdienste zu erzielen?

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Mit Bio!)

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle: Lieber Kollege Winkler, einige von uns waren dabei. Die machen nicht nur Bio – auch bei uns liegen die Biopreise höher; das ist gestaffelt –, sondern konventionell und Bio in gleicher Weise. Sie waren dabei, ich war dabei, deshalb brauchen Sie keinen Nachhilfeunterricht in dieser Frage.

(Abg. Alfred Winkler SPD: 5 % oder 10 % Bio!)

Ich glaube, die entscheidende Antwort – ich hätte sie auch so gegeben – hat Herr Paul Locherer beeindruckend und appellierend hinaus in die Öffentlichkeit getragen: Das liegt an der Frage, wie der nationale Markt aufgestellt ist, wie der nationale Markt tickt.

Wir haben mehrfach in Südtirol gefragt: Wie schafft ihr es, dass ihr diese Preise am Markt erreichen könnt? Ich habe es noch im Ohr – Sie wahrscheinlich auch –, dass uns der Landesrat Berger gesagt hat: Die italienische Hausfrau – diese repräsentiert hier einen Markt von 60 Millionen Einwohnern; das sind nicht nur die 500 000 Südtiroler – kauft erst dann ein ausländisches Lebensmittel, wenn die Alternative der Hungertod wäre.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Leute müssen auch regionale Produkte kaufen! Das ist der Punkt!)

Es gibt dort also eine vollständige Solidarisierung mit dem, was im eigenen Land produziert wird. Weil Italien bezüglich

(Minister Rudolf Köberle)

Milch natürlich eine Unterversorgung hat, während bei uns in Oberschwaben der Markt sozusagen vor der Haustür ist, kann natürlich ein Südtiroler Betrieb, der in erster Linie den gesamtitalienischen Markt beliefert, andere Preise verlangen, als die Produkte erzielen, die in den weltweiten Markt mit einem massiven Wettbewerb gehen, wo der Preisdruck entsprechend groß ist.

Ich glaube, Sie haben das Thema "Große Handelsketten" angesprochen, die sich am Weltmarkt orientieren. Daraus ergibt sich eine Aufgabe, bei der es sich lohnt, gemeinsam daran zu arbeiten, dass sich die Preissituation bei uns stabilisieren kann.

Noch einige Sätze: Lieber Paul, herzlichen Dank für die Rede; das war eine komplette Auflistung dessen, was wir alles tun und was auch Wirkung hat. Das war die Antwort, die Baden-Württemberg und der Bund auf die Krise 2009 geben können und gegeben haben. Es war ganz, ganz wichtig, die Liquidität unserer Betriebe zu erhalten.

Wir hören ständig draußen bei den Menschen von deren Verärgerung darüber, dass Großbanken und Milliardenkredite für große Unternehmen in der Krise die Schlagzeilen gemacht haben. Dies hat die Meinung der Menschen darüber bestimmt, in welchen Bereichen die Politik sich engagiert. Ich habe mich gerade beim Kollegen Ernst Pfister versichert, wie hoch allein bei uns im Land die Zahl der Hilfen für kleine und mittelständische Betriebe war: 3 300 bis 3 400. Kein Einziger der Betroffenen hat aber Interesse daran, dass groß in der Zeitung steht, in welch schwieriger Lage diese Betriebe waren. Die Politik trägt es nicht nach außen; wir können nur eine Zahl in der Summe sagen.

Das Gleiche gilt auch für die Landwirtschaft. Das sind ja keine riesigen Betriebe, in die wir viele Millionen oder Milliarden hineingeben müssten. Aber wir haben in dieser Krise an die 700 Anträge positiv bedienen können und dabei 34 Millionen € investiert. Dazu kommen das Sonderprogramm Milch, das Grünland-Milchprogramm der Bundesregierung und vieles, vieles mehr. Das waren wirkungsvolle Beiträge − nicht für die Betriebe, die sowieso am Ausstieg waren und jetzt eben die Krise zum Anlass dazu genommen haben, sondern es war eine wirksame Hilfe für all die Betriebe, die eine Perspektive haben, die wir stabilisieren und die wir stärken wollen.

Meine Damen und Herren, Landwirtschaft wird nur betrieben, wenn sich die Arbeit auch lohnt, wenn sie Familieneinkommen sichert und wenn es vor allem im Generationswechsel eine Perspektive für die Höfe gibt. Momentan ist Europa dabei, die neuen Rahmenrichtlinien für die Jahre über das Jahr 2013 hinaus festzulegen. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir Baden-Württemberger gestärkt mit weiteren 14 sachlich arbeitenden deutschen Ländern – da können wir auf ein ideologisch ausgerichtetes Land verzichten – so weit wie möglich Konsens halten und mit vereinter deutscher Kraft in diese europäische Auseinandersetzung hineingehen. Da geht es um Strukturen, da geht es um die Frage der Säulen und deren Ausgestaltung, und da geht es natürlich letztendlich und vor allem auch um das Geld, um die Frage, wie viel Geld in dieses System hineinkommt, damit Betriebe und Einkommen stabilisiert und gesichert werden können.

Der globale Agrarmarkt, meine Damen und Herren, eröffnet der deutschen Landwirtschaft neue Chancen, beinhaltet aber auch viele Risiken. Deshalb braucht unsere Landwirtschaft Solidarität, und unsere Gesellschaft braucht die Landwirtschaft. Sie stellt hohe Ansprüche an unsere Landwirtschaft – völlig selbstverständlich –, ohne dass wir bereit sind, etwas konkret dafür zu bezahlen. Dazu gehört eine Grundsicherung der Nahrung. Dazu gehört, dass unsere Landschaft, unsere Natur, unsere Artenvielfalt und der Tierschutz auf hohem Niveau sind. Hinzu kommt für die Landwirtschaft zunehmend die neue Aufgabe, einen Beitrag für eine zukunftsgerichtete Energieversorgung zu leisten.

Der Appell an die Solidarität bei jeder einzelnen Entscheidung, beim Einkauf, ist angesprochen. Das kann man nur unterstützen. Zweitens brauchen wir aber auch in der Frage, wie wir uns in Europa aufstellen und wie wir – auch konkret in den Zahlungen bzw. über Haushaltsstrukturen – im Land, im Bund und europaweit verlässliche Partner der Landwirtschaft sein können, eine Solidarität über Parteigrenzen hinweg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Lieber Kollege Murschel, zur Umkehr ist es nie zu spät. Reihen Sie sich in den Kreis der Fraktionen hier im Landtag ein, die sehr vernünftig diskutieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Lieber Herr Präsident, ich bedaure, wenn ich die Redezeit überzogen habe. Ich möchte noch darauf hinweisen: Nachher findet hier eine Präsentation unserer Streuobstkampagne statt. Dabei gibt es nicht nur Apfelsaft, sondern auch andere Getränke, die Sie wünschen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber nicht dass der Apfelsaft anfängt zu gären! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber nicht dass der Apfelsaft ins Leere läuft!)

Dann kann ich mit Ihnen anstoßen. Dann sehen Sie es vielleicht auch etwas entspannter, wenn ich die Redezeit überzogen habe.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Dr. Wetzel?

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle: Das machen wir noch. Ja.

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Dr. Wetzel.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben vorhin ausgeführt, dass sich bei der letzten Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister in Lübeck 15 Landwirtschaftsminister für etwas entschieden hätten und ein Landwirtschaftsminister, der den Grünen angehört, sich dagegen ausgesprochen habe. Was war denn so problematisch, dass sich dieser Minister nicht einreihen konnte, oder was waren denn seine Vorschläge? Können Sie das dem Hohen Haus sagen?

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Rudolf Köberle: Wir hatten 50 Tagesordnungspunkte. Drei Viertel der Zeit wurden aber für einen einzigen Punkt aufgewendet, und da wiederum wurden drei Viertel der

(Minister Rudolf Köberle)

Zeit für das Bemühen verwendet, diesen etwas isoliert und eigenartig auftretenden Kollegen "einzufangen".

Der Auseinandersetzung ging eine Geschichte voraus. Es ging darum, welche Verhandlungsposition Deutschland in den Verhandlungen auf europäischer Ebene im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013 einnimmt. Das ist das Leitthema gewesen. Im Mittelpunkt standen die Fragen: Was sind unsere Eckpunkte? Worauf verständigen wir uns? Wie werden die erste und die zweite Säule ausgestaltet?

Der Kollege, der neu hinzukam – es kann ja eine erfrischende Unterhaltung werden, wenn jemand neue Gedanken einbringt –, hat wenig Neues eingebracht. Vielmehr bedeuteten seine Ansichten eine Rückkehr hin zu der Vorstellung, dass man die Märkte im Gleichgewicht halten könnte, wenn man sie nur weiter ökologisierte. Er hat – so wie der Kollege Murschel – versucht, gesellschaftliche Ansprüche zu formulieren. Das können Ansprüche aus dem Wahlprogramm der Grünen sein. Aber es entspricht nicht den mehrheitlichen Erwartungen der deutschen Bevölkerung an die Landwirtschaft und schon gar nicht den Erwartungen der Landwirtschaft gegenüber sich selbst oder den Notwendigkeiten, dass die Landwirtschaft in eine sichere Zukunft gehen kann.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ah ja!)

Das müssten wir vielleicht im Einzelfall weiter vertiefen. Die Marschrichtung war jedenfalls: Die Produktion herunterfahren und mehr Auflagen – z. B. Umweltauflagen – und Standards einbauen.

(Abg. Paul Locherer CDU: Noch mehr Bürokratie!)

obwohl unserer Landwirtschaft nur noch wenig Flächen zur Verfügung stehen – diese sind auch noch heiß umkämpft; wir brauchen sie dringend –, die nicht schon mit bestimmten Schutzregimen behaftet sind.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir haben schon in den vergangenen Jahren kräftige Beiträge geleistet, damit sich unsere Landwirtschaft umwelt- und naturverträglich entwickelt und nicht umgekehrt. Bei uns hat sich eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik entwickelt. Wir sollten dies nicht übertreiben, damit wir nicht in einen Wettbewerbsnachteil kommen und nicht deswegen mehr Betriebe aufgeben müssten. Den Leuten vorzumachen, dass dadurch Betriebe in einem globalen Agrarmarkt gesichert werden könnten, ist völlig daneben gedacht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Rombach geben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein sehr guter Mann!)

Abg. Karl Rombach CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Minister, für die klaren Äußerungen Ihres Hauses und Ihrer Person zu diesem Thema.

Ich möchte hier deutlich feststellen, Herr Dr. Murschel: Ich kann schon nachvollziehen, warum gerade Ihre Fraktion das Thema Bildung in diesem Haus immer so überstrapaziert.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Denn aus der Zusammenarbeit im Ausschuss und aus Ihren Äußerungen in persönlichen Gesprächen habe ich immer wieder das Gefühl – beim besten Willen von mir –, dass Ihnen der fachliche Input immer wieder mitgegeben werden muss.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Denn es ist ein Unterschied, ob man über etwas spricht oder ob man von etwas spricht, von dem man eine entsprechende berufliche Erfahrung hat.

(Minister Rudolf Köberle: Sehr gut!)

Letzteres nehme ich nicht nur für mich in Anspruch, sondern diese Ausgangslage ist Basis meiner Arbeit im Berufsstand, und diese funktioniert nur mit einem entsprechenden fachlichen Know-how, das an der gelebten Praxis ausgerichtet ist. Politik darf sich ohnehin nur an der Wirklichkeit orientieren. Deshalb bitte ich einfach, die Istsituation zu betrachten. Darauf zielt der Antrag ab, den die CDU-Fraktion eingebracht hat, in deren Namen ich mich noch einmal herzlich für die Stellungnahme bedanke.

Es geht darum, wie die Istsituation in Baden-Württemberg ist. Wir dürfen, wenn wir die Bilanz der letzten 30 Jahre ziehen, feststellen, dass, ausgehend vom ehemaligen Landwirtschaftsminister Weiser, eine erfolgreiche und zukunftsgerichtete Agrar- und Strukturpolitik in Baden-Württemberg betrieben und umgesetzt wurde. Wenn man betrachtet, welche Entwicklungen die Betriebe genommen haben, dann muss man feststellen, dass in unserem Berufsstand natürlich auch ein Verdrängungswettbewerb stattfindet, und zwar gerade aufgrund der guten Ausgangslage in Baden-Württemberg und der entsprechenden staatlichen Unterstützung und Begleitung, die notwendig ist.

Herr Minister, ich bekräftige das, was Sie zur ersten und zur zweiten Säule ausgeführt haben. Sie sind dabei stärker auf die erste Säule eingegangen. Wichtig für die Zukunft ist, dass wir diese erfolgreiche Politik zunächst bei uns in Baden-Württemberg klar formulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Das ist mehrheitlich der Fall. Dafür danke ich Ihnen. Kunst der Politik ist es, das, was in den letzten 30 Jahren aktiv und maßgeblich auch durch die Verbände und deren Forderungen begleitet wurde, tatsächlich umzusetzen und dabei praktische Erfahrungen aufzugreifen, um dann auch zukunftsfähig zu sein.

Ganz wichtig ist, dass die flächengebundenen Zahlungen der ersten Säule erhalten bleiben – natürlich im Konsens; dafür bin ich immer zu haben, denn das ist einfach notwendig, um in Deutschland politisch erfolgreich zu gestalten und damit auch in Europa das entsprechende Gewicht zu haben.

Zur zweiten Säule: Ganz wichtig für unsere Betriebe in Baden-Württemberg sind die Agrarumweltprogramme. Da müss-

(Karl Rombach)

ten Sie, Herr Dr. Murschel, geradezu jubeln, wenn Sie sehen, welch erfolgreiche Entwicklung diese Programme genommen haben. Ich bitte auch Sie und die Ihnen nahestehenden Verbände wirklich um Unterstützung. Denn diese Programme dürfen sich nicht auf einen Kostenausgleich beschränken, sondern müssen, wenn sie erfolgreich sein sollen, auch eine Anreizkomponente im Hinblick auf mehr Wertschöpfung enthalten. Hier bitte ich Sie wirklich um Unterstützung.

Einen dritten Punkt will ich nur ganz kurz ansprechen; das ist die Veränderung der Gebietskulisse, was Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete anbelangt. Da sind wir, Herr Minister – das hoffe ich jedenfalls nach den bisherigen Gesprächen mit Ihrem Haus und mit den Verbänden –, auf einem guten Weg. Herr Dr. Murschel, hierbei bitte ich um Ihre konstruktive Begleitung, soweit möglich. Denn dies findet seinen erfolgreichen Abschluss draußen in der Fläche.

Heute Morgen haben wir das Thema Tourismus angesprochen. Der Tourismus ist eng mit der schönen Landschaft, die wir bei uns im Land haben, verknüpft. Grundvoraussetzung hierfür ist aber, dass die gesamte Fläche – die schönen Täler im Schwarzwald – bewirtschaftet und offengehalten wird.

Ein letzter Punkt: Herr Dr. Murschel, die landwirtschaftlichen Betriebe und die Familien sind nicht verärgert. Wer den Beruf des Landwirts erlernt hat und diesen Beruf ausübt und wer die nachhaltige Landwirtschaft in ihren Grundgedanken umzusetzen versucht, der ist mit Herzblut dabei, und der übt seinen Beruf mit Freude aus. Unter den mir bekannten Persönlichkeiten und Berufskollegen kenne ich keine anderen Fälle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jawohl! – Zuruf: Das war einmal ein guter Beitrag!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Der Antrag war ein reiner Berichtsantrag. Er ist mit der Aussprache erledigt.

Damit ist auch Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Mulfinger Schulkonzept im öffentlichen Bildungswesen zulassen – Drucksache 14/4602

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Die Fraktion der SPD und die Fraktion GRÜNE haben sich darauf geeinigt, die Redezeit von fünf Minuten für die Antragsbegründung in zwei Teile von je zweieinhalb Minuten aufzuteilen.

Ich erteile zunächst Herrn Abg. Dr. Mentrup für die SPD-Fraktion das Wort. Danach wird Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE das Wort erhalten.

Bitte, Herr Abg. Dr. Mentrup.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Werte Frau Ministerin, Mulfingen ist aus Ihrer Sicht sicher eine ideale Gemeinde. Es gibt dort stabile politische Verhältnisse. Die Gemeinde kümmert sich um ihre Schule; es gibt dort eine vorzüglich funktionierende Grund- und Hauptschule. Die Gemeinde hat sich zum Ziel gesetzt, ihren Schulstandort zu halten. In letzter Zeit unterstreichen Sie noch deutlicher als Ihr Vorgänger, dass die Schule im Ort sein sollte.

(Abg. Karl Zimmermann und Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wie groß ist Mulfingen?)

Nun hat Mulfingen eine Situation --

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie viele Einwohner? – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wo liegt das denn?)

Jetzt lassen Sie mich doch erst einmal ausreden. Herr Kübler, wenn Sie das nicht wissen, dann sind Sie hier fehl am Platz.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Ah ja! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Einwohnerzahl! – Zuruf von der SPD: Mulfingen ist überall!)

Mulfingen kümmert sich um seine Schule und kommt zu dem Ergebnis, dass die Hauptschulzugänge nicht ausreichen, um diesen weiterführenden Schulstandort zu halten. Man verständigt sich dann durch Abstimmungen mit dem Gemeinderat, mit dem Schulträger und mit der Wirtschaft, die diesen Prozess sehr unterstützt, auf ein pädagogisches Konzept, das auch aus Ihrer Sicht – so schreiben Sie es in Ihrer Antwort – grundsätzlich positiv zu bewerten ist, weil über diesem Konzept die individuelle Förderung steht – auch das ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung.

Dann wird auch noch ein wichtiger Beweis angetreten. Denn eines hat Ihr Vorgänger immer bestritten, Frau Ministerin. Ihr Vorgänger hat immer gesagt: Die Eltern von Realschülern und von Gymnasiasten sind nicht bereit, ihre Kinder auf eine solche Gemeinschaftsschule – oder wie Sie es auch nennen wollen – zu schicken, wenn es alternativ dazu eine reine Realschule und ein reines Gymnasium gibt.

Hier ist der Beweis angetreten worden, dass die Eltern dies akzeptieren. Statt 10 oder 11 Schülern mit einer Hauptschulempfehlung haben sich 33 Schüler an dieser Schule angemeldet, von denen im Übrigen viele eine Gymnasialempfehlung hatten.

Das heißt, wir haben eine Schulentwicklung vor Ort. Wir haben ein Konzept, das den Schulstandort sichern kann. Außerdem wird dieses Konzept von den Eltern und von allen anderen Betroffenen vor Ort akzeptiert.

Sie sagen zwar, dieses Konzept sei positiv. Sie sagen zwar, dass Sie Schulen im Dorf lassen wollen. Sie sagen außerdem, dass Sie eine Schulentwicklung vor Ort wollen, die eine Profilierung ermöglicht. Sie verweigern dieser Schule jedoch denjenigen Teil des Konzepts, der beinhaltet, dass der Bildungsplan der Realschule im Rahmen der individuellen Förderung angeboten wird, und damit auch den entsprechenden Schulabschluss.

(Dr. Frank Mentrup)

Daran wird die Absurdität deutlich. Auf der einen Seite verfolgen Sie Ziele, und auf der anderen Seite drücken Sie sich vor den Konsequenzen dieser Ziele. Deshalb muss die Gemeinde Mulfingen nun den Weg der Ausgliederung der Hauptschule aus ihrer gemeinsamen öffentlichen Grund- und Hauptschule gehen. Sie muss nun eine private Haupt- und Realschule einrichten, um ihr Konzept umsetzen und den Realschulabschluss anbieten zu können.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist ja kein Schaden!)

Frau Ministerin, ich hätte eigentlich erwartet, dass das Kultusministerium sagt: "Dies ist eine ideale Gemeinde, die in einer wunderbaren Harmonie und mit der Akzeptanz der Eltern einen Weg weitergeht, den auch wir wollen. Deshalb müssen wir dieses Projekt unterstützen und dürfen es nicht ablehnen." Über den Modellschulparagrafen hätten Sie alle Möglichkeiten dieser Welt, dies an dieser Stelle individuell zuzulassen.

Ich bin sehr gespannt auf Ihre Ausführungen. Für uns ist Ihr Vorgehen nicht akzeptabel, weil es eine doppelbödige Botschaft gibt und weil dadurch Schulentwicklung vor Ort behindert wird. Am Ende wird dies dazu führen, dass Schulstandorte sterben und dass die individuelle Förderung, die an einzelnen Standorten hervorragend funktioniert und auch von den Eltern akzeptiert wird, auf der Strecke bleibt. So kann in Baden-Württemberg keine Schulentwicklung vorangetrieben werden, die von den Menschen vor Ort akzeptiert wird.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Da es einige Abgeordnete vorhin nicht wussten, weise ich darauf hin: Die Gemeinde Mulfingen hat rund 3 900 Einwohner.

(Zurufe: Aha! – Danke!)

Für die Fraktion GRÜNE darf ich jetzt Frau Abg. Rastätter das Wort erteilen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nahtlos an das anschließen, was Kollege Mentrup schon vorgetragen hat.

Die Gemeinde Mulfingen hat sich den Herausforderungen der demografischen Entwicklung, der bildungspolitischen Entwicklung sowie der Frage nach der Bildungsgerechtigkeit gewidmet. Dabei ist sie zu der Erkenntnis gekommen, dass sie ein attraktives Bildungsangebot braucht, das von den Eltern im Ort und in der Region angenommen wird, wenn sie mit einer Sekundarschule langfristig zukunftsfähig bleiben will.

Nicht zuletzt hat die regionale Wirtschaft ein großes Interesse daran gehabt. Dazu gehört immerhin ebm-papst. Mulfingen hat 3 900 Einwohner, aber 2 500 Arbeitsplätze. Auch dieser Arbeitgeber hat ein reges Interesse daran, dass gut ausgebildete junge Menschen aus einer attraktiven Schule dort für Ausbildungen gewonnen werden können.

Die Kommune hat sich gemeinsam mit der Grund- und Hauptschule sehr stark engagiert. Das Lehrerkollegium ist mit dem Schulleiter dieser Schule in die Schweiz gefahren, um sich über Konzepte individuell fördernder Bildung zu informieren, und hat schließlich ein sehr schlüssiges Konzept entwickelt, ein Konzept mit einer vollständigen Individualisierung des Unterrichts, bei dem sogar die Bildungsstandards der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums zugrunde gelegt werden und dies auch erfolgreich umgesetzt werden kann. Dies zeigt, dass die Schule bereit war, ein zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dazu braucht sie natürlich auch die Genehmigung des Schulkonzepts. Die Kommune hat keine Versuche gescheut, dieses Bildungskonzept genehmigt zu bekommen. Erst erfolgte der Antrag auf einen Bildungsgang Realschule/Hauptschule. Der zweite Schritt war, dass die Kommune Mulfingen eine private Schule in kommunaler Trägerschaft gründen wollte. Auch das wurde verboten. Schließlich blieb der Kommune nichts anderes übrig, als sich nach einem privaten Schulträger umzuschauen. Dann hat sie einen privaten Schulträger gefunden. Das finde ich absurd. Das wird einer modernen Bildungsplanung nicht mehr gerecht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha! Sie haben etwas gegen private Schulträger! Sie haben etwas gegen Schulen in freier Trägerschaft!)

Nein, Herr Kluck. Aber es kann nicht sein, dass eine Schule ein Bildungskonzept nicht genehmigt bekommt und dann gezwungen ist, einen privaten Träger zu suchen,

(Zuruf von der CDU: Was heißt "gezwungen"?)

der genau das umsetzen darf, was im staatlichen Schulsystem nicht möglich ist. Das ist eine konservative Bildungspolitik aus dem vorletzten Jahrhundert.

Ich sage Ihnen auch eines: Dieser private Träger wird jetzt genau den Bildungsgang der Hauptschule und Realschule – übrigens auch den Bildungsgang der Realschule – mit wenigen Schülern umsetzen,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja! Das ist ja der Sinn der Sache!)

aber die staatliche Schule darf das nicht.

Ich möchte ganz deutlich sagen: Der Ministerpräsident hat schon vor einiger Zeit gesagt: Wem das staatliche Schulsystem nicht passt, der soll eine Privatschule gründen. Das ist eine Basta-Politik,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist eine Ermunterung zum bürgerschaftlichen Engagement!)

das ist eine Politik von oben in Baden-Württemberg, die den heutigen regionalen Schulentwicklungen nicht mehr gerecht wird.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Frau Kultusministerin, Sie haben in einer Pressemitteilung zu Ihrem neuen Thesenpapier, das Sie gemeinsam mit den Kultusministern von Sachsen und Bayern verabschiedet haben, ausgeführt, dass das Land seine Bildungsverantwortung weder nach oben noch nach unten abgeben werde.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist doch gut!)

(Renate Rastätter)

Das heißt, Sie lehnen einen Zentralismus in der Bildungspolitik Deutschlands ab. Da sind wir bei Ihnen. Wenn man aber einen Bildungszentralismus auf Bundesebene ablehnt, dann muss man natürlich auch den Bildungszentralismus auf Landesebene infrage stellen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist doch keineswegs logisch, was Sie da sagen!)

Eine Stärkung der kommunalen Trägerschaft bedeutet nicht, die Verantwortung für die Bildung abzugeben; im Gegenteil: Seit der Bildungsplanreform im Jahr 2004

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seitdem sind Sie nicht mehr in der Schule gewesen, Frau Rastätter!)

haben wir die Situation, dass

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Unsere Schulen gut sind!)

die Landesregierung ganz klar für die Qualitätssicherung im Bildungswesen verantwortlich ist.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! Deswegen sind die Schulen auch so gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben den Plan nie in der Schule umgesetzt, im Gegensatz zu mir!)

Dazu gehören alle Qualitätssicherungsinstrumente.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Genau! Deswegen sind die Schulen so gut!)

Ich will sie jetzt nicht alle erwähnen. Kollege Röhm kennt sie auch alle.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Aus eigener Anschauung, im Gegensatz zu Ihnen!)

Die Qualitätssicherungsinstrumente sind eingeführt. Aber wie die Schulen pädagogisch die Bildungsstandards erfüllen und zu vergleichbaren Abschlüssen für die Schüler kommen,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Dafür trägt das Land die Verantwortung!)

das liegt in der Verantwortung der Kommunen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Nein! Da verwechseln Sie etwas!)

Da die Kommunen in den letzten Jahrzehnten ohnehin immer mehr pädagogische Gestaltungsaufgaben für ihre Schulen übernommen haben, ist es schlüssig, gerecht und zukunftweisend, die kommunale Schulträgerschaft zu stärken.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist falsch!)

Wir Grünen stehen ausdrücklich für eine Stärkung der kommunalen Schulträgerschaft und wissen, dass uns ein erheblicher Anteil der CDU-Bürgermeister in diesem Land dabei unterstützt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Man muss in der Bildungspolitik differenziert vorgehen!) Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier darum: Die Kommunen vor Ort wissen selbst, was die Eltern und die regionale Wirtschaft brauchen und was für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder notwendig ist. Deshalb wären zumindest als erster Schritt von Ihrer Seite aus Lockerungsübungen gegen die bestehenden starren Strukturen angesagt.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie bringen doch immer das Gleiche vor!)

Ich kann Ihnen aber auch sagen: Wenn wir Grünen an die Regierung kommen – was ja nicht ausgeschlossen ist –,

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

dann werden wir auf jeden Fall gemeinsam mit einem Wunschpartner die kommunale Schulträgerschaft stärken.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da bin ich aber einmal gespannt!)

Wir werden dann vor allem das tun, was in Nordrhein-Westfalen gemacht wird:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Basisschule! – Glocke des Präsidenten)

Wir werden die Anträge von CDU-Bürgermeistern auf neue Schulmodelle genehmigen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Basisschule werden Sie einführen und die Realschule abschaffen! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt Innovationen an den Schulen. Deshalb unterstützen wir auch all das, was in den konzeptionellen Überlegungen in Mulfingen inhaltlich angedacht ist: Mehr individuelle Förderung, die Schülerinnen und Schüler zukunftsfähig machen, auf die Anforderungen im Beruf vorbereiten, Kooperation mit regional ansässigen Firmen – alles toll, alles unterstützenswert. Wir wünschen dabei viel Erfolg. Dafür sind keine Änderungen notwendig. Das alles ist auch schon bisher möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Warum wird dann die Schule geschlossen?)

Erwecken Sie von SPD und Grünen nicht den Eindruck, dass Innovation an den Schulen nur heißt, Ihren schon anderswo gescheiterten Schulstrukturvorstellungen zu folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Überhaupt nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist doch altbacken, was Sie vortragen!) (Volker Schebesta)

Wer Innovationen auf neuen Wegen erreichen will, braucht nicht nach Mulfingen zu schauen, sondern er kann inzwischen auf rund 550 genehmigte Werkrealschulen an fast 700 Standorten schauen,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ein großer Erfolg!)

wo der Weg, den Sie in Ihrem Antrag wünschen – nämlich der Weg zu zwei qualifizierten Abschlüssen –, möglich ist.

Wenn wir uns Ihren Antrag genau anschauen, dann ist natürlich die Überlegung – das können Sie doch nicht von der Hand weisen –: Ist es wirklich eine Lösung für die Schülerzahlenentwicklung – das ist der Ausgangspunkt – an einem kleinen Hauptschulstandort – die Gemeindegröße ist genannt worden –, die Hauptschule um eine Realschule zu ergänzen?

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wenn man es ersetzen kann, ja!)

Wird das Angebot tatsächlich angenommen? Bleibt der Weg zur nächstgelegenen Realschule, der bisher gewählt wurde, aus? Und ist es dann nicht eher so, dass dort, wo keine Realschule als Alternative da ist, diejenigen mit Gymnasialempfehlung eben alle aufs Gymnasium gehen und nicht in bemerkenswerter Zahl auf die Realschule, wie es gerade im Hohenlohekreis der Fall ist?

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Lassen Sie es doch einmal darauf ankommen!)

An den Realschulen wird gute Arbeit gemacht; auf die vollen Klassen reagieren wir mit der Senkung des Klassenteilers. Aber selbst wenn Sie an einem solchen Standort eine Ausstatung vergleichbar einer Realschule hinbekommen würden:

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das können Sie mit diesem Konzept!)

Die Differenzierung, die in einer bisherigen Realschule möglich ist – Sprache, Naturwissenschaft –, bekommen Sie dort nicht hin.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Was?)

Da können Sie, Herr Mentrup, auch anhand der Zahl der Interessenten eines Jahres, in dem – natürlich auch kommunalpolitisch – für etwas Neues geworben wird, nicht darauf schließen, was nach fünf Jahren noch das Ergebnis wäre.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wie ist denn die Entwicklung in Sachsen? In Sachsen werden die Anforderungen für das Gymnasium erhöht, weil die Schüler dort eben aufs Gymnasium drängen und nicht auf die zusammengefasste Haupt- und Realschule gehen wollen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das wundert mich nicht!)

Sie sprechen zudem davon, dass wir Bildungszentralismus betreiben würden, wenn wir die Zusammenfassung von Hauptschule und Realschule an dem von Ihnen als ideal angesehenen Standort nicht zulassen würden. Sie fordern eine Öffnung, wie Sie es nennen. Ich finde das Bild, das unser Fraktionsvorsitzender gestern gezeichnet hat, richtig. Wir würden damit

keine Öffnung der Schule vornehmen, sondern wir würden das Dach abreißen und es hineinregnen lassen.

Sie sprechen davon, es sei eine Mobilitätsbremse, dass es im Land zwei Gebiete gibt, in denen jeweils eine andere Grundfremdsprache unterrichtet wird. Wir reagieren in den Schulen darauf. Die Schulen verfügen über Möglichkeiten, um die Schüler nach Umzügen entsprechend zu unterstützen.

Aber was wäre denn, wenn an einem Schulstandort die Schulstruktur wie bisher wäre, es an einem anderen Standort die sechsjährige Grundschule und daneben noch die zehnjährige Einheitsschule – einmal mit, einmal ohne Gymnasium – gäbe? Das ist doch dann, wenn es an vielen Orten unterschiedlich gestaltet wird – wie es Ihren Vorstellungen entsprechen würde –, keine Bremse für Mobilität, auch kein Bremsklotz, sondern das ist im wahrsten Sinn des Wortes eine Wegfahrsperre.

Deshalb, meine Damen und Herren: Bestärken wir Lehrerinnen und Lehrer auf ihrem Weg zur Innovation. Verschwenden wir nicht Kraft auf Schulstrukturdebatten. Wir können gute Schulen so und so organisieren. In dieser Schulstruktur und in anderen Schulstrukturen findet gute Schule statt. Bei uns ist Schule so organisiert. Machen wir etwas daraus. Wir bemühen uns, den Lehrerinnen und Lehrern dafür den richtigen Rahmen zu geben. Ich finde, wir sind dabei erfolgreich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Frau Abg. Dr. Arnold für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Mulfinger Schulkonzept im öffentlichen Bildungswesen zulassen"; in diesem Trojanischen Pferd – das ist uns allen mittlerweile klar geworden – steckt wieder die übliche Schulstrukturdebatte, die wir hier seit Monaten, seit Jahren führen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Ich habe wenig Lust, mich zum x-ten Mal intensiv auf dieses Thema einzulassen.

Sie haben die Bildungspläne angesprochen, Frau Rastätter: Diese Bildungspläne, die wir seit 2004 haben, lassen unseren Schulen einen großen Spielraum, gerade für die individuelle Förderung im Zuge des Schulcurriculums. Sie lassen ihnen einen großen organisatorischen Spielraum. Die Stichworte kennen Sie alle: Kontingentstundentafel etc. Sie haben es schon angesprochen, Herr Schebesta: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, individuelle Förderung, Berufsorientierung und Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft umzusetzen. Da brauchen wir jetzt nicht wieder eine Direktive von oben

Unsere Beschlusslage bei der FDP – das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten – ist: Wenn man sich vor Ort einigt, wenn sich alle Beteiligten vor Ort einigen, soll man ruhig einen Schulversuch durchführen.

(Dr. Birgit Arnold)

Aber – auch das hat Herr Kollege Schebesta schon völlig zu Recht angesprochen – was ist denn der Sinn hinter dieser Beschlusslage? Wir wollen natürlich zukunftsfähige Schulstandorte schaffen. So, wie sich das in Mulfingen darstellt, ist dieser Schulstandort nicht zukunftsfähig. Wir müssen schon ein bisschen schauen, wo wir unsere Mittel einsetzen und ob das, was wir machen, sinnvoll ist.

Wir haben hier, was die Werkrealschule und die Zusammenarbeit mit den noch bestehenden Hauptschulen anbelangt, von Anfang an eine große Flexibilität eingefordert. Wir haben uns gewünscht und haben gefordert, dass weitere Kooperationsmöglichkeiten zwischen den noch bestehenden einzügigen Hauptschulen und den neuen Werkrealschulen eröffnet werden. Wir freuen uns deshalb sehr, dass Frau Professorin Schick gemäß ihrer letzten Pressemitteilung genau das auf den Weg gebracht hat. Sie eröffnet weitere Kooperationsmöglichkeiten zwischen den noch bestehenden Hauptschulen und den neuen Werkrealschulen. Dies ist aus unserer Sicht der richtige Weg. Er findet voll und ganz unsere Unterstützung.

Wir können uns durchaus auch vorstellen, dass diese Kooperationsmöglichkeiten weiter in den Realschulbereich hinein ausgeweitet werden. Wir haben schon vielfältige Kooperationsmöglichkeiten zwischen den bestehenden Schularten und den Realschulen. Auch hier können wir uns vorstellen, dass dabei neue Wege beschritten werden und diese Zusammenarbeit in Zukunft noch intensiver gestaltet wird.

(Beifall der Abg. Hagen Kluck und Monika Chef FDP/DVP)

Wir werden den Beschlussteil Ihres Antrags ablehnen, weil er aus unserer Sicht so unnötig ist wie ein Kropf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Professorin Dr. Schick das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe hohen Respekt vor jedem und vor jeder, der oder die sich in der Schullandschaft auf den Weg macht und Innovationen anpeilt. Es wäre effektiv, dies in den bestehenden Strukturen zu tun, weil sie aus unserer Sicht so viel Innovationsspielraum enthalten und selbst so innovativ sind, dass man nicht mit dem Kopf gegen die Wand rennen muss, sondern ihn im Bereich von Innovation und Qualitätsentwicklung zum Denken verwenden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: Es hat sich schon gelohnt, zu warten! – Heiterkeit)

Liebe Frau Rastätter, ich verstehe ja, dass Sie sich die Regierungsarbeit in Ihren Blütenträumen so vorstellen, dass sich dann, wenn Sie verkündeten: "Ihr dürft jetzt vor Ort innovativ entscheiden", alle Schulen des Landes aus einem Joch befreit fühlten und diese Freiheit in Anspruch nähmen.

Schauen Sie einmal nach Nordrhein-Westfalen. Da sind, glaube ich, die Grünen jetzt irgendwie in der Schulpolitik an der Regierung beteiligt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Jörg Döpper CDU: Schwachstelle in der Regierung! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Dort musste man vor Kurzem feststellen, dass das Lieblingsprojekt der Grünen, nämlich die Gemeinschaftsschule, die mit großem Brimborium angekündigt wurde – ich zitiere sinngemäß aus dem "Focus" –, floppt, weil von 1 200 Schulen – die angeblich auf die Befreiung aus der Schulstruktur warten –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

gerade einmal zwei bislang einen Antrag gestellt haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Immerhin! – Weitere Zurufe von der CDU)

Liebe Frau Rastätter, wenn schon die Menschen in Nordrhein-Westfalen dies nicht haben wollen,

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

obwohl sie dort eine grüne Bildungsministerin haben, dann wollen es die Menschen in Baden-Württemberg, die in unserem Bildungssystem sehr gut leben, umso weniger.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lieber Herr Mentrup, ich muss ganz ehrlich sagen: Ich frage mich, was die Verlagerung der Verantwortung auf die kommunale Ebene bringen soll. Die Forderung klingt immer unheimlich verführerisch: Lasst doch die Menschen vor Ort entscheiden.

(Zuruf der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE)

Ich frage mich ernsthaft, was die SPD machen würde, wenn die ersten Menschen mit Plakaten vor dem Rathaus stehen,

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Volksentscheid! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Eine Volksabstimmung!)

auf denen zu lesen ist: Wir sind aber nicht der Ansicht, dass diese Schulstruktur so geändert werden sollte. Fordern Sie dann einen Volksentscheid auf kommunaler Ebene? Jährlich?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die SPD fällt immer um! Bis auf Herrn Drexler fallen alle um! – Abg. Helen Heberer SPD: Diese Plakate gibt es nicht! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Das kann nicht die Lösung sein.

Frau Rastätter, Sie haben aus einem Papier der der CDU angehörenden Kultusminister zitiert. Wir haben ganz klar gesagt: keine Verantwortungsdelegation nach oben. Wir stehen in der Kulturpolitik zur Länderverantwortung.

(Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es!)

(Ministerin Dr. Marion Schick)

Wenn jemand aus Baden-Württemberg etwas anderes betreiben sollte, dann wäre er oder sie nicht gut beraten. Denn wir sind zusammen mit Bayern bei der Qualität der Bildungssysteme in Deutschland an der Spitze. Das ist und bleibt so.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo sonst! – Zurufe von der SPD)

Wir werden die Verantwortung nicht auf die kommunale Ebene delegieren. Das Land hat in der Kultus- und Schulpolitik einen Rahmen gesetzt, der erfolgreiche Schulpolitik möglich macht. Meine Damen und Herren, das ist so, und das bleibt so.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da nützt die ganze Aufgeregtheit nichts. Was zählt, ist Qualität. Jeder Euro, der in der Qualität eines Systems steckt, zählt. Umso unverantwortlicher ist auch im Nachhinein die Aussage derer, die in ihrem Kampf gegen ein Schulsystem in Hamburg verloren haben. Dort hat man gesagt: "Jetzt wird die Reform billiger, weil wir die Klassen nicht kleiner machen müssen." Das hat die Hamburger Schulsenatorin gesagt und damit gezeigt, worum es Ihnen eigentlich geht – so muss ich es zumindest interpretieren –, nämlich um Ideologie.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein!)

Uns geht es um Qualität. Wir stecken jeden Cent in die Verbesserung der Qualität. Wir ermuntern jeden, der weiterentwickeln will, der innovativ sein will, der für seine kleinen Kinder in der Schule etwas tun will,

(Abg. Helen Heberer SPD: Wo denn?)

dies im Rahmen der bestehenden Strukturen zu tun.

Ich möchte fast eine Wette mit Ihnen abschließen – vielleicht können wir das auch einmal tun –: Ich glaube nicht, dass alle Schulen im Land alle Möglichkeiten der Innovation, der Freiheit und der Selbstbestimmung, die es bereits gibt, nutzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Bevor Sie die Schulen weiter in die Irre führen und sie zum Glaubenskampf gegen die Schulstruktur in Baden-Württemberg animieren, animieren Sie sie doch, innerhalb der bestehenden Strukturen alle Freiräume zu nutzen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Konstruktiv! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Nehmen Sie uns bei den Freiräumen innerhalb des Systems beim Wort. Wir stehen für Freiheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Niemand zwingt die Schulen im Land, sich an den Strukturen die Köpfe einzurennen. Aber ich erwarte von jeder Schule im Land, dass sie sich auf den Weg der Schulentwicklung macht. Deswegen noch einmal: Mein Respekt auch vor den Mulfingern, die sich darüber Gedanken machen, wie sie die Kinder am besten fördern. Das ist toll, und das ist vorbildlich.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie dürfen aber nicht! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das dürfen sie sehr wohl! Sie sollen den Nachweis erbringen, dass sie es besser machen!)

Aber,

(Abg. Helen Heberer SPD: Aber!)

lieber Herr Mentrup, aus Absichtserklärungen, die Sie hier zu Anmeldungen für eine Schule umdefiniert haben, die es überhaupt nicht gibt,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Natürlich hat es die gegeben!)

zu schließen, dass die Eltern alle ihre Kinder auch in einem solchen Konstrukt anmelden würden,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Natürlich!)

ist ein bisschen schnell gehupft.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Nein, nein!)

Ich bitte um etwas mehr Sorgfalt und Zurückhaltung.

(Abg. Helen Heberer SPD: Mehr Freiheit!)

Die Schule gibt es nicht. Deswegen gibt es auch keine Anmeldungen. Es gibt verpasste Chancen. Mulfingen hätte mit Künzelsau, mit Ingelfingen und Krautheim eine Werkrealschule gründen können.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das haben Sie verhindert!)

Sie haben die Chance zunächst vergehen lassen. Ich bitte darum, dass man die zweite, die dritte und die vierte Chance nutzt und in unserem erfolgreichen Bildungssystem weiterentwickelt. Mulfingen und alle anderen sind herzlich dazu eingeladen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup das Wort.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Oje!)

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ich finde es den Mulfingern gegenüber und auch nach den bisherigen Diskussionsbeiträgen von unserer Seite – ich sage es vorsichtig – sehr befremdlich, dass wir uns hier entweder in dieser etwas höhnisch-zynischen Weise wie Sie, Herr Schebesta,

(Abg. Peter Hofelich SPD: So ist es!)

(Dr. Frank Mentrup)

oder in dieser belehrenden und arroganten Weise wie Sie, Frau Ministerin, über dieses Thema unterhalten. Das möchte ich einmal deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Klaus Schüle: So ein Blödsinn! Immer von oben herab!)

 Das müssen Sie mir jetzt gerade erzählen. Kein Mensch hat hier zu einem Angriff auf die Schulstruktur insgesamt aufgerufen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es aber de facto!)

- Ja, weil Sie das so interpretieren,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ach was! Blödsinn!)

weil hier die Ideologen sitzen und nicht in Mulfingen oder bei uns

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich bin ein ausgewiesener Praktiker, Herr Dr. Mentrup! Besuchen Sie doch einmal meine innovative Schule! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Eine kleine Gemeinde, die sich sonst um das Thema Schulstruktur wahrscheinlich gar nicht kümmern würde, geht einen Weg, Herr Schebesta, und Sie sagen: "Den sollen die doch gehen. Da wünschen wir ihnen viel Freude." Gleichzeitig verbieten Sie ihnen den Teil dieses Weges, der es ihnen überhaupt erst ermöglichen würde, diesen Weg zu gehen. Das, was Sie mit einer solchen Schule machen, ist doch zynisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, das ist richtig! Innerhalb des Systems! – Glocke des Präsidenten)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Mentrup, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Nein, jetzt nicht. – Hier geht es nicht um Blütenträume, hier geht es um ein konkretes Projekt. Frau Ministerin, warum kann die Integrierte Gesamtschule Mannheim in den Klassen 5 bis 7 die Bildungspläne zusammenführen? Die Schule macht in den Kernfächern ABC-Kurse – das weiß ich –, aber ansonsten sind die Bildungspläne auf unterschiedlichen Niveaus zusammengeführt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine Differenzierung, keine Zusammenführung!)

Warum wird im Rahmen eines Pilotprojekts an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen in einem Kooperationsprojekt Hauptschule/Realschule genau das umgesetzt, was Mulfingen macht, nämlich Klassen, die sich zu einem Drittel aus Hauptschülern, zu mindestens einem Drittel aus Realschülern und aus noch einigen anderen Schülern zusammensetzen, die eine Gymnasialempfehlung haben? Die brauchen nicht einmal die Genehmigung eines Schulmodells zu beantragen.

Warum verbieten Sie dies dann dieser kleinen Schule? Sie sagen einfach: "Das passt nicht in die Struktur." Sie machen das

Ganze zu einer Strukturdiskussion, Sie machen es gerade nicht zu einer Qualitätsdiskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Mentrup, gilt Ihr Nein zu Zwischenfragen generell?

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ja, weil ich nur noch 1 Minute und 30 Sekunden Redezeit habe.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Also gut, generell!)

Herr Schebesta, Sie führen jetzt aus, das mit den Anmeldezahlen sei fraglich. Wie ist es denn bei Ihrem Werkrealschulkonzept? Sie haben zweizügige Werkrealschulen genehmigt, die jetzt im ersten Herbst nach ihrem genehmigten Betriebsbeginn schon einzügig sind. Fangen Sie da auch an, vor Ort zu diskutieren und zu erklären, dass vielleicht der Standort gar nicht mehr zu halten ist? Hier haben wir 33 Anmeldungen, und es wären noch wesentlich mehr gewesen, wenn man auch die Anmeldungen aus den umliegenden Gemeinden akzeptiert hätte. Insofern war an dieser Stelle sogar die Voraussetzung für eine zweizügige Schule gegeben, weil der Klassenteiler gleichzeitig auf 32 gesunken ist.

Es ist doch arrogant, wenn Sie, Frau Ministerin oder Herr Schebesta, dann schon zu wissen glauben, das Ganze werde von den Eltern dort auf Dauer nicht mitgetragen. Wie wollen Sie das vor Ort überhaupt verkaufen, wenn an anderen Stellen –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Weil es anderswo genauso ist! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Quatsch! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist die Realität!)

– Das ist doch Unsinn.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wie ist es in Sachsen?)

- Was will ich mich mit Sachsen vergleichen, Herr Schebesta?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Da ist es genau so, wie Sie es wollen!)

Ich sehe, dass Sie bei Ihrem Werkrealschulkonzept jetzt genau diese Probleme bekommen. Aber das Mulfinger Konzept ist diesem Werkrealschulkonzept überlegen, weil es nämlich den echten Realschulabschluss integrieren will. Sie wissen genauso wie ich, dass das bei den Eltern eine höhere Akzeptanz hat.

Ihren Hinweis auf das Trojanische Pferd, Frau Arnold, finde ich besonders spannend. Die FDP/DVP und Sie persönlich waren es, die vor etwa einem Jahr vorgeschlagen haben: Lassen Sie uns doch über eine kleine Arbeitsgruppe jedes Jahr zehn Schulversuche auswählen, damit wir genau solche individualisierten Konzepte weiter ausprobieren können. Sie haben schon bei anderer Gelegenheit hier vorn gestanden und bedauert, dass Herr Rau solche Einzelmodelle nicht genehmigte. Jetzt sehe ich bei Ihnen eine Kehrtwendung um 180 Grad. Das alles passt doch überhaupt nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Dr. Frank Mentrup)

Ich kann jetzt leider keine weiteren Ausführungen machen. Über das Thema Hamburg können wir uns gern noch unterhalten, Frau Ministerin. Nur so viel: Schleswig-Holstein ist genau das Gegenmodell; dort wollen alle die Gemeinschaftsschule. Es geht uns überhaupt nicht darum, 1 600 oder 1 200 Schulen zwangszubeglücken, sondern es geht uns darum, vor Ort Schulentwicklung zu ermöglichen. Die Rahmensetzung muss über Qualität laufen, Frau Ministerin. Da bin ich doch mit Ihnen einig. Wenn ich über Qualität steuere, brauche ich nicht über das Festhalten an einer Struktur zu steuern, die diesem Schulstandort überhaupt keine Chance lässt, zu überleben, obwohl Sie selbst sagen, das pädagogische Konzept sei vorbildlich. Das passt doch überhaupt nicht zusammen.

Lassen Sie dieses eine Modell laufen. Dann können wir noch immer sehen, wie sich die Akzeptanz entwickelt. Aber Sie lassen sich auf einen fairen Wettbewerb überhaupt nicht ein, weil Sie diese Modelle von vornherein ablehnen. Dann bleibt der Weg in das Privatschulsystem. Herr Kluck – jetzt ist er leider nicht da –, unsere Kritik richtet sich nicht gegen das Privatschulsystem. Aber diese Gemeinde hat ursprünglich etwas anderes vorgehabt. Die Umsetzung dieses Vorhabens haben Sie verhindert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kultusministerin Schick, Sie können mit Ihrem arroganten, lockeren Stil hier vielleicht Lacherfolge bei Ihrer Fraktion erzielen,

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Also diese Abgehobenheit! Sie schweben doch! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Unverschämtheit!)

aber vor Ort laufen die Diskussionen seriös.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da kommen Sie mit diesem Stil mit Sicherheit nicht durch.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Dies nur als Anmerkung.

Wir bringen Debatten in den Landtag -

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

heute am Beispiel Mulfingen –, bei denen es darum geht, wie vor Ort hoch engagierte und motivierte Lehrer und Lehrerinnen und verantwortungsvolle Gemeinden versuchen, eine kommunale Schulentwicklung, die angesichts der demografischen Entwicklung und unserer bildungspolitischen Ziele zukunftsfähig ist, voranzubringen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Keine Ahnung von der Realität vor Ort!)

Selbstverständlich haben die Schulen die Möglichkeit, individuelle Konzepte zu entwickeln. Aber es wird Schulen ge-

ben, die langsamer voranschreiten werden, und es wird Schulen geben, die vorangehen. Diese sind aber die Vorbilder, die andere mitziehen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Plattitüden!)

Wenn Sie solche Vorbilder knebeln – im Fall Mulfingen führt das letztlich sogar zur Schließung der Schule –,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wissen Sie überhaupt, wo Mulfingen liegt?)

dann werden keine weiteren Vorbilder entstehen. Vielmehr wird die Aufbruchstimmung,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Eine arrogante Rede!)

die bei den Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen durchaus vorhanden ist, nicht mehr in der Weise anhalten, wie sie augenblicklich besteht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Lediglich die Gebläse aus Mulfingen machen mehr Wind als Sie!)

Das Zweite ist die Frage nach der Qualitätsentwicklung. Herr Kollege Schebesta, Sie glauben wohl selbst nicht an die Wirksamkeit der Qualitätssicherungsinstrumente, die im Jahr 2004 eingeführt worden sind. Es wird keine Beliebigkeit geben.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Denn alle Schulen, die als Modellschulen genehmigt werden, werden sich an die Kontingentstundentafel halten. Sie werden sich an die Bildungspläne, an die Bildungsstandards halten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Präsident drückt sich schon den Finger wund!)

Sie werden innere und externe Evaluation, Vergleichsarbeiten und zentrale Abschlussprüfungen haben. Das heißt, die Mobilität ist gesichert. Aber wir schaffen die Voraussetzung vor Ort, um in der Bildungspolitik voranzukommen, um zukunftsfähige, weitere Entwicklungen zu ermöglichen. Dazu sieht unser Schulgesetz auch eine Experimentierklausel vor, die man in diesem Fall anwenden kann.

Deshalb halten wir das, was Sie hier tun, für eine konservative Bildungspolitik. Dieser Stil ist ein Salto rückwärts ins 19. Jahrhundert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ein Blödsinn!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Herrn Abg. Schebesta für die CDU-Fraktion das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt wieder Fachkompetenz! – Lachen des Abg. Thomas Knapp SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: Jetzt aber!)

Abg. Volker Schebesta CDU: In der mir verbleibenden Redezeit sind zwei Bemerkungen notwendig:

Erstens:

(Abg. Thomas Knapp SPD: Gut! "Zweitens"!)

(Volker Schebesta)

Sie beide, Frau Rastätter und Herr Mentrup, haben mit "arrogant" und "höhnisch" große Worte verwandt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Stimmt aber!)

Es ist doch erstaunlich, dass Sie bei einer sachlichen Auseinandersetzung so reagieren.

Aber der arroganteste Satz, Herr Dr. Mentrup, war: Was interessiert mich Sachsen? Wenn man Ihnen vorhält, das Ergebnis einer Schulstrukturreform in Mulfingen entspreche dem, was in Sachsen passiert, dann sagen Sie: Was interessiert mich Sachsen? Man muss eben schauen, was dort, wo die eigenen Vorstellungen schon umgesetzt werden, passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist arrogant, wenn Sie sagen: Was interessiert mich Sachsen?

Das Zweite ist: Sie sagen, es gehe nur um Mulfingen, und fragen: Weshalb führen wir hier eine Debatte über das ganze Land? Soll ich daraus schließen, dass Sie nur das Mulfinger Konzept unterstützen? Es ist doch kurios, dass Sie sagen, es gehe nur um Mulfingen und nicht um das ganze Land. Sie wollen doch überall, im ganzen Land, das, was Mulfingen will. Deshalb müssen Sie zulassen, dass man Ihnen sagt, was die Konsequenzen einer landesweiten Einführung dessen wären, was Sie wollen. Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Frau Abg. Dr. Arnold für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das geht Ihnen schwer über die Lippen, Herr Präsident!)

– Mein ganzer Zeitplan wird über Bord geworfen.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was passt eigentlich bei Ihren Aussagen zusammen, Herr Mentrup? Herr Schebesta hat es eben gesagt. Es geht Ihnen unter dem Strich doch um etwas ganz anderes.

(Zuruf des Abg. Dr. Frank Mentrup SPD)

Vor zwei, drei Jahren waren Sie mutig. Damals haben Sie gesagt, was Sie wollen: Gemeinschaftsschule schaffen, Hauptschule, Werkrealschule, Realschule, Gymnasium – alles in einen Topf. Das ist doch Ihr bildungspolitisches Ziel. Wenn Sie sich hier und heute davon distanzieren, findet hier derselbe Vorgang wie bei Stuttgart 21 statt. Sie eiern in der Bildungspolitik seit Jahren herum.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Was ist denn Ihr bildungspolitisches Ziel? Sagen Sie es uns! Was wollen Sie denn im nächsten Jahr machen? Sie wähnen sich doch schon in der Regierung. Da bin ich einmal gespannt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Umfallen in jeder Situation!)

- Umfallen, genau.

Ich stehe nach wie vor zu dem Vorschlag eines Wettbewerbs der Schulversuche. Dieser Vorschlag ist sinnvoll, und wir würden ihn gern umsetzen. Aber Sie wissen genauso gut wie ich: Unterhalb der legislativen Ebene kann ich nur politisch Einfluss nehmen. Wir werden weiterhin politisch Einfluss nehmen, und vielleicht schaffen wir es noch, diesen Wettbewerb bezüglich der Schulversuche zu realisieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Professorin Dr. Schick das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schlage vor, wir üben Enthaltsamkeit beim gegenseitigen Erteilen von Kopfnoten und befassen uns mit der sachlichen Thematik, auch wenn es gerade so Spaß macht.

Ich möchte ganz gern noch einmal kurz in Erinnerung rufen, dass dieses Land fast 5 000 Schulen hat, die übrigens alle ständig Schulentwicklung betreiben – auch kommunal unterstützt –, und dass Mulfingen kein gallisches Dorf ist, das in diesem Flächenland Baden-Württemberg einsam Schulentwicklung betreibt. Wir haben noch ein paar Tausend davon, die dies täglich tun,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

ohne dabei Modelle zu generieren, die nach unserer Grundsystematik nicht genehmigungsfähig sind.

Ein Zweites, Herr Mentrup, was mich noch einmal ans Rednerpult getrieben hat – das hat mir jetzt wirklich wehgetan –: Wenn Sie davon sprechen, an der Realschule werde der echte Realschulabschluss vermittelt, und damit implizit sagen, an der Werkrealschule werde der unechte Realschulabschluss vermittelt, dann zeugt dies von einer profunden Missachtung

(Zurufe von der SPD)

– auch wenn Sie noch so laut brüllen – der KMK-Beschlusslage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frau Ministerin hat das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Lautstärke führt nicht dazu, dass KMK-Beschlüsse gegenstandslos werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Verdrängung auch nicht!)

Es gibt in Deutschland keine "echten" und "unechten" Realschulabschlüsse. Es gibt einen mittleren Bildungsabschluss, für den die Kultusministerkonferenz Qualitätsstandards entwickelt hat. Nach ihnen nehmen wir in Baden-Württemberg an der Werkrealschule und an der Realschule die Prüfungen ab. Deswegen bitte ich Sie: Stecken Sie den Begriff vom "ech(Ministerin Dr. Marion Schick)

ten" und vom "unechten" Realschulabschluss in die Klamottenkiste! Herr Mentrup, so etwas gibt es nicht. Wenn jemand die mittlere Reife, den mittleren Bildungsabschluss, anbieten möchte, hat er über die Werkrealschule dazu jede Möglichkeit. Mulfingen hat die Chance erst einmal vergehen lassen; aber es nie zu spät, sich noch eines Besseren belehren zu lassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Ministerin, es gibt noch zwei Fragen. Würden Sie diese noch zulassen? – Zuerst Herr Abg. Dr. Mentrup.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Erst keine Zwischenfragen zulassen und dann selbst eine stellen wollen! Das ist ja prima! – Zurufe von der CDU: Das sind die richtigen Demokraten!)

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Wie erklären Sie dann angesichts der angeblichen Gleichwertigkeit der beiden Abschlüsse den Eltern den Umstand, dass bei der Grundschulempfehlung die Werkrealschule auf derselben Stufe wie die Hauptschule und nicht auf der Stufe der Realschule steht?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Genau! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Fürs Protokoll: Kein Beifall bei der SPD!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Abgeordneter, wir geben keine Grundschulempfehlungen nach Stufen ab. Wir geben Grundschulempfehlungen nach dem individuellen Lerntyp des einzelnen Schülers und der einzelnen Schülerin ab und keine Empfehlungen nach Stufen. Ich halte Ihre Fragestellung ein bisschen für eine Selbstoffenbarung und für verräterisch. Wir sprechen nicht von einem gestuften Schulsystem, wir sprechen von einem differenzierten Schulsystem.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stelly. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt keine weiteren Fragen mehr.

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 14/4602. Abschnitt I ist ein reiner Berichtsteil; er wird für erledigt erklärt.

Abschnitt II ist ein Beschlussteil mit Handlungsersuchen. Er wird zur Abstimmung gestellt. Wer für Abschnitt II dieses Antrags stimmen möchte, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist Abschnitt II des Antrags abgelehnt.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass im Erdgeschoss die Präsentation der "Sympathiekampagne Streuobst" stattfindet.

Wir setzen die Sitzung um 14:15 Uhr fort und beginnen dann mit Tagesordnungspunkt 7.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:15 Uhr)

٠

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:17 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Innenministeriums – Geschwindigkeitsbegrenzungen auf baden-württembergischen Bundesautobahnen – Drucksache 14/4758

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Auf Autobahnen könnte es auch schneller gehen!)

Das Wort für die antragstellende Fraktion der FDP/DVP darf ich Herrn Abg. Bachmann erteilen.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Freie Fahrt für freie Bürger" – mit diesem Slogan ist die FDP vor Jahrzehnten in Wahlkämpfe gezogen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Heute sehen unsere Programme dies selbstverständlich nicht mehr vor.

In erster Linie setzen wir darauf, die Menschen zum freiwilligen Umstieg vom geliebten Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr zu bewegen. Im Grundsatz wissen wir uns in diesem Punkt noch mit allen Fraktionen des Hohen Hauses einig. Lediglich bei der Durchführung gehen die Grünen insofern einen Sonderweg, als sie den Ausbau der Bahn, insbesondere der Schnellfahrstrecken, verhindern.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Damit auch mit dem Auto niemand mehr schnell reisen kann, möchten sie dies durch ideologisch motivierte Tempolimits auf Bundesautobahnen begleiten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine! Was müssen wir uns da anhören?)

Es bleiben also nur das Flugzeug oder der Hubschrauber, wie Cem Özdemir das vorgemacht hat.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das Pferd!)

Leider ist dies Menschen wie Lieschen Müller und mir aus Kostengründen verwehrt.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD – Abg. Peter Hofelich SPD: Aus FDP-Mund!)

Da wir Politik auch für Lieschen Müller machen, haben wir den heute noch immer aktuellen Antrag von uns auf der Tagesordnung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das glaubst du nicht, oder?)

(Dietmar Bachmann)

Wir wollen uns ganz unideologisch mit dem Für und Wider von Geschwindigkeitsbegrenzungen auseinandersetzen.

(Lachen bei den Grünen – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Zunächst danke ich der Landesregierung für ihre umfassende Stellungnahme und den vernünftigen Umgang mit Tempolimits. Nicht eingehen möchte ich auf die vorübergehend geltenden Geschwindigkeitsbegrenzungen, die im Gefahrenbereich an Baustellen selbstverständlich sind und mit dem Wegfall der Gefahr auch stets wieder aufgehoben werden.

Bei dauerhaft geltenden Geschwindigkeitsbegrenzungen stellt sich die Sache differenzierter dar. In der in Ziffer 5 des Antrags erwähnten bundesweiten Studie der DEKRA Unfallforschung aus dem Jahr 2007 wurde in einem Vergleich nachgewiesen, dass bei unterschiedlichen Autobahnabschnitten mit und ohne Tempolimit keine Unterschiede hinsichtlich der Häufigkeit oder der Folgen von Unfällen feststellbar sind.

Es ist schade, dass im Innenministerium seinerzeit keine eigenen Erkenntnisse dazu vorlagen. Irritiert hat uns in der Stellungnahme etwas, dass das Innenministerium auch ohne eigene Erkenntnisse unbeeindruckt von den Ergebnissen dieser Studie auch in Zukunft aus genau diesem Grund – der ja widerlegt ist – Geschwindigkeitsbegrenzungen anordnen möchte. Vielleicht hat der Wechsel der Zuständigkeit zwischenzeitlich eine Änderung herbeigeführt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es kann nur besser werden!)

Völlig anders stellt sich die Sache bezüglich des hohen Verkehrsaufkommens dar. Die Stellungnahme der Landesregierung zu Ziffer 6 unseres Antrags zeigt, dass Streckenbeeinflussungsanlagen das Verkehrsaufkommen verstetigen und die Absenkung der Geschwindigkeit zu einer besseren Ausnutzung der vorhandenen Straßenkapazitäten beiträgt. Dadurch fließt der Verkehr insgesamt deutlich rascher. Staus und der mit ihnen verbundene volkswirtschaftliche Schaden werden vermieden.

Dauerstaus führen, lieber Kollege Walter, mit Recht zum Ausbau von Autobahnen. Damit wiederum steigt der Flächenverbrauch. Es kann also eigentlich nur in unserem gemeinsamen Interesse liegen, dass der Verkehr möglichst schnell fließt. Denn je schneller der Verkehr fließt, umso höher ist die Kapazität eines Autobahnabschnitts und umso weniger neue Autobahnen müssen wir bauen – mit der Folge, dass Kosten gespart werden, dass sich der Flächenverbrauch reduziert und die Umwelt geschont wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir Liberalen treten deshalb aus Vernunftgründen -

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

einige von Ihnen werden Walter Scheels Kampagne "Vorfahrt für Vernunft" noch in Erinnerung haben – seit jeher für ein Vorgehen mit Augenmaß ein. Das heißt für uns, dass auf möglichst vielen dicht befahrenen Autobahnabschnitten Streckenbeeinflussungsanlagen gebaut werden sollten.

Anders ist es bei der Frage fester Geschwindigkeitsbegrenzungen, wie sie z. B. – wenn auch aus ganz anderen Gründen – auf der B 10 in Richtung Göppingen eingeführt werden mussten. Solche Maßnahmen erhöhen die Straßenkapazität nicht und stoßen auch bei den Autofahrern auf eine nur sehr begrenzte Akzeptanz, während flexible Anlagen, z. B. auf der A 8, von den Autofahrern hervorragend angenommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Motto "Freie Fahrt für freie Bürger" ist von gestern. Heute muss es heißen: "Zügige Fahrt für den Umweltschutz".

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Lärm- und Abgasbelastungen für Mensch und Umwelt sind bei einem Stau erheblich größer als beim fließenden Verkehr. Außerdem führen Staus und zäh fließender Verkehr zum Ausbau von Autobahnabschnitten und leisten so dem Flächenverbrauch Vorschub. Praktizierter Umweltschutz heißt deshalb heute: Weg mit den starren Geschwindigkeitsbegrenzungen und hin zu modernen Streckenbeeinflussungsanlagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Die kommt jetzt mit dem Motto "Freie Fahrt für freie Bürgerinnen"!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir über Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen sprechen, meinen wir damit natürlich immer auch die Diskussion um ein generelles Tempolimit. Für mich und für die CDU sind bei dieser Frage drei Aspekte entscheidend: Punkt 1 ist die Frage der Sicherheit, Punkt 2 ist die Frage der Verkehrslenkung und der Verkehrsharmonisierung, und Punkt 3 sind der Lärmschutz und der Umweltschutz.

Zum Thema Sicherheit: Im Juli dieses Jahres hat das Innenministerium die letzte Halbjahresbilanz zu den Verkehrsunfällen im Land vorgelegt. Sie zeigt, dass auf unseren Autobahnen im Land glücklicherweise immer weniger Menschen verunglücken und dass insbesondere die Zahl der Verkehrstoten abnimmt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das liegt an den vielen Baustellen!)

Seit den Siebzigerjahren, dem traurigen Höhepunkt, ist dies trotz eines wesentlich höheren Verkehrsaufkommens und deutlich gestiegener Fahrgeschwindigkeiten eine sehr positive Entwicklung. Dennoch gilt: Jedes einzelne Opfer ist eines zu viel.

Deshalb dürfen wir in unseren Bemühungen um größtmögliche Sicherheit im Straßenverkehr nicht nachlassen. Dabei spielen neben den Straßen selbst die Fahrzeugtechnik und ein entsprechendes Fahrverhalten ebenso wie natürlich auch Geschwindigkeitsbegrenzungen und Geschwindigkeitskontrollen eine wichtige Rolle.

(Nicole Razavi)

Allerdings zeigt die Entwicklung seit den Siebzigerjahren, dass ein generelles Tempolimit nicht die richtige Antwort ist. Für mich machen Tempolimits dann Sinn, wenn sie aufgrund der jeweiligen Verkehrssituation geboten sind.

Bereits heute haben wir auf mehr als 30 % des Autobahnnetzes eine dauerhaft oder zeitweise geltende Geschwindigkeitsbeschränkung. Hinzu kommen die jeweiligen Baustellenbereiche.

Besonders bewährt haben sich die auf 7 % des Autobahnnetzes vorhandenen modernen Verkehrsbeeinflussungsanlagen, die eine flexible Geschwindigkeitsregelung ermöglichen. Mit ihrer Hilfe kann rechtzeitig auf die jeweilige Situation, auf das aktuelle Verkehrsaufkommen, auf die Witterung, auf Unfälle etc. reagiert werden.

Es zeigt sich, dass diese Technologie nicht nur auf die Verkehrssicherheit, sondern auch auf den Verkehrsfluss und die Verkehrsharmonisierung einen positiven Effekt hat, weil situativ verkehrslenkend eingegriffen werden kann und damit Staus verhindert werden können.

Wer ein generelles Tempolimit fordert, führt häufig den Klimaschutz als Begründung an. Fakt ist aber, dass ohnehin 90 % aller Verkehrsteilnehmer langsamer als 150 km/h auf Autobahnen fahren – die Frau Ministerin bestätigte mir gerade, dass auch sie zu ihnen gehört –

(Ministerin Tanja Gönner: Wenn ich selbst fahre!)

und 20 km/h mehr keinen messbaren Effekt auf das Klima haben. Andererseits würde ein generelles Limit wohl zu einer Verlagerung des Verkehrs auf Landes- und Kreisstraßen und damit zu einer höheren Belastung für Menschen und Ortschaften durch mehr Verkehr und mehr Lärm führen. Das können wir nicht wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb setzen wir uns auch künftig für eine Weiterentwicklung intelligenter Verkehrslenksysteme auf Autobahnen statt starrer Vorgaben ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt einmal zur Sache, Martin!)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Die Sache ist halt vielschichtig.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der SPD gebührt das Verdienst, das Thema Verkehrssicherheit wieder einmal in den Mittelpunkt gerückt zu haben, nachdem uns der Verkehr neben anderen Themen stetig und ständig beschäftigt. Das ist ein wichtiges Thema. Ein Element der Sicherheit ist nun einmal die Geschwindigkeit.

Es gibt noch andere Elemente wie die Fahrzeuge, die passiven Elemente, aber natürlich auch die Straßenbeläge. Frau Ra-

zavi, Sie wissen schon, worauf ich hinauswill. Ich spreche heute aber nicht umfänglich an, dass die Straßen in diesem Land häufig marode sind und auch ein Sicherheitsrisiko darstellen. Deshalb sieht man auch sehr häufig das Schild "Vorsicht Straßenschäden".

Das soll aber nicht im Mittelpunkt stehen. Vielmehr soll die Frage im Mittelpunkt stehen, wie wir Verkehrssicherheit durch Geschwindigkeitsbegrenzungen gewährleisten können. Es ist bereits dargestellt worden, dass das in vielen Einzelfällen Sinn macht.

Wir haben großes Vertrauen in die Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung, dass sie aufgrund ihrer Erfahrung vor Ort wissen, wo Geschwindigkeitsbegrenzungen angemessen sind.

Es gibt vielerlei Gründe für Geschwindigkeitsbegrenzungen: Lärmschutz, Umweltschutz, Sicherheitsgründe usw. Man kann aber nicht verlangen, dass – wie ich es aus dem Antrag herauslese – die vorgegebene Regelung ausführlich auf dem Verkehrsschild begründet wird; denn ansonsten müssten wir irgendwann Handzettel verteilen, bis der letzte Verkehrsteilnehmer dies einsieht.

(Heiterkeit des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Dabei gilt nun einmal grundsätzliches Vertrauen in den Staat, konkret in die Straßenbauverwaltung, wenn es um Sicherheitsaspekte geht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Für Eisenbahnbauten sollte das auch gelten!)

- Natürlich. Daran besteht doch gar kein Zweifel.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Die Realität sieht allerdings etwas anders aus. Auf 30 % der Autobahnkilometer haben wir Geschwindigkeitsbegrenzungen. Nach der von vielen Menschen gefühlten Realität ist dies auf etwa 50 % bis 60 % der Autobahnen der Fall.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 100 %!)

Die Verkehrsdichte in diesem Land, nämlich der Stau, sorgt selbst für eine Geschwindigkeitsbegrenzung. An sechs Tagen in der Woche kann man in diesem Land selten mehr als 130 km/h fahren. So stellt sich die Frage, ob die Steuerung durch ein Tempolimit von 130 km/h sinnvoll ist. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass sich die SPD-Fraktion in einem ihrer berühmten Mehrheitsbeschlüsse dafür ausgesprochen hat.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Schon wieder umgefallen!)

Natürlich spricht vieles dafür, auch der Verkehrsfluss. Das sei einmal deutlich formuliert. In der Stellungnahme steht sogar eigens, dass eine – ein neuer Begriff, den ich jetzt gelernt habe – Harmonisierung des Verkehrsflusses sehr wichtig für die Sicherheit ist.

Genau dann, wenn zu viel und zu schnell gefahren wird, entsteht dieser Wellenstau. Einerseits wird Stau und andererseits eine Verkehrsgefährdung verursacht. Deswegen ist es ein heh(Hans-Martin Haller)

res und gutes Ziel, 130 km/h als Höchstgeschwindigkeit in dieser Republik einzuführen. Treten Sie uns bei!

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ein Letztes noch: Das beste Mittel, dass diese Bestimmungen auch eingehalten werden, ist natürlich immer der Appell an die Moral der Fahrzeugführer. Blöderweise erreicht man mich persönlich am besten mit Sanktionen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auf dem Fahrrad!)

wenn ich wieder einmal zahlen muss. Das ist einfach ein sehr zielsicheres Instrument des Staates, dass Geschwindigkeitsbegrenzungen eingehalten werden.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

In diesem Sinn brauchen wir zur Sicherheit auf den Straßen verständige Autofahrer, aber auch einen Staat, der lenkt und steuert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜ-NE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das gute Recht des Kollegen Bachmann, einen Bahnhof tieferlegen zu wollen. Es ist auch sein gutes Recht, das intellektuelle Niveau von Reden sehr niedrig zu legen.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Aber in beiden Fällen sagen wir: Oben bleiben!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist die Arroganz der Grünen!)

– Ja, Herr Kollege, seien Sie froh, dass ich heute nichts zu Ihnen sage.

(Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Ich möchte zu diesem Thema, weil es auch um ein kulturelles Phänomen geht, zunächst einmal einen der klügsten Köpfe des 20. Jahrhunderts zitieren, nämlich Erich Fromm. Er hat in seinem großartigen Werk "Anatomie der menschlichen Destruktivität", in dem es um die Aggression und die Bösartigkeit der Aggression geht,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da haben die Grünen einiges gelernt!)

auch etwas zur Nekrophilie geschrieben. Das ist die Liebe zu toten Dingen. Zu den wesentlichen Elementen der Nekrophilie gehören nach Erich Fromm die Anbetung der Geschwindigkeit und der Maschine.

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Zurufe der Abg. Karl Zimmermann CDU und Hagen Kluck FDP/DVP)

Ich verbinde mit der Tatsache, dass heute nicht der Innenminister, sondern die Umweltministerin zu diesem Thema redet, dass auch neuere wissenschaftliche Erkenntnisse in die Stellungnahmen der Regierung einfließen und die Ansichten nicht mehr so sind, wie sie in der Stellungnahme des Innenministeriums zum Ausdruck kamen.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Es ist doch völliger Unfug, noch heute zu behaupten – wie es in der Stellungnahme zu Ziffer 1 des Antrags steht –, dass man möglichst schnell fahren können sollte, damit der Verkehr besser fließt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es wurde schon von mehreren darauf hingewiesen, dass --

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Deshalb wollen wir Stuttgart 21 und den Zugverkehr ausbauen!)

 Ja, wir wollen den Zugverkehr ausbauen; wir wollen aber keine Nadelöhre schaffen. Deswegen sind wir gegen Stuttgart 21.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach so! – Unruhe)

– Ich weiß, dass ihr nicht mehr zuhören könnt. Warum seid ihr denn so nervös?

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, Fakt ist: Je gleichmäßiger der Verkehr fließt, desto mehr Kapazität entsteht auf der Straße. Das funktioniert natürlich nicht, wenn man zulässt, dass manche 250 km/h und die anderen 120 km/h fahren. Das führt immer wieder zu Staus und zu Stockungen. Jeder, der schon einmal auf der Autobahn gefahren ist, kennt doch die Situation: Plötzlich gibt es stockenden Verkehr und Stau, aber man weiß auf den ersten Blick gar nicht, woran es lag. Es lag eben daran, dass Menschen aufeinandergetroffen sind, bei denen sich die gefahrenen Geschwindigkeiten zu sehr voneinander unterschieden.

Jetzt wird hier auf eine Studie der DEKRA Unfallforschung aus dem Jahr 2007 verwiesen. Mich wundert wirklich, dass bei Ihnen nicht angekommen ist – dass es bei Ihnen, Herr Kollege, nicht angekommen ist, ist mir klar; ich habe längst aufgegeben, daran zu glauben, dass Sie sich um solche Dinge kümmern; aber beim Rest der SPD müsste es angekommen sein –, dass es eine Untersuchung des Landes Brandenburg gibt.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Nein, das ist nicht angekommen! Man kann nicht alles lesen!)

aus der hervorgeht: Wenn man ein Tempolimit bis 130 km/h einführt, meine Damen und Herren, dann gibt es halb so viel Verkehrstote. Die Kollegin von der CDU hat gesagt: Jeder Tote ist einer zu viel. Wenn Sie das ernst nehmen, dann müssen Sie sich auch diese Erkenntnisse aus Brandenburg zu eigen machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man kann gar nicht schneller als 130 km/h fahren! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU) (Jürgen Walter)

Die Zahl der Verkehrstoten geht um 20 bis 50 % zurück, wenn Sie ein generelles Tempolimit einführen. Das ist das Ergebnis einer langjährigen Studie in Brandenburg.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Australien!)

Ein weiteres Ergebnis dieser Studie ist, dass eine sechsspurige Autobahn bei Tempo 130 – jetzt müssten Sie wirklich einmal zuhören, Herr Kollege Bachmann – etwa 7 200 Fahrzeuge pro Tag und Richtung mehr aufnehmen könne als bei freigegebener Geschwindigkeit.

Wenn Sie also alle gegen Staus sind und diese Ergebnisse endlich einmal zur Kenntnis nehmen, kann die Folgerung nur sein: Es gibt ein Tempolimit. Dann brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht mehr zusammen mit Albanien genannt zu werden. Denn Albanien und Deutschland sind meines Wissens die einzigen Länder in Europa, die kein generelles Tempolimit haben.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Des Weiteren hat diese Studie aus Brandenburg ergeben, Herr Kollege Zimmermann, dass dort durch ein Tempolimit der volkswirtschaftliche Schaden durch Unfälle von 45 Millionen € auf 33 Millionen € pro Jahr zurückgehen würde. Auch das sind doch Zahlen, die Sie zum Nachdenken anregen müssten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da freut sich der Kfz-Mechaniker!)

Das heißt, meine Damen und Herren, es spricht --

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was haben Sie eigentlich gegen Albanien?)

 Als Sie politisch noch anders gedacht haben, haben Sie dort vielleicht Verbündete gehabt. Ich war nie ein Freund davon.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Meinen Sie Enver Hoxha? – Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Es wird Zeit, dass wir in Deutschland ebenfalls ein generelles Tempolimit einführen, dass wir die Blockade auf europäischer Ebene, wo man sich für ein generelles Tempolimit von 120 km/h ausgesprochen hat, aufgeben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 120?)

Damit Sie sich beruhigt zurücklehnen können, Herr Kollege Zimmermann: Die Durchschnittsgeschwindigkeit auf unseren Autobahnen ist ohnehin nicht höher als 120 km/h.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Na also!)

- Aber das nützt doch nichts.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich sage Ihnen: Ich fahre im Durchschnitt 3 km/h! – Gegenruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Es würde besser, wenn wir ein Tempolimit einführen würden! – Glocke des Präsidenten)

 Herr Kollege Zimmermann, lehnen Sie sich einfach zurück, fahren Sie entspannter Auto, fahren Sie langsamer, oder – noch besser – nehmen Sie die Bahn, solange man noch ordentlich nach Stuttgart hineinfahren kann.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Gönner das Wort.

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema "Geschwindigkeitsbeschränkung auf Bundesautobahnen" wird von den Befürwortern und den Gegnern teilweise recht emotionsgeladen diskutiert, wie wir gerade beim letzten Wortbeitrag feststellen konnten. Deswegen will ich zunächst die Fakten festhalten.

Studien einzelner Länder zu den Auswirkungen eines allgemeinen Tempolimits auf Autobahnen – bei den Ländern geht es nicht um einzelne Bundesländer – zeigen keinen statistisch relevanten Zusammenhang zwischen der Zahl der Unfälle und der Länge der Streckenabschnitte mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Einer bundesweiten Studie der DEKRA Unfallforschung aus dem Jahr 2007 zufolge – Herr Bachmann, Sie haben schon darauf verwiesen – sind bei einem Vergleich von unterschiedlichen Autobahnabschnitten mit und ohne Tempolimit keine Unterschiede hinsichtlich der Häufigkeit oder der Folgen von Unfällen feststellbar.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Ja, also!)

Im Übrigen ist in Österreich die Zahl der Unfalltoten auf Autobahnen bei dem bekanntlich bestehenden Tempolimit etwa 1,5-mal höher als in Deutschland.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hoi, hoi!)

Weiter zeigt der europäische Vergleich, dass Tempolimits nicht automatisch dazu führen, dass sich die Verkehrssicherheitslage in den jeweiligen Staaten wesentlich verbessert. Im Gegenteil: Im langjährigen Vergleich der Anzahl der Verkehrstoten liegt Deutschland mit besonders niedrigen Zahlen in der Spitzengruppe der europäischen Länder.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Nicht mit Albanien zusammen!)

Von den Befürwortern eines Tempolimits auf Autobahnen wird häufig die Zahl der Getöteten auf die Netzlänge und nicht auf die Fahrleistung bezogen. Dies ist nicht haltbar. Die Unfallraten, also die auf die Kfz-Fahrleistung bezogene Unfallzahl – die Zahl der Unfälle je Milliarde Kfz-Kilometer –, ermöglichen einen objektiven Vergleich der Verkehrssicherheit auf dem klassifizierten Straßennetz der Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen.

In Baden-Württemberg werden auf den Autobahnen mit einer Länge von ca. 1 040 km – das sind 5 % der Netzlänge – 40 % der Jahresfahrleistung und auf den übrigen 95 % des klassifi-

(Ministerin Tanja Gönner)

zierten Straßennetzes 60 % der Jahresfahrleistung erbracht. Bei 1 Milliarde Fahrzeugkilometer verunglücken auf deutschen Autobahnen drei Verkehrsteilnehmer tödlich, auf allen anderen Straßen dagegen zehn. Die Autobahnen sind also, so gesehen, die sichersten Verkehrsstraßen in Deutschland.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich darf sagen, dass das als Grundlage für die Diskussion zu sehen ist.

Dies wiederum heißt keineswegs, dass wir aufgrund dieser Zahlen auf Bundesautobahnen keine oder geringere Anstrengungen unternehmen müssten, um die Zahl und die Schwere der Unfälle weiter deutlich zu reduzieren. Auch tun wir alles, um unsere Autobahnen noch sicherer zu machen.

Deswegen komme ich auf den zweiten Teil zurück, der, glaube ich, in diesem Zusammenhang weit intelligenter ist als die Diskussion über generelle Tempolimits. Denn um die Verkehrssicherheit weiter zu erhöhen, setzen wir in Baden-Württemberg auf die Nutzung von intelligenten Verkehrsleitsystemen und die gezielte Anordnung von örtlichen Geschwindigkeitsbeschränkungen auf stark belasteten Autobahnabschnitten, um so den Verkehr zu verflüssigen, die Leistungsfähigkeit der Autobahnen zu erhöhen und Staus zu vermeiden.

Lieber Herr Kollege Walter, Sie haben vorhin den Vorwurf erhoben, dass man hier nicht zuhöre. Nachdem Sie einen Satz zitiert haben, habe ich die gesamte Stellungnahme zu Ziffer 1 des Antrags noch einmal gelesen. Den Satz, den Sie zitiert haben, finde ich in unserer Stellungnahme nicht. Insofern ist es sicher nicht schlecht, wenn man versucht, entsprechend sorgfältig zu lesen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So viel zum intellektuellen Niveau!)

Es geht hier darum, dass der fließende Verkehr ein besonderes Gewicht hat. Gerade habe ich dargestellt, warum der fließende Verkehr von Interesse ist. Denn damit gelingt es, die Leistungsfähigkeit der Autobahnen zu erhöhen und auch Staus entsprechend zu vermeiden.

Intelligente Verkehrsleitsysteme tragen mit Geschwindigkeitsbegrenzungen und Überholverboten in Abhängigkeit von der aktuellen Verkehrslage zur Harmonisierung des Verkehrsablaufs und durch Gefahrenwarnung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei.

Ich glaube, jeder, der selbst unterwegs ist, kann das auch nachvollziehen. Er weiß, dass er dann entsprechend reagieren kann. Er weiß, dass auf den überdurchschnittlich belasteten Strecken entsprechend vorgegangen werden kann.

Untersuchungen belegen, dass auf Strecken mit Streckenbeeinflussungsanlagen bis zu 30 % weniger schwere Unfälle, bis zu 20 % kürzere Reisezeiten, eine bis zu 15 % höhere Leistungsfähigkeit und letztlich bis zu 20 % weniger Staus durch eine präventive Verlagerung des Verkehrs auf Alternativrouten erreicht werden können.

Der Vorteil liegt darin, dass es nur dann zu Verkehrsbeschränkungen kommt, wenn es die Situation erfordert. Ich glaube,

die Bürgerinnen und Bürger können erwarten, dass Verkehrsbeschränkungen abhängig von dem, was vom Verkehr her gefordert und erforderlich ist, angeordnet werden können. In den restlichen Zeiten wird keine Begrenzung geschaltet. So wird im Übrigen auch die Akzeptanz bei den Kraftfahrern erhöht.

Darüber hinaus lässt sich durch die gezielt angeordneten verkehrsrechtlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Staus und zur Verflüssigung des Verkehrs ein hohes CO₂-Einsparpotenzial erreichen. Dadurch lässt sich erreichen, dass es gelingt, zu einem fließenden Verkehr zu kommen, und nicht durch generelle Tempolimits.

Mit ca. 30 % der Autobahnrichtungsfahrbahnen – das wurde bereits angesprochen – sind bereits wesentliche Teile des baden-württembergischen Autobahnnetzes mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung von maximal 120 km/h belegt. Es sind insbesondere Bereiche wie Autobahnkreuze, von denen jeder weiß, dass es durchaus eine Herausforderung ist, diese zu befahren, aber auch Anschlussstellen, Gefäll- und Steigungsstrecken und Streckenabschnitte mit Unfallhäufungen, in denen hohe Geschwindigkeiten zu besonderen Gefährdungen führen. Klar ist – ich glaube, das überrascht niemanden –: Geschwindigkeitsbeschränkungen in Baustellenbereichen gehören mit dazu.

Der Sicherheit unserer Autobahnen dient neben den intelligenten Verkehrsleitsystemen insbesondere eine konsequente Verkehrsüberwachung. Grundsätzlich erfolgt bei der Geschwindigkeitsüberwachung ein Einschreiten bei Geschwindigkeitsverstößen der Verkehrsteilnehmer ab einer Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit um 6 km/h. Ziel dieses niederschwelligen Eingriffswerts – ich gebe zu, dass mancher Autofahrer ihn nicht als niederschwellig empfindet;

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig!)

aber natürlich ist es vor dem Hintergrund der Gewährleistung der Sicherheit der entsprechenden Teilnehmer ein niederschwelliges Einschreiten – ist es, Verkehrsunfälle mit Personenschaden mit der Unfallursache Geschwindigkeitsüberschreitung zu vermeiden und deren Zahl langfristig weiter zu senken.

Der Anteil der geschwindigkeitsbedingten Unfälle lag auf den baden-württembergischen Autobahnen im Jahr 2008 bei 54,82 %. Im Jahr 2004, also vier Jahre zuvor, lag der Anteil noch bei 61,73 %, sodass sich zeigt, dass es mit der Strategie einer zielgerichteten Geschwindigkeitsüberwachung in Verbindung mit einem konsequenten niederschwelligen Einschreiten gelungen ist, die Zahl der geschwindigkeitsbedingten Unfälle weiter zu senken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwischenzeitlich gibt es ein weiteres Thema, bei dem wiederum die Frage gestellt wird: Wie sieht es mit Tempolimits aus? Das ist die Lärmsituation.

Für die Beurteilung der Lärmsituation an bestehenden Bundesfernstraßen sind die den Straßenverkehr betreffenden Lärmschutz-Richtlinien-StV des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom November 2007 maßgeblich. Ein Einschreiten zum Schutz vor Verkehrslärm durch die Anordnung von Beschränkungen oder Verboten des flie-

(Ministerin Tanja Gönner)

ßenden Verkehrs setzt voraus, dass der Lärm Beeinträchtigungen mit sich bringt, die jenseits dessen liegen, was unter Berücksichtigung der Belange des Verkehrs im konkreten Fall als ortsüblich hingenommen werden kann.

Ich weiß, dass dies auch eine Formulierung ist, die im jeweiligen Einzelfall zu unterschiedlichen Auffassungen führt. Sie ist aber deswegen wichtig, weil man sich immer den klassischen ortsüblichen Bereich anschauen kann. Ich halte dies für wichtig.

Die Interessen der Anwohner sind gegenüber den Interessen des fließenden Verkehrs jeweils sorgfältig abzuwägen. Im Übrigen ist dabei auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Das ist ein Grundsatz, auf den man doch des Öfteren hinweisen sollte, weil er von Einzelnen gern vergessen wird

Auf Bundesfernstraßen, insbesondere auf Autobahnen, hat das Interesse des fließenden Verkehrs besonderes Gewicht, weil diese Straßen die Aufgabe haben, dichten Verkehr auch über längere Strecken zügig zu ermöglichen und das übrige Straßennetz – mit einer Vielzahl von Ortsdurchfahrten und Anwohnern direkt an der Straße – zu entlasten. Sie werden diese Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn möglichst wenige Beschränkungen vorhanden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit müssen sowohl hinsichtlich ihrer Wirkung, aber auch unter Berücksichtigung der damit verbundenen Einschränkungen und Belastungen ganzheitlich betrachtet werden. Ich sehe aufgrund der bislang bekannten Untersuchungen und Studien gegenwärtig keine Notwendigkeit zur Einführung eines generellen Tempolimits auf Bundesautobahnen.

Ich bekräftige die bisherige Haltung der Landesregierung, dort, wo konkrete Unfallhäufungen auftreten, streckenbezogene Tempolimits anzuordnen. Ferner verspricht sich die Landesregierung von der weiteren Verbreitung intelligenter Verkehrsleitsysteme größere Effekte für die Verkehrssicherheit.

Zusammenfassend: Wir sind für neue Überlegungen und Erkenntnisse offen, lehnen aber unreflektierte Pauschallösungen weiterhin ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bevor ich einem weiteren Abgeordneten das Wort erteile, möchte ich, nachdem es mir sogar schriftlich mitgeteilt wurde, darauf hinweisen, dass die Schnur, die am Landeswappen, vor allem über dem badischen Greifen, hängt, nicht bedeutet, dass das Wappen baufällig wäre. Das ist das Anschlusskabel eines Laptops, Herr Kollege. Einer der Journalisten hat diese Leitung hochgezogen. Es besteht keine Unfallgefahr. Darauf wollte ich nur hinweisen.

(Heiterkeit – Abg. Ursula Haußmann SPD zur CDU: Ihr habt Probleme!)

Für die Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Abg. Bachmann das Wort.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Unfallgefahr durch Schnüre am Greif gebannt ist, kommen wir zurück zur Unfallgefahr auf den Bundesautobahnen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Lieber Kollege Haller, Sie haben zu Recht immer wieder die Landesstraßen und die möglichen Fahrbahnbeläge angesprochen. Da wir aber auf diesen Landesstraßen dankenswerterweise ein Tempolimit von 100 km/h haben und Sie auch jedes Mal zu Recht sagen, dass dort, wo Schäden sind, diese berühmten Schilder "Achtung Straßenschäden" mit einer schön nachvollziehbaren Begründung aufgestellt sind, besteht hier, glaube ich, kein Handlungsbedarf.

Dann haben Sie darauf hingewiesen, dass Ihre Fraktion mehrheitlich ein Votum für Tempo 130, und zwar offenbar nicht als Richtgeschwindigkeit – das halten wir für richtig, für zielführend –, sondern als Höchstgeschwindigkeit beschlossen hat. Was soll man dazu sagen? Es gibt bei der SPD halt auch qualifizierte Minderheiten.

Bezüglich des Themas Sanktionen kann ich auf meine gestrige Rede verweisen. Es ist einfach so: Ein Verbot, das für den Fall, dass dagegen verstoßen wird, nicht mit Sanktionen untermauert ist, braucht man gar nicht erst auszusprechen. Dort, wo zu Recht Tempolimits bestehen, muss deren Einhaltung – die Ministerin hat es gerade erläutert – selbstverständlich auch kontrolliert werden.

Kollege Walter, die Ministerin hat Ihnen erklärt, dass die Gutachten fast aller Länder und auch der einschlägigen Unfallforschungsinstitute zu demselben Ergebnis kommen. Offenbar kommt nur ein Gutachten des Landes Brandenburg zu einem anderen Ergebnis.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es kommt immer darauf an, wer die Gutachten macht!)

Regelmäßig erläutern Ihnen viele, z. B. der Vizepräsident des Landtags, dass alle Gutachten zu Stuttgart 21 zu einem bestimmten Ergebnis kommen; nur das Gutachten von Vieregg-Rößler kommt immer zu einem anderen Ergebnis.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es gibt auch noch andere Gutachten!)

Ich will nicht entscheiden, ob Erich Fromm der hellste Kopf des 20. Jahrhunderts ist. Was soll ich dazu sagen? Gutachten aus Brandenburg, Gutachten von Vieregg-Rößler und Erich Fromm, das ist ein in sich geschlossenes Weltbild. Da bin ich sprachlos.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Aber einen Hinweis gestatten Sie mir noch. Sie hatten so nett angekündigt, Sie wollten zum Schluss kommen, und dann das Ende Ihrer Rede ein wenig hinausgezögert. Einer der vielleicht intelligentesten – ich denke schon, dass er mit Erich Fromm locker mithalten kann – und beliebtesten Oberbürgermeister des 20. Jahrhunderts, Manfred Rommel, hat einmal gesagt:

(Dietmar Bachmann)

Manche versprechen immer wieder, dass sie zum Schluss kommen

Viele von ihnen begründen das dann längere Zeit, manche fangen neue Abschnitte an. Rommel sagt weiter:

Die einfachste Form des Schlusses besteht darin, einfach aufzuhören.

Kollege Walter, das wollte ich Ihnen noch mitgeben.

Der Ministerin, der Landesregierung und der Kollegin Razavi möchte ich ausdrücklich danken. Es zeigt sich wieder einmal, wie einig wir uns in dieser Koalition sind, dass wir durch intelligente Verkehrsbeschränkung den Verkehrsfluss verstetigen, damit die Umwelt schonen und Staus vermeiden – die Ministerin hat noch einmal eindrucksvoll die Zahlen genannt –, CO₂ reduzieren und generelle Tempolimits deswegen aus besten Gründen auch für die Zukunft ablehnen.

Eine persönliche Anmerkung sei mir gestattet. Mein Auto fährt leider gar nicht viel schneller, als es das von der SPD mehrheitlich begehrte Tempolimit vorgibt, das Kollege Haller über sich ergehen lassen muss oder darf oder möchte. Aber es gibt Menschen – auch in unserer Fraktion –, die gern schnelle Autos fahren.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Der Justizminister!)

Es gibt Menschen, die in Fabriken arbeiten, die diese Autos herstellen. Ich finde, man sollte z. B. auch ein Herz für die Arbeiter bei Porsche haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Bei dem Antrag Drucksache 14/4758 handelt es sich um einen reinen Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass er mit dieser Debatte – auch mit Zustimmung der Fraktion der FDP/DVP – erledigt ist. – Das ist der Fall. Es ist so beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Gebühren und Ausfälle bei Landesbürgschaften – Drucksache 14/4761

Die Fraktionen sind auf Wunsch der Antragsteller übereingekommen, diesen Antrag ohne Aussprache für erledigt zu erklären. – Sie stimmen zu. Es ist so beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Forschungshäuser für die mittelständische Industrie an Hochschulen und Forschungseinrichtungen – Drucksache 14/4765

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort erteilen.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Innovationsrat, aber auch diejenigen, die an den Diskussionen im Wirtschaftsausschuss und an den öffentlichen Diskussionen bei den Industrieverbänden, besonders im Maschinenbau, beteiligt sind, weisen seit Jahren darauf hin, dass wir bei der Verbindung zwischen der Forschung in den wissenschaftlichen Einrichtungen einerseits und der Wirtschaft andererseits – ich sage jetzt nicht: ein Problem – einen Verbesserungsbedarf haben.

Das ist ein altes Problem, das immer wieder einmal mehr oder minder gut über neue Anläufe gelöst wird. Das Land Baden-Württemberg hat sich in dieser Hinsicht in der Vergangenheit sehr hervorgetan. Baden-Württemberg war das erste Bundesland, das Anfang der Achtzigerjahre die Steinbeis-Transferzentren ins Leben gerufen hat, und es hat, wenn ich es richtig weiß, auch als erstes Bundesland die Berufsakademien gegründet, und zwar Ende der Siebzigerjahre unter Ministerpräsident Lothar Späth.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Gegen den Widerstand der SPD!)

Beide Maßnahmen waren sehr innovativ.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gegen den Widerstand der SPD!)

Ich war damals selbst Professor an einer Fachhochschule und fand diese Maßnahmen sehr innovativ.

Seitdem allerdings, Herr Kollege Fleischer, ist es still geworden. Vergleichbare Innovationen in dem institutionellen Bereich zwischen Wirtschaft und Forschung haben wir seitdem nicht gesehen. Wir müssen auch sagen, dass die Berufsakademien natürlich keine Einrichtungen sind, die typischerweise Forschung betreiben. Sie betreiben, anders als die Fachhochschulen und natürlich die Universitäten, kaum Forschung.

Um die Steinbeis-Transferzentren ist es in den letzten Jahren auch stiller geworden. Sie arbeiten nach wie vor, sind aber, glaube ich – das muss jeder Beobachter so sehen; der VDMA jedenfalls, mit dem wir gesprochen haben, sieht es so –, an eine gewisse Grenze gelangt. Jedenfalls beheben sie das Problem nicht so, wie man es heute beheben muss.

Wir sehen im Weltmarkt, dass die Zeit, die zwischen Forschung, Forschungsinnovation und der Entwicklung marktfähiger Produkte vergehen darf, eher immer kürzer wird. Hier gibt es ein großes Problem.

Die FDP/DVP hat vor einiger Zeit eine Anfrage eingebracht. Sie ist vom Wirtschaftsministerium dahin gehend beantwortet worden, dass gerade der Mittelstand Forschungspersonal eher abbaut, heute also keine Forschungseinrichtungen, Forschungsabteilungen mehr unterhält. Die großen Unternehmen wie Bosch, ZF, Voith, SAP und Daimler tun dies selbstverständlich, aber beim Mittelstand ist dies weniger der Fall. In

(Dr. Rainer Prewo)

Betrieben mit weniger als 100 Mitarbeitern hat sich die Zahl der Mitarbeiter insgesamt um 2,7 %, der Umfang des FuE-Personals aber um 14 % verringert.

In dieser Situation haben wir uns – auch angeregt durch Gespräche mit Unternehmern und Unternehmensverbänden – überlegt, was man tun könnte. Meine Damen und Herren, im Grunde ist der vorliegende Antrag gänzlich unpolitisch. Wir haben uns nur Gedanken gemacht: Kann man etwas tun? Was kann man sich dabei an Neuem ausdenken?

Dabei sind wir aufgrund von Anregungen auf Folgendes gekommen: Der Transfergedanke geht gerade bei den Steinbeis-Konzepten immer davon aus, dass der erste Impuls des Neuen, der Innovation, der sozusagen die Brunnenstube der Kreation, des Kreativen ist, in der Hochschule, in der Wissenschaft steckt. Da kommt ein Professor mit einer guten Idee und sucht sich einen Unternehmer. Der Strom dieser Innovation geht also von der Wissenschaft zum Unternehmer.

Wir sind schließlich auf den Gedanken gekommen, zu fragen, ob dies in der Wirtschaft in der Praxis in sehr vielen Fällen – vielleicht nicht in allen – nicht gerade in umgekehrter Richtung verläuft und ob nicht die Brunnenstube des Kreativen vielmehr im Unternehmen, beim Unternehmer steckt. Er kennt nämlich den Markt, er kennt den Wettbewerb.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Er hat Ideen, was der Markt nachfragt und braucht. Er hat auch schon eine Idee, wie das Produkt aussehen müsste. Häufig handelt es sich um die Weiterentwicklung eines Produkts, das er schon herstellt.

In einem zweiten Schritt merkt der Unternehmer dann, dass er dazu die Dienstleistung einer forschenden Stelle benötigt. So müssen bestimmte Testverfahren entwickelt und bestimmte Materialien, die es so bisher nicht gibt, untersucht werden. Plötzlich merkt der Unternehmer, dass er in seinem Unternehmen an Grenzen stößt, obwohl er Ingenieure hat, die vielleicht vor fünf Jahren noch selbst an der Universität studiert haben, und er sagt: Ich brauche jetzt eigentlich sowohl gerätemäßig als auch personell und institutionell sozusagen die Intervention eines "piece of research", auf Deutsch: eines Stücks Forschung.

Deswegen haben wir gesagt: Die Universitäten und die Fachhochschulen sollen in einem eigenen Budgetkreis eine institutionelle Plattform anbieten – wir nennen das Forschungshaus – und dabei sogar Geld verdienen, also Erträge erwirtschaften. Das kann man bestens mit dem, was das Wirtschaftsministerium mit den Innovationsgutscheinen macht, koppeln. Diese kann man dabei nämlich einlösen. Man kann solche Einrichtungen aber natürlich auch grundständig unterstützen.

Die Universitäten und die Hochschulen können sich selbstverständlich auch spezialisieren. Sie können auch Geräte verwenden, die für die Grundlagenforschung vielleicht gar nicht mehr "up to date" sind, aber jederzeit für die anwendungsbezogene Forschung geeignet sind.

Bei dieser Idee geht es darum, den Gedankengang einmal umzukehren: Es ist das Unternehmen, das beginnt und das letztlich auch "den Hut aufhat". Das ist auch wichtig. Der Unternehmer muss mit dem Forschungshaus einen Vertrag schließen. Der Unternehmer kann sein eigenes Personal einbringen.

Er könnte auch lediglich die Geräte mieten. Er könnte sein eigenes Personal in die Arbeitsgruppe einbringen, er kann aber auch einen Auftrag an das Forschungshaus vergeben. Das Forschungshaus kann Doktoranden von der Universität eine Möglichkeit bieten, die Bedürfnisse einer mittelstandsorientierten Produktforschung kennenzulernen. Auch Masteraspiranten können dabei mitmachen. So kann auch ein entsprechender Personalübergang stattfinden.

Der Gedanke ist also, ob man auf diese Weise nicht beides stärker verzahnen und einen breiteren Strom des Austauschs organisieren könnte. Dieser Gedanke. ist in der Stellungnahme Ihres Hauses zu unserem Antrag, Herr Minister, leider beinahe völlig missverstanden worden. Im Antrag ist einmal der Begriff "Plattform" verwendet worden. Er ist sofort als Internetplattform eines Austauschgesprächs missverstanden worden, und darüber ist eineinhalb Seiten lang philosophiert worden. Das ist damit aber nicht gemeint, sondern er ist in dem Sinn gemeint, wie ich es gerade erläutert habe.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wer klar fragt, kriegt klare Antworten!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schütz für die Fraktion der CDU.

Abg. Katrin Schütz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Land kann heute auf eine sehr turbulente Phase seiner Wirtschaftsgeschichte zurückblicken. Trotz der Rezession hat die baden-württembergische Wirtschaft weder an Innovationskraft noch an Leistungskraft verloren und auch nichts an internationaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Der Motor für diese hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist unser Mittelstand. Die Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft war und ist deshalb ein wichtiger Grundpfeiler unserer Wirtschaftspolitik.

Ein besonderes Augenmerk richten wir hierbei stets auf die Stärkung der Innovationsfähigkeit. Wir stimmen mit dem Antragsteller darin überein, dass das Land ein günstiges Umfeld für innovative und international wettbewerbsfähige Forschung und wirtschaftlich relevante Innovationen schaffen muss. Dies tut es nachweislich auch.

Innovationspolitik ist nach dem Verständnis der Landesregierung jedoch eine umfassende Politik. Das Ziel besteht darin, innovatives Wissen und dessen Transfer in wirtschaftliche Entwicklung und kommerzielle Nutzung mit geeigneten Maßnahmen zu stimulieren und zu fördern und solche Entwicklungen in ihren Abläufen zu optimieren. So wurde, wie heute Morgen schon erwähnt, Ende 2007 ein Innovationsrat einberufen, dessen Abschlussdokumentation nun vorliegt. Dieses Beratungsgremium der Landesregierung soll dazu beitragen, die führende Rolle Baden-Württembergs als Innovationsmotor Deutschlands zu sichern und zu festigen und neue Impulse für Produktivität und Beschäftigung zu geben.

Der Förderung und dem Ausbau von Clusterinitiativen kommt ebenfalls eine große Bedeutung zu. In Baden-Württemberg gibt es derzeit über 100 regionale Clusterinitiativen.

Speziell für kleine und mittlere Unternehmen wurden verschiedene Fördermaßnahmen ergriffen, damit diese noch stär(Katrin Schütz)

ker auf Forschung, Entwicklung und Innovation setzen. Beispielsweise ist Baden-Württemberg das erste Bundesland, das Innovationsgutscheine an kleine und mittlere Unternehmen ausgibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Mithilfe dieser Gutscheine können sich Unternehmen bei Innovationsprojekten Unterstützung am internationalen und nationalen Forschungsmarkt einkaufen.

Wir sehen darüber hinaus klar die Notwendigkeit, den Zugang von mittelständischen Unternehmen zu öffentlich geförderten Forschungskapazitäten stetig weiter zu verbessern und barriereärmer zu gestalten. Die sehr stark divergierenden Bedürfnisse von KMU erfordern ein differenziertes, nach den jeweiligen Anforderungen zugeschnittenes System an Maßnahmen und Einrichtungen. Diesem Umstand wurde von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen hierzulande auf vielfältige Art und Weise auch Rechnung getragen.

Im Hochschulbereich dienen derzeit 23 Fachhochschulen als regionale Innovationsmotoren für die mittelständische Wirtschaft. Hier steht die produktnahe Anwendungsforschung im Vordergrund. Nicht weniger als 28 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bilden hier die Brücken zwischen der Grundlagenforschung, der anwendungsorientierten und der wirtschaftsnahen Forschung und der technischen Entwicklung von Produkten und neuen Produktionsverfahren in gewerblichen Unternehmen.

Als effiziente Einrichtung zur Beschleunigung des Transfers von Forschungsergebnissen in die Unternehmen hat sich die Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung bewährt. Ihre Zentren und Institute bieten Technologie- und Wissenstransfer in Form von Forschung und Entwicklung, Gutachten, Analysen, Beratung sowie Aus- und Weiterbildung an.

Ein Großteil der für die Forschungshäuser skizzierten Aufgaben wie z. B. Auftragsforschung wird von den beschriebenen Einrichtungen aber bereits heute erbracht. Es bestehen also nachweislich erhebliche Kapazitäten für den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft.

Der rechtliche Rahmen für die Durchführung von Projekten der KMU und für die Nutzung der Ressourcen von Forschungseinrichtungen ist ebenfalls bereits heute gegeben. So können z. B. Ressourcen der Institute für angewandte Forschung an Fachhochschulen schon jetzt gegen Kostenerstattung auch von Unternehmen genutzt werden.

Zusammenfassend können wir also feststellen, dass der eingeschlagene Weg gut strukturiert ist und eine erfolgreiche Innovationspolitik begünstigt. Wir setzen weiterhin auf die Umsetzung der angestoßenen wegweisenden Initiativen, auch des Innovationsrats. Hier gilt es, die Arbeit zur Stärkung der Innovationsfähigkeit in unserem Land kontinuierlich fortzusetzen. Gleichzeitig achten wir aber auch darauf, dass die vorhandenen Ressourcen effizient genutzt werden und die Kommunikation zwischen KMU und Forschungseinrichtungen weiterhin gut gedeiht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Bauer für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Haus herrscht, glaube ich, Einigkeit über die Aufgabe, um die es hier geht, nämlich dafür zu sorgen, dass mittelständische Unternehmen einen möglichst guten Zugang zu öffentlich geförderten Forschungskapazitäten erhalten. Dieser Zugang ist ständig zu verbessern und auszubauen. Es ist dafür zu sorgen, dass die vorhandenen Barrieren abgebaut werden, sodass die Kommunikation immer besser wird. Davon lebt unsere Wirtschaft. Wir wissen, dass das kein Selbstläufer ist, sondern dass die Politik durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen etwas dafür tun muss. So weit herrscht sicher Einigkeit über alle Fraktionen hinweg.

Wir wissen auch, dass kleine und mittelständische Unternehmen häufig nicht die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Haus vorhalten können, sodass sie in besonderer Weise darauf angewiesen sind, Zugang zu dem Forschungs-Know-how in unserem Land zu haben.

Kollegin Schütz hat es eben schon ausgeführt: Wir haben in diesem Bereich ein breites Angebot im Land – es ist auch, glaube ich, nicht das schlechteste Angebot –, um für kleine und mittelständische Unternehmen etwas zu bieten. Es gibt das neue Technologielizenzbüro der Hochschulen, das hier eine wichtige Rolle spielen kann. Es gibt die Zentren für angewandte Forschung an den Fachhochschulen. Es gibt die Institute für angewandte Wissenschaft. Es gibt die Steinbeis-Zentren. Es gibt die Innovationsgutscheine, und es gibt noch einiges mehr. Insofern besteht, glaube ich, eher das Problem, dass aufgrund der Vielfalt und Vielzahl unterschiedlicher Ansätze Unübersichtlichkeit und Doppelstrukturen entstehen können. Daher sollte einmal darüber nachgedacht werden, ob man mehr Transparenz und Klarheit in der Art der vorgehaltenen Angebote schaffen kann.

Die SPD hat in ihrem Antrag den Vorschlag gemacht, eine weitere Innovation institutioneller Art in Form von Forschungshäusern auf den Weg zu bringen. Die Frage ist: Ist das eine gute Lösung für die von allen anerkannte Aufgabe?

Ich glaube, es lohnt sich, zu schauen, was die beiden Beratungsinstitutionen, die in letzter Zeit zu diesem Thema befragt wurden, hierzu zu sagen haben. Denn vor Kurzem ist eine Studie von McKinsey über die Innovationspolitik des Landes vorgelegt und der Bericht des Innovationsrats in gedruckter Form veröffentlicht worden. Beide Institute befassen sich auch mit dieser Fragestellung. Beide Institute schlagen – wenn ich es richtig gelesen habe – eine solche Einrichtung nicht vor, sondern haben eigentlich einen anderen Fokus auf das Problem.

McKinsey hat eher den Ansatz, zu sagen: Wir brauchen landesweit so etwas wie eine einheitliche Anlaufstelle. Das muss mehr sein als eine Internetplattform oder eine Datenbank. Da muss vielmehr das Know-how sitzen, da müssen Leute sitzen, die verstehen, was gebraucht wird, und die maßgeschneidert die richtigen Kontakte herstellen und maßgeschneidert die richtigen Lösungen erarbeiten können. Eine solche einheitliche Anlaufstelle könnte man mit einer Politik kombinieren, die über Zielvereinbarungen und entsprechende Förderinstrumente begünstigt, dass Hochschulen in diesem Bereich aktiv werden, dass sie noch aktiver werden, als sie es bislang sind.

(Theresia Bauer)

Der Innovationsrat hingegen legt Lösungsvorschläge vor, die noch stärker auf Personen setzen. Er sagt z. B.: Wir brauchen für unsere Hochschulen mehr professionelle Berater, die verstehen, was die Bedürfnisse und Anliegen von Unternehmen sind, die die Übersetzungsarbeit und die Kontaktarbeit leisten können. Wir brauchen Weiterbildung in den Hochschulen, damit die Hochschulen wissen, welche ihrer Forschungsergebnisse auch kommerziell verwertbar sind. Wir brauchen Programme, die Wissenschaftler, Professoren, Nachwuchskräfte in die Unternehmen holen, sodass eine bestimmte Phase ihrer Ausbildung auch in Unternehmen stattfinden kann, damit unternehmerisches Denken gefördert wird.

Solche personenorientierten Ansätze sind auch sehr spannend, aber sie basieren auf einer anderen Idee als das Konzept der Forschungshäuser.

Ich meine, dass man sich der Frage, welche Formate den kleinen und mittelständischen Unternehmen wirklich helfen, verstärkt widmen muss. Ich bin skeptisch, wenn es heißt, dass eine nebendran bestehende, weitere Institution weiterhelfen würde. Ich fände es eigentlich besser, man würde eine einfache Anregung des Innovationsrats aufgreifen, der sagt: Auch Innovationspolitik braucht Nachhaltigkeit und Strukturen, die andauern und über den Tag hinausweisen.

Der Innovationsrat hat vorgeschlagen, einen ständigen Innovationsrat als unabhängige Einrichtung einzuführen, die begutachten kann, die rückmelden kann, die überprüfen kann, ob man vorankommt. Zur Begleitung dieses Innovationsrats soll jährlich ein Innovationsbericht veröffentlicht werden, der Gelegenheit zur öffentlichen Auseinandersetzung über die Frage bieten kann, wie denn das Land mit seiner Innovationspolitik vorankommt.

Ich finde, das sind gute Ansätze. Sie würden auch nicht ausschließen, dass man irgendwann einmal eine Art Forschungshaus ins Leben ruft. Wichtig fände ich vor allem, dass man die vielen Vorschläge, die es gibt, qualifiziert bewertet und danach sortiert, an welchen Punkten man ansetzen und wo man etwas umsetzen will. Denn an Vorschlägen mangelt es nicht; es mangelt eher an der Bereitschaft, die vielen Vorschläge so zusammenzuführen, dass am Ende tatsächlich etwas Konkretes dabei herauskommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Idee, den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft, insbesondere zu kleinen und mittleren Unternehmen, zu verbessern, ist goldrichtig. Sie ist aber nicht ganz neu. Vor allem ist diese Idee bereits erfolgreich umgesetzt.

Lieber Kollege Prewo, die Mischung macht's. Unser Land gehört mit einem Anteil der Forschungsausgaben von 4,4 % am Bruttoinlandsprodukt zu den Regionen, die weltweit am meisten in Forschung und Entwicklung investieren. Die Forschungsergebnisse werden bereits heute über ein exzellent ausgebautes Netz von Transfereinrichtungen – die Kollegin

Schütz und die Kollegin Bauer haben es bereits erwähnt – schneller als andernorts in neue, attraktive Produkte umgesetzt

Zum einen sind es die Universitäten und Hochschulen selbst, die in enger Verzahnung mit der Wirtschaft forschen. Im Bericht des Innovationsrats sind Ihnen bestimmt die Musterverträge für Auftragsforschung und für Kooperationsforschung aufgefallen.

Auch die bei uns ansässigen Institute der Spitzenforschung, wie etwa die Max-Planck-Institute, arbeiten eng mit der Wirtschaft zusammen, um ihre Grundlagenforschung auch in Produkte umwandeln zu können.

Besonders wichtig für kleine und mittlere Unternehmen sind die vom Bund und vom Wirtschaftsministerium des Landes gemeinsam grundfinanzierten Forschungseinrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt. Allein im Jahr 2009 hat das Wirtschaftsministerium in diesen Instituten Investitionen von weit über 100 Millionen € möglich gemacht.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Steinbeis-Gesellschaft, die sich den Technologietransfer aus den Fachhochschulen in die Wirtschaft zur Aufgabe gemacht hat. Baden-Württemberg setzt mit dieser Gesellschaft seit Jahrzehnten Akzente – Kollege Prewo hat es erwähnt –, und andere Länder folgen unserem Beispiel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur weil wir spitze sind, ist es durchaus nicht so, dass wir nicht besser werden wollen. Deshalb hat die Landesregierung den Innovationsrat eingesetzt, der, besetzt mit einer großen Anzahl von Spitzenkräften, Empfehlungen zur Verbesserung unseres bereits hervorragend funktionierenden Systems ausgearbeitet hat.

Der Innovationsrat hat vor allem empfohlen, bewährte Instrumente wie "Industry on Campus" sowie die Verbund- und Kooperationsforschung auszuweiten. Auf seine Anregung geht auch das MINT-Programm zurück, dank dessen während der Wirtschaftskrise junge Ingenieure in Wirtschaft und Wissenschaft erfolgreich beschäftigt und diese Köpfe so im Land gehalten werden konnten. Der Wissenschaftsminister hat gestern noch einmal dargelegt, wie erfolgreich dieses Projekt abgeschlossen werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Idee einer Verbesserung des Technologietransfers aus den Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen gerade auch zu kleinen und mittleren Unternehmen ist wichtig. Sie ist wahrlich nicht neu. Sie ist so erfolgreich umgesetzt worden, dass Baden-Württemberg eine Spitzenstellung einnimmt.

Was deshalb wirklich nicht erforderlich ist, ist die Errichtung von Forschungshäusern. Lieber Kollege Prewo, Ihrem Antrag und Ihren heutigen Ausführungen entnehme ich, dass Sie in diesen Häusern eigenes Personal einsetzen wollen und dass dieses Personal mit eigenen zusätzlichen Sachmitteln ausgestattet werden soll. Es gibt drei gute Gründe, die dafür sprechen, dieses Konzept nicht zu verwirklichen.

Erstens: Das Wissen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist in deren Köpfen. Der effektivste Wissenstransfer ist dann möglich, wenn die Forscher selbst mit den Entwick-

(Dietmar Bachmann)

lern aus der Industrie den Wissenstransfer durch Kooperation durchführen. Weiteres Personal, das zwischengeschaltet wird, verzögert und erschwert diesen Prozess nur.

Zweitens: Der Wissenschaftsminister hat gestern in einem anderen Zusammenhang bereits darauf hingewiesen, dass wir mit Blick auf die nächste Generation möglichst wenig Schulden hinterlassen wollen. Wenn wir also Geld in Forschungshäuser investieren und neue Institute errichten, dann fehlt entweder das Geld an anderer Stelle, oder wir machen neue Schulden. Das Geld würde dann vermutlich in den Bereichen fehlen, in denen es heute bestens investiert ist, nämlich bei Steinbeis und anderen bestehenden Instituten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Drittens: Kollege Prewo, das Konzept ist doch längst verwirklicht. Was ist denn "Industry on Campus" anderes als ein Forschungshaus für ein ganz spezielles Projekt? Was ist denn ein Steinbeis-Transferzentrum anderes als ein Forschungshaus? Was ist denn eine Kooperationsforschung in einem Institut der Hochschule gemeinsam mit Wirtschaftsvertretern und Wissenschaftlern anderes als ein Forschungshaus?

Der große Vorteil sämtlicher Projekte ist, dass die Drittmittel aus der Industrie unmittelbar in neue Geräte und Köpfe in den Instituten unserer Hochschulen fließen und das Wissen aus den Instituten unserer Hochschulen unmittelbar – ohne Zwischenschaltung einer weiteren Institution – den Unternehmen zugutekommt. Deswegen sind wir heute so erfolgreich. Was kann es also Besseres geben? Lassen wir es also so, wie es ist, und bauen wir diesen erfolgreichen Weg weiter aus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Minister Professor Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Zunächst einmal eine technische Frage. Eine meiner Vorrednerinnen oder einer meiner Vorredner hat hier ein sehr wertvolles Stück hinterlassen.

(Der Redner hält einen Kugelschreiber hoch. – Abg. Peter Hofelich SPD: James Bond! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD meldet sich. – Der Redner übergibt den Kugelschreiber an Abg. Dr. Rainer Prewo SPD.)

Ich dachte, es wäre die Anzahlung auf ein Forschungshaus gewesen.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine Wissenschaftsgesellschaft lebt in der Tat – davon leben auch wir – von der engen Verzahnung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, den Unternehmen und der Wirtschaft. Einer meiner Grundsätze im Sinne eines ceterum censeo ist aber: Die Wissenschaft lebt in ihrer Beständigkeit von der Grundlagenforschung. Wenn wir über die Wertschöpfungskette von Forschung diskutieren, sollten wir immer daran denken: Wir dürfen die Grundlagenforschung, aus der letztlich alles kommt, was anwendungsnah und verwertbar in Produkten

oder Dienstleistungen ist, nicht zugunsten des Endes der Wertschöpfungskette vernachlässigen.

Time to market und anderes sind alles sehr wichtige Aspekte, aber im Grunde genommen ist die Idee von Forschung in der Universität die Basis unserer Kreativität. Dies endet mit möglichst weltmarktwettbewerbsfähigen Produkten. In der Tat gibt es für die Verzahnung von Unternehmen und Wirtschaft mit Hochschulen und Wissenschaft vielfältige Ansätze. Es stellt sich die Frage, ob man einen weiteren braucht oder ob wir ihn nicht auch schon haben.

Das fängt mit Forschungsprojekten, mit gemeinsam betreuten Dissertationen und mit Bachelor- und Masterarbeiten zwischen Unternehmen und Lehrstühlen an. Denn viele der Verantwortlichen in unseren Unternehmen kommen als Köpfe von den Hochschulen. Das ist übrigens die beste Verbindung, die wir herstellen können. Das Beste ist, wenn diese Köpfe auch noch besonders gut sind.

Wir haben auch noch die Institution der Fraunhofer-Institute. In keinem Land gibt es eine so dichte Infrastruktur von Fraunhofer-Instituten wie bei uns. Sie sind geradezu prädestiniert, Forschung gemeinsam mit Unternehmen zu betreiben. Sie müssen sich die Hälfte ihrer Einnahmen durch Kooperationen mit Unternehmen in Forschung und Entwicklung verdienen. Ein Beispiel ist das Zentrum KITe hyLITE in Pfinztal bei Karlsruhe für die Entwicklung von Leichtbauautomobilen. Das ist sozusagen das Gegenstück zur Elektromobilität.

Dann ist das Land mit über 400 Steinbeis-Zentren vorbildlich. Es mag still darum geworden sein, weil das jetzt keine Innovation ist, aber die arbeiten alle sehr gut. Man kann auch sagen: Wenn es um Steinbeis-Zentren etwas still geworden ist und sie gut arbeiten und kleine und mittlere Unternehmen gerade mit den Fachhochschulen, also den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, gut verzahnt sind, dann ist das etwas, was es in dieser Ausprägung in keinem anderen Land gibt

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann kann man sich jetzt inhaltlich darüber unterhalten, ob "Industry on Campus"-Projekte so etwas wie Forschungshäuser sind oder nicht. Ich will vor allem sagen: Was wir nicht wollen, ist, sozusagen ein Haus hinzustellen, in Vorleistung zu treten, ohne zu wissen, wie man dieses Haus füllt. Vielmehr muss die Interaktion, das Zusammenkommen zwischen den Unternehmen sowie der Wissenschaft und der Forschung eigentlich vorher geschehen. Da muss man gemeinsam entwickeln, welche Strukturen man schafft, um gemeinsam zu forschen und zu arbeiten. Das ist oft auch temporär, denn eine solche Zusammenarbeit kann immer auch irgendwann enden. Wir wollen weder ein leeres Haus haben, bevor jemand einzieht, noch wollen wir ein leeres Haus, aus dem alle ausgezogen sind und niemand mehr weiß, wer dort einziehen könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

"Industry on Campus"-Projekte sind nicht Ausgründungen im eigentlichen Sinn, sondern echte gemeinsame Labors wie das Labor CaRLa auf dem Campus der Universität Heidelberg. (Minister Dr. Peter Frankenberg)

Aber wir haben auch dort gerade wieder mit dem Beispiel Heidelberg Häuser, in denen viele Firmen mit der Universität, und zwar auch verschiedenen Universitätsinstituten, auf das Engste in Forschung und Entwicklung zusammenarbeiten.

Als Beispiel nenne ich das Heidelberg Collaboratory for Image Processing. Das kann man jetzt Forschungshaus nennen, weil da eine Menge Firmen mit vielen Universitätsinstituten kooperieren, auch in einer gewissen Flexibilität. Aber das ist erst entstanden, nachdem beide Seiten übereingekommen waren: Wir machen das, wir haben gemeinsame Interessen, wir haben gemeinsame Forschungsziele, und wir haben im Grunde genommen auch genügend gemeinsame kritische Masse, um ein solches gemeinsames Zentrum zu errichten.

Von Fall zu Fall sind wir derzeit dabei, solche Zentren zu errichten, in die jetzt nicht nur die großen Unternehmen einziehen – wie BASF oder, z. B. in Karlsruhe, beim Projekthaus "e-drive" Daimler –, sondern Häuser, in denen wir sozusagen kleine und mittlere Unternehmen sammeln und die in gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprojekten gerade mit den KMUs arbeiten. Aber an der Basis entsteht im Grunde genommen dieses ganze Konzept durch die Initiative derer, die dort zusammenkommen und zusammenfinden sollen und sich zusammenfinden wollen.

Nun muss man sehen, dass gerade auch der Spitzenclusterwettbewerb eine ideale Plattform für die Kooperation – jetzt wieder im großen Sinn – in sehr innovativen Feldern zwischen der Wissenschaft und den Unternehmen ermöglicht. Es gibt zwei solcher Spitzencluster an der Universität Heidelberg, im Bereich der Biotechnologie und im Bereich von Organic Electronics. Wir müssen auch sehen, dass diese Kooperation nicht nur für die Technologien entsteht, die schon da sind, sondern dass solche Forschungskooperationen geradezu geeignet sind für Zukunftstechnologien, die Unternehmen nicht allein erforschen können, weil man nicht weiß, wann sie sozusagen marktreif sind. Das gilt etwa gerade für das Gebiet von Organic Electronics, also einer völlig neuen Art, Elektronik im Grunde genommen zu drucken. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass dort von den Materialien her BASF und von der Drucktechnik her Heidelberger Druck in diesem Spitzencluster zusammenarbeiten.

Schließlich haben wir als dritten Teil der Systematik die Einbeziehung von Unternehmen in Forschung und Entwicklung, der Hochschulen unter Einbeziehung der Lehre an den Hochschulen. Das sind zwei Projekte, die derzeit im Umfeld der Universität Stuttgart mit den Fachhochschulen in Reutlingen und Esslingen stattfinden. Dabei geht es um zwei Themen: Das eine ist Leistungselektronik, also durchaus ein "Industry on Campus"-Projekt, das andere ist Hybridtechnologie, auch ein "Industry on Campus"-Projekt. Verbunden damit sind zwei Graduiertenschulen - mit dem positiven Effekt, dass diese Graduiertenschulen die Graduierten der Fachhochschulen und der Universität zu gleichen Teilen in einem gemeinsamen Promotionsprogramm zusammenführen. Das heißt, wir haben dort nicht nur Wissenschaft und Wirtschaft zusammengeführt, sondern, was gelegentlich nicht einfacher ist, die beiden Hochschularten in einem gemeinsamen Haus nicht nur zu gemeinsamer Forschung, sondern auch zu gemeinsamer Doktorandenausbildung zusammengeführt.

In der Tat haben wir, um auch noch den gesamten Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen mit ihren Wünschen und Anliegen in einer offenen Plattform mit den Angeboten der Wissenschaftsseite zusammenzuführen, auf Initiative des Innovationsrats diese interaktive Kommunikationsplattform errichtet, bzw. wir sind dabei, sie zu errichten. Die Frage ist, wie viel Service man daneben hat – also Personalservice –, um wirklich eine Plattform für diejenigen zu haben, die suchen, aber noch nicht wissen, wen sie denn suchen. Im Grunde genommen ist das eine Art Ehevermittlung, aber temporär.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wer natürlich sagt: "bis dass der Tod euch scheidet", weiß, dass auch das temporär ist.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber die Verbindung von Unternehmen und Hochschulen sollte nicht nach dem Motto "Bis dass der Tod euch scheidet" geschehen, sondern nach dem Motto "Bis euch eure gemeinsamen Ideen ausgegangen sind".

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Bis die Firma tot ist!)

Wir glauben, dass wir in der Tat keine neue Strukturen brauchen. Wir haben genügend Strukturen. Ich bin auch dafür, dass wir eine Vielfalt von Strukturen haben. Wir haben bei den "Industry on Campus"-Projekten dadurch, dass viele Unternehmen in ein System eingebunden werden können, im Grunde genommen ein System mit offenen Häusern. Deshalb sehe ich nicht, wo wir noch Bedarf an zusätzlichen Strukturen hätten. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass die existierenden Strukturen funktionieren und dass wir sie ausweiten. Ich glaube, wir haben für alle Formen der Kooperation Möglichkeiten geschaffen. Diese sollten wir nutzen. Ich glaube aber auch, dass die Unternehmen wie auch die Hochschulen inzwischen noch viel offener für solche Kooperationen sind, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Prewo.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, die meisten dieser Einrichtungen sind mir bekannt. Es gibt viele Formen dieser, wie Sie sagen, "Ehevermittlung" von Forschung und Wissenschaft.

Aber es bedarf auch einer gewissen Systematisierung. Es geht nicht darum, eine neue staatliche Organisation zu schaffen, sondern es geht darum, dass die Hochschulen die Möglichkeit bekommen, in einem eigenen Budgetkreis auch Geld damit zu verdienen, indem sie solche Dinge anbieten.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das machen sie über die Steinbeis-Stiftung!)

Es geht nicht darum, eine Institution zu schaffen, die dem Mittelstand Forschung anbietet, sondern es geht umgekehrt darum, aufzugreifen, was aus der Industrie kommt. Es geht um Dienstleistungsangebote – also keine industriellen Vermischungen, Sponsoring oder industrielle Trägerschaft. Es kann sich sogar z. B. in einem relativ späten Stadium einer Produktentwicklung etwa auf dem Sicherheitsgebiet Bedarf für

(Dr. Rainer Prewo)

weitere Forschungen ergeben. Die Tatsache, dass es bereits einiges gibt, was in diese Richtung weist, ist kein Kontraargument, sondern ein Proargument. Auch damals, als die Steinbeis-Transferzentren gegründet worden sind, hat es längst einzelne Professoren gegeben, die sich an mittelständische Betriebe gewandt hatten. Im Grunde genommen hatte man dann diese Steinbeis-Zentren als eine Systematisierung dieses interessanten Ansatzes gegründet.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Minister, anscheinend glauben Sie noch immer, dass das Neue wirklich immer in der Forschung ansteht. Ich will Ihnen ein schönes Gegenbeispiel nennen: Sie kennen den Ausdruck "Lean Production". Als dieser um die Welt ging, gab es eine Veröffentlichung von der Harvard Business School. Tatsache aber war: In den ganzen Managementschulen war man nie auf den Gedanken flacher Hierarchien gekommen, sondern es waren zwei Leute aus der Harvard Business School. Diese waren zwei Jahre lang in Japan bei Toyota und haben deren tatsächlich funktionierende Fertigungsstrukturen untersucht, sind zurückgekommen und haben es dann in die Lehrprogramme der Harvard Business School inkorporiert und untersucht.

Das Neue entsteht viel öfter, als wir denken, in den unternehmerischen Strukturen, die direkt am Markt arbeiten, als in den etablierten Wissenschaftsinstituten. Dieses Momentum sollte man aufnehmen, indem man dafür eine Möglichkeit schafft, und nicht, indem man dafür in großem Umfang Staatsgelder ausgibt.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir müssen nun über den Antrag Drucksache 14/4765 befinden. Wünschen Sie Abstimmung?

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Nein, keine Abstimmung!)

- Keine Abstimmung? Soll der Antrag an den Ausschuss überwiesen oder für erledigt erklärt werden?

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Es ist alles gesagt!)

– Dann dürfen wir den Antrag Drucksache 14/4765 für erledigt erklären. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

- a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Sportunterricht in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4461
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Schulsportmentoren in Baden-Württemberg – Drucksache 14/6757

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu b fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten, und für das Schlusswort zu a fünf Minuten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Neuenhaus für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sport bewegt die Menschen, und zwar nicht nur im Sinne dessen, was gesund für den Einzelnen ist, sondern auch im Sinne von Gemeinschaftsbildung und Toleranz, was gesund für die Gesellschaft ist.

Warum erneut ein Antrag zum Thema Schulsport? Aus Sicht der Fraktion GRÜNE gibt es viele gute Gründe, das Thema Schulsport in seiner Quantität und Qualität endlich mit der notwendigen Ernsthaftigkeit zu behandeln.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Habt ihr das bisher nicht ernsthaft getan?)

– Wir schon. – Der Schulsport ist angesichts der Tatsache, wie defizitär der Bewegungsstatus von Kindern und Jugendlichen heute ist, von großer Bedeutung. Denn er liefert einen wichtigen Beitrag zur gesunden Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen und ist essenziell, um den vielfältigen gesundheitlichen Gefährdungen durch Bewegungsmangel, körperliche Fehlbelastung und Stress bei Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken.

Daher muss er in schulischen Lehrplänen in ausreichendem Umfang vertreten sein. Deshalb und vor dem Hintergrund einer notwendigen und überfälligen Ausweitung der Ganztagsschule fordern wir Grünen, Sport und Bewegung in ausreichendem Maß im Unterrichtsalltag der Schülerinnen und Schüler zu verankern. Dies ist bislang absolut unzureichend gewährleistet, und es hapert vor Ort an der Umsetzung aufgrund einer fehlenden Krankheitsvertretung und eines Lehrermangels.

Im Wesentlichen geht es um drei Punkte: Das ist erstens der fachfremde Unterricht, insbesondere an den Grundschulen. Warum er besonders fatal ist, werde ich nachfolgend darstellen. Zweitens geht es um die Forderung nach einer täglichen Sportstunde. Warum sie besonders wichtig ist, werde ich nachfolgend darlegen. Drittens werde ich nachfolgend ausführen, warum Fächerverbünde besonders schlecht sind.

Zum ersten Themenkomplex: "Hilfe, der Hausmeister muss Sportunterricht erteilen", so lauten die Schlagzeilen vor Ort. Der eine nimmt dies ernster, der andere nimmt dies weniger ernst:

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

"Ach, das ist ja nur Sport." Meine Damen und Herren, hier beginnt der wesentliche Denkfehler.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es gibt auch gute Hausmeister, die in Sportvereinen aktiv sind!)

Das darf so nicht hingenommen werden. Die Landesregierung steht in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass jedes Grundschulkind und jeder Schüler einer weiterführenden Schule systematisch und regelmäßig Sportunterricht durch eine dafür qualifizierte Lehrkraft erhält.

(Beifall der Abg. Sabine Fohler SPD)

(Ilka Neuenhaus)

Gerade im Alter zwischen sechs und zehn Jahren, wenn die Kinder am aktivsten sind, sollen sie gefälligst ruhig sitzen.

Mit sieben Jahren haben manche Mädchen 1 000 Bewegungen, andere über 2 500 Bewegungen. Wenn man jetzt noch die jungen Knaben dazunimmt, erkennt man, dass sich die Situation noch schlimmer darstellt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bei denen wird es richtig schlimm!)

Sie haben zwischen denjenigen Kindern, die sich am wenigsten bewegen, und den Kindern, die sich am meisten bewegen, einen Unterschied um den Faktor 4. Diejenigen, die "ganz oben" stehen, gefallen uns nicht. Meine Damen und Herren, oftmals wird hier auch zu Mitteln gegriffen, über die wir hier gar nicht diskutieren, die aber für die Kinder sicherlich auch mit langfristigen Schäden verbunden sind.

Auch in Baden-Württemberg findet der Sportunterricht oftmals fachfremd statt. Das von der Landesregierung präferierte Klassenlehrerprinzip ist trotz schulpädagogischer Vorteile für das Fach Sport zu durchbrechen. Der Sportunterricht braucht kompetente Lehrer, die über einen sportlichen Kontext sowohl im theoretischen als im auch praktischen Bereich verfügen, Lehrerinnen und Lehrer, denen die Bewegungswelten von Kindern vertraut sind und die auch konkrete Umsetzungsfähigkeiten aufweisen.

Es ist ja nicht nur so, dass schlechter Sportunterricht auch die Gefahr von Verletzungen mit sich bringt. Vielmehr können durch die Erteilung schlechten Sportunterrichts bei den Kindern anhaltende psychische Schäden entstehen. Hierzu hat der Direktor des Tübinger Instituts für Sportwissenschaft

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist bei mir!)

seine neue Studie dargelegt. Er nennt sie "Vorteile einer bewegten Kindheit" und benennt darin die erhebliche soziale Funktion des Sports: Fehlt der Sportunterricht, dann fehlt den Kindern die Möglichkeit, sozial zu lernen und Ausgrenzungsprozessen entgegenzusteuern. Im Grundschulalter hegen Kinder untereinander durchaus schon Tendenzen, zu stigmatisieren, wenn ein Mitschüler zu dick oder zu unbeweglich ist. Gerade hier kommt dem Sport eine wichtige Aufgabe zu, und zwar nicht nur die, die Gesundheit zu fördern, sondern auch die, durch gemeinsame Bewegung Vorurteile abzubauen und soziale Integration zu gewährleisten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir sollten nicht klagen und Umstände monieren, für die die Kinder selbst nichts können. Denn wir tragen die Verantwortung, Bewegung und Sport in den Lebenswelten der Kinder zu verankern und im Kindergarten und in der Grundschule den Ansatz dafür zu legen, dass sie eine positive und motivierende Erfahrung im Fach "Bewegung und Sport" erhalten.

Die Schulen sind der Zubringer für die Vereine. Wird in der Schule Freude und Spaß am Sport vermittelt, dann haben die Kinder auch Lust auf mehr und nehmen an einem der vielen Vereinsangebote teil.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ganz überraschend!)

Zum zweiten Themenkomplex, der Forderung nach einer täglichen Sportstunde: Warum ist sie besonders wichtig? Dass sogar das ohnehin zu gering angelegte Angebot an Schulsport in der Realität oft noch geringer ausfällt, zeigt für uns Grüne, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht. Sport ist für unsere Kinder und Jugendlichen in ihrer Persönlichkeitsbildung nicht weniger wichtig, als es andere Fächer sind. Sie lernen im Sport Fairness, Disziplin, die Einhaltung von sozialen Regeln und kooperatives Handeln.

Die Vermittlung von Körper- und Bewegungserfahrung im Schulsport ist ein unverzichtbarer Bestandteil des schulischen Erziehungssystems. Schule ist für die Kinder und Jugendlichen Lern- und Lebensort. Es ist wissenschaftlich belegt, dass körperliche Aktivität gewisse Funktionen im Gehirn animiert und sich somit auch auf die kognitiven Leistungen auswirkt.

Zu dem dritten Themenkomplex, den Fächerverbünden. Den Schwerpunkt ausschließlich auf die Fächer Mathematik und Deutsch zu legen und alles andere als Kosmetik zu betrachten zeigt deutlich, dass Schulpolitik aus Sicht der Erwachsenen gemacht wird und nicht an den Bedürfnissen der Kinder orientiert ist. Durch die Tatsache, dass die Landesregierung die Fächerverbünde Musik, Sport und Kunst geschaffen hat, disqualifizieren wir jedes einzelne dieser Fächer und kaschieren gleichzeitig auch den Lehrermangel. Pädagogisch ist dies jedenfalls nicht vertretbar.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Woher wissen Sie das?Gegenruf der Abg. Sabine Fohler SPD: Aus eigener Erfahrung!)

Auch angesichts der eher vermurksten Werkrealschule hat man manchmal den Eindruck, dass der Landesregierung das Pendeln der Schüler von einem Schulstandort zum anderen als ausreichendes Bewegungsziel gilt. Dass gerade über Fächer wie Sport, Musik, Kunst oder Theater das Selbstwertgefühl der Schülerinnen und Schüler gestärkt wird und genau die sozialen Kompetenzen und die emotionale Intelligenz unterstützt werden, ist allen bekannt und auch in vielen Studien belegt.

Deshalb fordern wir hier, jedem Fach seinen Stellenwert und jedem Fach seine Note zu geben. Denn auch Schülerinnen und Schüler wollen Noten, nur eben keine schlechten.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sollen wir die grundsätzlich mit "Eins" ausstatten?)

Statt also den Lehrermangel im Fach Sport durch Fächerverbünde zu beschönigen, fordern wir die Landesregierung dringend dazu auf, dafür zu sorgen, dass der Lehrerengpass hier überwunden wird. Unser Ziel ist die rhythmisierte Ganztagsschule. In dieser wird der verdichtete Unterricht des Vormittags entzerrt und wechselt ab mit Freizeitangeboten und Entspannungsphasen. Die tägliche Sportstunde gehört für uns zur Ganztagsschule einfach dazu.

Die Landesregierung verweist in der Antwort auf unsere Große Anfrage auch zum Thema "Schulsport und Zusammenhang mit der Ganztagsschule" auf die Jugendbegleiter. So löblich das Jugendbegleiterprogramm aus unserer Sicht ist und so hoch das Ehrenamt auch zu schätzen ist, so reichen doch die diesbezüglichen Mittel nicht aus, um für ein ausreichendes

(Ilka Neuenhaus)

Angebot an Schulsport an den Ganztagsschulen zu sorgen. Wir brauchen die Kooperation mit der außerschulischen Jugendbildung auf gleicher Augenhöhe und mit kostendeckenden Stundensätzen.

Wir fordern die Landesregierung also auch auf, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass wirklich jedes Kind in unserem Land regelmäßig und verlässlich ein breit gefächertes Angebot an Sportunterricht durch eine qualifizierte Lehrkraft erhält. Wir werben weiterhin für die tägliche Sportstunde.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Hofelich für die Fraktion der SPD.

Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! In der Tat ist es ein wichtiges Thema, über das ich heute für meine Fraktion sprechen darf. Kollegin Margot Queitsch, die Fachsprecherin zu diesem Thema, ist leider nicht da. Ich will aus meiner Sicht ein paar Gedanken dazu beitragen.

Natürlich gehen die Gedanken zurück in die Kindheit, und man denkt an den Sportunterricht an der damaligen Schule zurück – bei mir war das die Staufeneckschule in Salach –: roter Asphalt, irgendwelche gymnastischen Übungen in der dritten Klasse und eigentlich nichts besonders Begeisterndes. Sport hat anderswo stattgefunden. Sport hat außerhalb der Schule stattgefunden. Eigentlich war das ganze Leben Sport. Der Wetz auf der Straße oder das Verstecken irgendwo auf einem Fabrikgelände oder wo auch immer, das war eigentlich Sport als Lebenswirklichkeit, Sport als Alltag.

Damit diese Debatte nicht zur Nostalgiedebatte wird, betrachten wir im Kontrast dazu die heutige Situation, in der wir sehen, dass Bewegungsarmut leider ein Merkmal bei vielen Kindern und Jugendlichen ist, und in der wir sehen, dass der Sport in der Schule einen ganz anderen Stellenwert einnehmen muss. Denn diese Bewegung außerhalb der Schule ist nicht mehr in dem Maße erreichbar, wie es vielleicht in der Vergangenheit der Fall war, ob das nun am Straßenverkehr liegt oder ob es daran liegt, dass in den Familien andere Verhältnisse herrschen, dass Kinder nicht mehr die gewohnte Quartierumgebung in ihrer Heimatgemeinde, in ihrer Heimatstadt haben. Das ist die Situation.

Es gibt bekannte Phänomene, die man bei Kleinkindern schon oft sieht: Sie können gar nicht mehr richtig rückwärtsgehen oder haben andere motorische Defizite. Ich finde, Frau Kollegin Neuenhaus hat schön beschrieben, was daraus als Aufgabenstellung erwächst.

Ich will an dieser Stelle als kleines Zwischenfazit sagen: Heute hat Schule für Sport eine höhere Bedeutung, einfach weil anderes, auch wenn es wünschenswert wäre, im normalen Alltag nicht mehr als Kompensation vorhanden ist. Deswegen müssen wir auch der Schule und dem Sport eine höhere Aufmerksamkeit schenken.

Ich will drei Punkte ansprechen, die aus Sicht unserer Fraktion wichtig sind, und will dann noch auf den Antrag zum Thema Schulsportmentoren zu sprechen kommen, der von unserer Fraktion eingebracht wurde.

Zunächst zum generellen Thema, das die Grünen als Große Anfrage eingebracht haben. Ich darf dazu auch sagen, Herr Staatssekretär: Man bedankt sich nicht für die Antworten, man hat dabei etwas zu lernen – das ist überhaupt keine Frage –, aber ich hätte mir in der Antwort an mancher Stelle doch etwas mehr Realität und ein bisschen weniger Formales gewünscht

Erster Punkt: Schulsport insgesamt an den Grundschulen, aber auch an den weiterführenden Schulen. Ich finde, zunächst sollte man sagen, Kolleginnen und Kollegen, dass wir alle uns leichter tun würden, wenn das Prinzip der Ganztagsschule in Baden-Württemberg gesetzlich gelten würde, wenn Sie von CDU und FDP/DVP sich dazu entschließen könnten, die Ganztagsschule gesetzlich zu verankern. Dann würden wir uns auch leichter damit tun, dass Sport im Alltag der Schulen einen höheren Stellenwert einnimmt. Das sollte geschehen.

Diese eine Stunde Bewegung pro Tag sollte es geben – am besten auf jeden Fall mit drei Stunden Sport in der Woche. Wir sollten versuchen, dies auch mit denen durchzuführen, die fachlich dafür ausgebildet sind, nämlich mit Sportlehrern, und in einem Fach Sport, bei dem ich mich auch dazu bekenne – ich fand dies bemerkenswert –, dass auch eine faire Benotung stattfinden sollte. Weil Sport auch etwas mit Messen, Wettkampf und Vergleichen zu tun hat, soll in dieser Sache auch eine Benotung stattfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, ich finde, wir sollten ein Stück weit davon abrücken, in schönen Farben zu malen, wie gut das Jugendbegleiterprogramm ankommt. Wir alle wissen, dass diejenigen, die Sportstunden geben können, während der Zeiten, in denen Schule stattfindet, beruflich oft nicht zur Verfügung stehen. Deswegen kann dies eine Ergänzung sein. Aber Sie sind gefordert, in den Schulen auf der professionellen Seite im Sport mehr zu tun. Da besteht gegenwärtig eindeutig ein Defizit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch über das Lehrbeauftragtenprogramm des Landes, bei dem gekürzt worden ist, könnten an dieser Stelle mehr Akzente gesetzt werden.

Ansonsten möchte ich mich dem anschließen, was die Kollegin zu den Erkenntnissen ausgeführt hat, die sie selbst gewonnen hat.

Ich komme zu einem zweiten Punkt: Ich fand – das beschäftigt mich seit vielen Jahren –, dass nur sehr knappe Ausführungen zum Sport an Berufsschulen gemacht worden sind, Herr Staatssekretär. Sportunterricht an Berufsschulen wird gegeben, wenn es gerade passt. Tatsache ist aber, dass diejenigen, die im dualen System ausgebildet werden, heute praktisch keine Chance auf Sport in der Berufsschule haben. Tatsache ist ferner, dass auch diejenigen, die nicht im dualen System ausgebildet werden, mit Sport mit Sicherheit unterversorgt sind.

Gerade in dieser Phase, von der wir auch wissen, dass sich darin in gewisser Weise entscheidet, ob junge Leute auf ihrem weiteren Lebensweg Sport treiben, ob sie sich ein bisschen dafür interessieren, in einer Phase, in der man auch merkt, dass es soziale Schichtungen gibt, die in Berufsschulen zum Tragen kommen, ist Sport, finde ich, wichtig. Sport muss an

(Peter Hofelich)

Berufsschulen bei uns in Baden-Württemberg einen Platz haben, auch wenn das Handwerk und die Industrie vielleicht sagen: "Wir brauchen viel Platz für Ausbildung." Derzeit hat der Sport keinen Platz. Das muss sich ändern, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE)

Der dritte Punkt: Ich finde – auch wenn heute die Konzentration auf die Schule, auf den Schulsport im Zentrum der Debatte steht –, dass wir alle dazu aufgefordert sind, bei der Entwicklung unserer Städte und Gemeinden darauf zu achten, dass Sport für die Jugendlichen und die Kinder tatsächlich wieder etwas mehr in ihrer Lebensumgebung stattfinden kann. Das heißt, es müssen mehr geeignete Plätze geschaffen werden – es gibt sie bereits in rührigen Kommunen –, nämlich Basketballplätze, Bolzplätze. Aber wir müssen auch dafür sorgen und sollten uns entsprechend anstrengen, dass die Zahl dieser allgemein verfügbaren Plätze in unseren Gemeinden wieder steigen kann, und zwar durch eine bewusste Entwicklung nach innen, aber eben auch durch Möglichkeiten, die Schaffung solcher Plätze zu fördern.

Andernfalls passiert Folgendes: Ich schicke meine Kinder einfach in die Kindersportschule, in die benachbarte Gemeinde, in der dies möglich ist. Andere können es sich aber vielleicht nicht leisten, ihre Kinder in die Kindersportschule zu schicken. Dann sind wir jedoch in einer Situation, in der bereits in der Freizeit für die Kinder eine Selektion beginnt: Die einen haben Sport, die anderen haben keinen Sport.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Wer zu welcher Gruppe gehört, hängt vom Geldbeutel der Eltern ab, und die soziale Integration des Sports fehlt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sportvereine gibt es doch überall!)

Deswegen müssen wir durch gestärkte Sportvereine, Frau Kollegin, aber auch durch öffentliche Plätze für Sport in unseren Gemeinden Sport für alle möglich machen. Denn Sport ist auch etwas, was uns in sozialer Hinsicht hilft.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eine kommunale Aufgabe! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Halten Sie öffentliche Golfplätze für erforderlich? – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Lieber Herr Kollege von der FDP/DVP, dass Sie sich vor allem auf Golfplätze konzentrieren, kann ich mir vorstellen.

(Heiterkeit)

Aber Tatsache ist eben, dass die große Mehrheit unseres Volkes in der Regel in anderen Sportarten zu Hause ist.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie haben es doch gesagt!)

 Das Wort "Golf" ist überhaupt nicht über meine Lippen gekommen. Schulmentoren: Wir haben eine begrüßenswerte Einrichtung. Das sind Schulmentoren. Das sind junge Leute, die ab dem 15. Lebensjahr ihre Ausbildung in Schulen begleitend machen können, indem sie z. B. Arbeitsgemeinschaften für Sport betreuen, indem sie Wettkämpfe organisieren, indem sie die Kooperation Schule/Verein pflegen. Das sind Schulmentorinnen und -mentoren. Dies wird derzeit auch mit finanzieller Unterstützung der Fachverbände des Sports durchgeführt. Die Sicht des Sports – des Landessportverbands, aber auch des WLSB und des Badischen Sportbunds – ist die, die auch ich mir zu eigen mache: Wir wollen dies. Wir bitten aber auch die Politik darum, dass über das hinaus, was wir heute in Ausbildungslehrgängen haben, nämlich 50, mehr möglich ist, dass wir diesen Engpass beseitigen. Es gibt mehr Bewerberinnen und Bewerber für diese Mentorenlehrgänge.

Wir wollen ferner, dass es auch möglich ist, dass sich zusätzlich zu dem, was wir selbst an eigenen finanziellen Anstrengungen im Sport unternehmen – das sind derzeit geschätzt 100 000 € im Jahr plus eigene personelle Anstrengungen –, auch das Land beteiligt. Ich halte es für eine kostengünstige Forderung, für eine richtige Forderung, dass sich das Land bei dieser guten Idee des Mentorinnen- und Mentorenprogramms, Herr Staatssekretär, mehr engagiert. Ich bin gespannt auf Ihre Antwort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Sport in der Schule ist für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ein Anliegen, ein Thema, bei dem wir glauben, dass unser Land aufholen muss. Wir sagen das nicht von dem Standpunkt aus, dass nichts gelingt, sondern wir sagen einfach: Es ist eine Herausforderung der Zukunft, dass Sport in der Schule mehr Platz haben muss. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen hier auch verstärken. Darum bitten wir, und dazu fordern wir die Landesregierung auch auf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Brunnemer für die Fraktion der CDU.

Abg. Elke Brunnemer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht um den Schulsport, von dem wir alle wollen, dass die Schülerinnen und Schüler mit Eifer und Freude mitmachen. Liebe Frau Neuenhaus, da hilft es nichts, wenn man den Sportunterricht schlechtredet.

(Abg. Sabine Fohler SPD: Erst einmal muss einer stattfinden!)

Damit motivieren Sie die Schülerinnen und Schüler nicht, und damit behandeln Sie viele Lehrerinnen und Lehrer, die engagiert ihre Arbeit machen, nicht gerecht.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Thema verfehlt!)

Es ist klar, dass der Mangel an körperlicher Betätigung in unserer modernen Gesellschaft immer mehr zum Problem wird – darüber sind wir uns einig –, dass Bewegungssicherheit, Geschicklichkeit und körperliches Leistungsvermögen von Kindern und Jugendlichen abnehmen.

(Elke Brunnemer)

Dazu möchte ich aber klar feststellen: Die Schulen allein können diesen Folgen der gesellschaftlich bedingten Bewegungsarmut nicht abhelfen. Wir brauchen hier eine Partnerschaft. Wir brauchen die Eltern, wir brauchen die Schulen, wir brauchen die Vereine, wir brauchen alle, die für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen Verantwortung tragen. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass unsere Kinder Bewegung haben. Dazu leistet der Schulsport einen unverzichtbaren Beitrag.

Schulsport fördert nicht nur die gesunde körperliche Entwicklung, er beeinflusst auch entscheidend die geistige, soziale und emotionale Entwicklung, er trägt erheblich zum Erwerb von Werten bei, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft wesentlich sind. Ich nenne Leistungsbereitschaft, Toleranz, Teamgeist, Fair Play und die Bereitschaft zur Integration von Menschen, die anders sind.

Daher hat für die CDU-Fraktion die Bewegungs- und Sportförderung an den Schulen einen ganz besonderen Stellenwert. Wir müssen Kinder so früh es geht an Bewegung und Sport heranführen. Das ist nachhaltig für eine Lebensführung, die Sport beinhaltet und lebenslanges Sporttreiben und Bewegungsaktivität bis ins hohe Alter zulässt.

Darum ist es richtig, dass wir im Kindergarten einen Schwerpunkt in der Bewegungsförderung setzen. Das haben wir mit dem Orientierungsplan auch gemacht. Er wird in den Kindertageseinrichtungen sehr verantwortungsbewusst durchgeführt. Ebenso wichtig ist es, dass wir die überschäumende Bewegungsfreude von Grundschülern aufnehmen und in den Schulalltag integrieren. Das machen wir in der Grundschule mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt. Dort wird nämlich Sport über den normalen Unterricht hinaus gefördert. Auch in den Ganztagsschulen gibt es die Möglichkeit, durch Rhythmisierung des Schulalltags einen sinnvollen Wechsel zwischen Lern-, Bewegungs- und Entspannungsphasen zu gestalten. Das wird dort auch täglich gemacht, und somit haben wir täglich Bewegung an den Schulen.

Wir haben auch die Möglichkeit – diese wird auch sehr stark genutzt –, zusammen mit Sportvereinen, mit Jugendbegleitern und Schulsportmentoren Sportprogramme an den Schulen durchzuführen. Aber ich gebe auch zu: Nichts ist so gut, als dass es nicht besser werden könnte. Auch uns ist die Diskussion über Unterrichtsausfall und fachfremden Unterricht bekannt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wenigstens ein Eingeständnis!)

Wir müssen dafür sorgen, dass der Sportunterricht genauso wichtig genommen wird wie andere Fächer. Bei der Konkurrenz um Schul- und Lernzeiten darf der Sportunterricht nicht ins Hintertreffen geraten. Aber das bestimmen eben die Schulen für sich.

Wir müssen dafür sorgen – das ist auch wichtig –, dass genügend ausgebildete Sportlehrer an den jeweiligen Schulen sind. Rein rechnerisch gibt es genügend ausgebildete Sportlehrer. Jetzt gilt es, durch gezielte Einstellungen das Problem zu lösen und die Schulen ausreichend mit qualifizierten Fachkräften zu versorgen.

Ich sage aber auch: Der Blick auf eine vorhandene Fakultas Sport greift zu kurz. Es gibt sehr wichtige Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen, die eine Nachqualifikation für sogenannte fachfremde Lehrkräfte bieten. Diese haben dann auch ganz hervorragende Voraussetzungen für einen qualifizierten Sportunterricht.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines möchte ich abschließend feststellen: Schule wird zukünftig stärker damit beschäftigt sein, den vorhandenen Bewegungsmangel und die daraus resultierenden Beschwerden und Auswirkungen zu reduzieren bzw. ihnen durch gezielte Interventionen entgegenzuwirken. Gerade der Lebensraum Schule eignet sich sehr gut dafür. Hier können wir das Arbeits- und Bewegungsverhalten und damit auch das Gesundheitsverhalten aller Kinder und Jugendlichen positiv prägen. Dazu sind wir in Baden-Württemberg gut aufgestellt. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem Generalkonsul der Republik Türkei in Stuttgart, Herrn Mustafa Türker Ari, der heute dem Landtag seinen ersten offiziellen Besuch abstattet.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Generalkonsul, wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Amtszeit hier in Baden-Württemberg und freuen uns auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen dem Landtag von Baden-Württemberg und Ihrem Generalkonsulat.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst gilt mein Dank der Fraktion GRÜNE – die leider nur noch sehr rudimentär hier vertreten ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn bei euch einmal vier da sind! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich bin hier! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist auch das Wichtigste!)

Es ist gut, dass dieses Thema wieder einmal auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt wurde. Die FDP/DVP hatte schon 2003 – damals noch unter Federführung unseres leider verstorbenen Kollegen Dr. Horst Glück –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das war ein feiner Mensch!)

den Antrag "Sportpädagogik und Sportkindergärten" eingebracht. Schon damals haben wir auf die körperlichen Defizite durch Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen hingewiesen und gefordert, die Sportpädagogik umfassend in der Ausbildung der Erzieherinnen zu verankern.

Es ist durchaus spannend, zu sehen, was die Landesregierung schon damals in der Stellungnahme zu unserem Antrag aus-

(Heiderose Berroth)

geführt hat. Beispielsweise hat sie darauf hingewiesen, dass Störungen der Grobmotorik häufiger in Kombination mit anderen Teilleistungsstörungen auftreten und dass 24 % der Kinder mit einer Sprachentwicklungsverzögerung auch auffällige Befunde hinsichtlich der Grobmotorik haben, obwohl der Anteil der Kinder mit einer Störung der Grobmotorik insgesamt nur 6,3 % beträgt – ein Wert, der übrigens auch zu hoch ist. Schon damals wurde bemerkt, dass Jungen von dieser Störung der Grobmotorik weit häufiger betroffen sind als Mädchen, was man vielleicht auf den ersten Moment gar nicht glauben mag.

In der Stellungnahme zu unserem damaligen Antrag wurde auch ein Grund erwähnt, warum sich diese Entwicklung immer weiter verschlimmert. Dies liegt nämlich an dem Verlust der Freiflächen und des Lernorts Straße als Spiel-, Bewegungs- und Kommunikationsraum.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wenn ich an meine Kindheit zurückdenke, kann ich bestätigen, dass sich die Situation hier gewaltig verändert hat. Man kann die Kinder heutzutage nicht mehr einfach auf die Straße oder auf sonstige Freiflächen lassen. Daher müssen wir dafür sorgen, dass in den Einrichtungen genügend Bewegungsmöglichkeiten vorhanden sind. Ich zitiere hierzu aus der Stellungnahme zu unserem damaligen Antrag:

Über ihren unbestrittenen Wert hinsichtlich Gesundheitserziehung und Prävention hinaus liefern Bewegung, Spiel und Sport einen zentralen Beitrag für die kognitive und emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Vor allem im Bereich der Grundschule ist Bewegung ein elementares Prinzip jeglichen Lernens ...

Deshalb hat man schon im Jahr 2003 die Schulsportoffensive angestoßen, und deshalb wurde 2002 beim neuen Konzept für die Erzieherinnenausbildung – die Kollegin hat es gerade angesprochen – auch das Lernfeld Bewegung ganz massiv einbezogen.

Nun hat sich in der Zwischenzeit glücklicherweise schon wieder allerhand in dieser Richtung getan. Ich bin besonders froh, dass es gelungen ist, in die neue Grundschullehrerausbildung – sie ist grundsätzlich neu geordnet worden, weil sie von der Haupt- und Realschullehrerausbildung abgekoppelt ist – eine altersgerechte Bewegungserziehung für alle aufzunehmen; dies steht nun im Grundkatalog dessen, was Grundschullehrer können müssen. Zusätzlich gibt es die Spezialisierungsmöglichkeit auf Sport als Wahlfach. Das war mir ebenso wichtig. Beides ist nun in der neuen Ausbildung enthalten.

Eine weitere neue Komponente ist das Projekt "Singen – Bewegen – Sprechen", das Sie alle sicherlich kennen. Bereits im Inhaltsverzeichnis des Begleithefts wird auf einen interessanten Aspekt hingewiesen, nämlich auf das "Stolperkinderproblem". Eigentlich geht es dabei um die Beobachtung, dass manche Kinder bei bestimmten kognitiven Aufgaben ins Stolpern geraten. Aber schon der Begriff zeigt, dass das Problem auch wieder etwas mit Bewegung zu tun hat. Wenn man sich nicht richtig bewegt, wenn man stolpert, dann hat man häufig auch jenseits von Sport und Bewegung Probleme.

In diesem Heft wird auch der Begriff "Bewegung" definiert – ich zitiere –:

Sich bewegen heißt, sich mit sich selbst, mit dem eigenen Körper auseinanderzusetzen, mit Material und Raum Erfahrungen zu sammeln und dabei die Gesetzmäßigkeiten der Dinge zu erkennen ... Drittens heißt es, mit anderen Kontakt aufzunehmen, sich auszutauschen und sich abzusprechen.

Das zeigt noch einmal deutlich, wie wichtig es ist, dass unsere Kinder und Jugendlichen regelmäßige Bewegung haben. Es ist daher auch wichtig, dass es die Kooperationen zwischen Schule und Verein gibt.

Meine Frage an die Landesregierung lautet, warum Mittel für die Kooperationen jährlich neu zu beantragen sind. Das kann doch eigentlich gar nicht sein. Da gibt es zum Teil wirklich langjährige Verbindungen. Es müsste doch möglich sein, auch einmal eine Bewilligung für einen Zeitraum von fünf Jahren zu erteilen. Das würde Zuverlässigkeit bieten; dann wüsste man, dass man zuverlässig damit rechnen kann.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der Staatssekretär wird dafür sorgen!)

Es gibt erfreulicherweise auch das Jugendbegleiterprogramm. Ich wundere mich schon, wie abermals versucht wird, dieses Jugendbegleiterprogramm kleinzureden. Es ist weit erfolgreicher, als Sie es darzustellen versuchen. Eines muss man ebenfalls deutlich sagen: Unterricht muss durch Sportlehrer erteilt werden, aber für die Freizeit kann dies ehrenamtlich geschehen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Übungsleiter!)

Täglichen Sportunterricht wollen wir nicht, aber tägliche Bewegungsmöglichkeiten muss es an jeder Schule geben.

Ich habe gerade eine Diskussion zum Thema Ganztagsschulen miterlebt, die unter der Fragestellung "Segen oder Fluch für die Sportlandschaft?" stand. Obwohl in den Eingangsstatements manche Bedenken deutlich wurden, war das Podium hinterher übereinstimmend der Auffassung, dass sehr viel Positives geboten wird. Dazu gehören u. a. auch die Schülermentoren.

Ich hatte heute Mittag Gelegenheit, mit einem Praktikanten unserer Fraktion – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich komme zum Ende, jawohl. Ich glaube aber, alle meine Vorredner haben auch überzogen.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Nein!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das ist ein Irrtum.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dieser Praktikant hat mir gesagt, dass er die Ausbildung gemacht hat, nach der Sie in Ihrer Großen Anfrage gefragt haben. Er hat auch darauf hingewiesen, dass er im Februar nun seine Ausbildung zur Erlangung des Trainerscheins machen will. Diese Schülermentorenausbildung führt also auch hierzu.

Die Situation an den beruflichen Schulen ist mit Sicherheit verbesserungsfähig. Diese Frage werden wir auch in der Enquetekommission noch einmal aufgreifen. Das Ministerium sagt selbst, es würde "rein rechnerisch" reichen. Das zeigt, dass auch dort Handlungsbedarf gesehen wird. Beim Fach Sport besteht dort noch immer ein Engpass; da haben wir Handlungsbedarf.

Der positive Schluss: Noten werden nicht mehr nur nach sportlicher Leistung erteilt. Das sollte, meine ich, dazu führen, dass mehr Schülerinnen und Schüler Freude an Sport und Bewegung finden.

Mein Fazit: Vieles ist auf gutem Weg.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, Sie sind dabei, Ihre Redezeit zu verdoppeln.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So gute Argumente müssen gehört werden!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Diesen Weg sollten wir zielorientiert und tatkräftig weiter beschreiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

(Abg. Walter Heiler SPD: Herr Wacker kann es im Gegenzug etwas kürzer machen!)

Staatssekretär Georg Wacker: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Debatte unterstreicht, dass der Sport uns allen wichtig ist. Die Debatte unterstreicht auch, dass alle Fraktionen größten Wert auf die sportliche Ertüchtigung unserer Kinder und Jugendlichen legen. Ich darf sagen: Sportliche Betätigung gerade in jungen Jahren gehört zu den ganz wichtigen Alltagskompetenzen.

Die OECD hat erst vor wenigen Monaten eine Studie veröffentlicht, die besagt, dass im OECD-Raum jeder zweite Erwachsene übergewichtig ist und jedes dritte Kind an Übergewicht leidet. Das ist ein Beleg dafür, dass sportliche Betätigung in Verbindung mit der Gesundheitserziehung und der Bewegungserziehung elementarer Bestandteil eines Bildungsauftrags ist, den wir nicht nur in den Schulen wahrzunehmen haben, sondern auch im Elementarbereich, im Kindergarten.

Lassen Sie mich einige wenige Aspekte herausgreifen, die die Rednerinnen und Redner der Fraktionen zum Ausdruck gebracht haben.

Zunächst einmal legen wir auf den Sportunterricht einen ganz besonderen Wert. Ich greife die Grundschule als Schwerpunkt dieser Debatte heraus und darf in diesem Zusammenhang erwähnen, dass die Kontingentstundentafel für den Fächerverbund "Bewegung, Spiel und Sport" für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 insgesamt zwölf Wochenstunden vorsieht. Wenn man dies gleichmäßig auf die einzelnen Jahrgangsstufen aufteilt, finden wöchentlich in jeder Jahrgangsstufe drei Stunden Sportunterricht an unseren Grundschulen statt, der im Übrigen von Fachlehrkräften mit Fakultas Sport erteilt wird.

Wer sich diesen Fächerverbund genau ansieht, stellt fest, dass der Fächerverbund Sportunterricht im originären Sinn beinhaltet. Meine Damen und Herren, dafür stellen wir auch in ausreichendem Maß Lehrkräfte zur Verfügung.

Wer also sagt, es gebe nicht genügend Lehrkräfte oder wir hätten hier einen sehr hohen Anteil an fachfremdem Unterricht, den darf ich eines Besseren belehren. An 2 673 öffentlichen Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg unterrichten insgesamt 9 228 Lehrkräfte mit Fakultas Sport. Das heißt, rechnerisch haben wir eigentlich eine Überversorgung mit Lehrkräften mit Fakultas Sport.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber die unterrichten auch andere Fächer!)

– Liebe Frau Kollegin Berroth, wenn Sie mit Ihrem Schulamt vor Ort in regelmäßigem Kontakt stehen, dann wissen Sie, dass es nicht ganz so einfach ist, jede kleine Grundschule mit allen pädagogischen Bedürfnissen gleichermaßen zu versorgen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eben!)

Wir haben vor allem im ländlichen Raum sehr viele kleine Grundschulen, einzügige oder zweizügige Grundschulen. Es wird zu Recht behauptet, dass an jeder Grundschule Lehrkräfte mit Fakultas Musik oder mit Fakultas Bildende Kunst erforderlich seien. Genauso brauchen wir auch Fachlehrkräfte mit Fakultas Sport. Deswegen muss ich darauf hinweisen: Je kleiner die Schulen sind, umso schwieriger ist es, das Lehrerkollegium so auszustatten, dass jeder Fachbereich gleichmäßig vertreten ist.

Dennoch darf ich darauf verweisen, dass wir insgesamt eine sehr gute Versorgung mit Sportlehrerinnen und Sportlehrern an unseren Schulen haben. Die Lehrkräfte, die nicht Fakultas Sport, die nicht die entsprechende Lehrbefähigung haben, haben die Möglichkeit, sich dementsprechend zu qualifizieren. Frau Kollegin Brunnemer ist darauf eingegangen. Die Anzahl der sogenannten fachfremden Lehrkräfte, die an solchen Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, ist außerordentlich groß.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Staatssekretär Georg Wacker: Gern, wenn es

(Zuruf: Der Sache dient!)

keine solch spezifische Detailfrage ist.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Staatssekretär, ich will keine agrarpolitische Frage stellen.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Am Samstag, 16. Oktober, gab es ein Treffen der Turngauvorsitzenden des Badischen Turner-Bunds und des Schwäbischen Turnerbunds. Dabei wurde auch über Kooperationen von Schulen und Vereinen diskutiert. Ich hätte gern gewusst, welchen Stellenwert die Landesregierung unter dem Blickwinkel der Ganztagsbetreuung den gut ausgebildeten Übungsleitern in den Vereinen und insbesondere dieser guten Kooperation beimisst und welchen Beitrag man leisten kann, damit das Ganze wieder stärker in den Vordergrund rückt.

(Zuruf: Das hast du von Herrn Mengesdorf, gell?)

Staatssekretär Georg Wacker: Vielen Dank, Herr Bullinger. Das wäre jetzt der zweite Teil meiner Ausführungen gewesen. Damit darf ich gleich hier einsteigen.

Natürlich wollen wir, dass sich die Schulen neben dem originären Sportunterricht auch mit einem bewegungserzieherischen Schwerpunkt entwickeln. In zunehmendem Maß beteiligen sich Grundschulen daran, neben dem originären Sportunterricht durch ergänzende Angebote und auch durch Kooperationen mit außerschulischen Partnern das sportliche Profil ihrer Schule dahin gehend zu stärken, dass dann auch tatsächlich mindestens 200 Minuten in der Woche Sport angeboten wird. Das bedeutet, dass die Kinder und Jugendlichen wirklich die Möglichkeit haben, sich integriert über den ganzen Schulalltag hinaus so zu bewegen, dass dies eindeutig auch der persönlichen Gesundheit zugutekommt.

Unsere Sportpolitik ist sehr stark darauf konzentriert, die Kooperationsnetzwerke mit den Sportvereinen vor Ort weiter zu intensivieren.

(Zuruf: Sehr gut!)

Deswegen bedanke ich mich an dieser Stelle auch für die hervorragende Zusammenarbeit. Die Kooperationen zwischen Schule und Verein sind ein Beispiel. Es ist natürlich nicht ganz einfach, solche Kooperationen für einen mehrjährigen Zeitraum zu bewilligen. Immerhin ist die Vergabe der Mittel nun einmal an die Vorgaben des Haushaltsgesetzgebers gebunden. Deswegen können wir Mittel auch nur über den Zeitraum ausschütten, für den Sie – sprich wir, der Landtag von Baden-Württemberg – der Landesregierung diese Mittel auch zur Verfügung stellen. Das einfach zur Erläuterung zu der Frage, die eben in einem Debattenbeitrag gestellt wurde.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber jetzt haben wir ja einen Doppelhaushalt!)

Daneben ist das Schülermentorenprogramm ganz wichtig. Das möchte ich hier als letztes Beispiel einer sehr guten Kooperation zwischen den Schulen und unseren Sportvereinen aufzählen. Das Schülermentorenprogramm dient eindeutig dazu, junge Persönlichkeiten an Verantwortungsaufgaben für die Gesellschaft heranzuführen. Durch die intensive Kooperation, durch die Ausbildungsmodule, die gemeinsam mit den Fachverbänden entwickelt werden, kommt dies zum einen einer Vorbildrolle eines jeden Jugendlichen zugute, und zum anderen kann dadurch auch Nachwuchs für zukünftige Führungsaufgaben in den Vereinen gewonnen werden.

Wir haben nicht sehr viele empirische Untersuchungen darüber, ob diese Jugendlichen dann tatsächlich auch Führungs-

aufgaben – sprich Übungsleiterfunktionen oder andere Funktionen – in den Vereinen wahrnehmen. Aber ich darf aus einer Untersuchung des Handballverbands Württemberg aus dem Jahr 2009 zitieren, gemäß der der Anteil der Lehrgangsteilnehmer, die dann später tatsächlich auch Führungsaufgaben in den Vereinen übernehmen und damit auch im jeweiligen Sportverein aktiv werden, bei über 63 % liegt.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das Schülermentorenprogramm ist eine Erfolgsstory. Wir haben mittlerweile über 34 000 Mentorinnen und Mentoren – nicht nur im Bereich des Sports – ausgebildet, wobei der Bereich des Sports einen besonderen Schwerpunkt darstellt.

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik beinhaltet wesentliche Bestandteile der Alltagskompetenz. Deswegen ist die sportliche Betätigung nicht nur beginnend mit dem Elementarbereich, sondern dann auch in allen Schularten ein besonderer Schwerpunkt. Daher glaube ich, dass wir als Land Baden-Württemberg sehr gut aufgestellt sind, was die fachliche Qualifikation unseres hauptamtlichen Personals betrifft. Gleichzeitig haben wir so toll funktionierende Netzwerke mit den ehrenamtlichen Strukturen vor Ort, dass ich glaube: Das Thema Sport ist als gesamtgesellschaftlicher Auftrag in der Gesellschaft angekommen. Deswegen mache ich mir um das Sportland Baden-Württemberg diesbezüglich keine Sorgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4461, ist durch die Aussprache erledigt.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/6757, ist als reiner Berichtsantrag ebenfalls erledigt.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Juli 2010 – Mittelstandsbericht 2010 – Drucksachen 14/6731, 14/7041

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhard Löffler

Meine Damen und Herren, für die Aussprache ist eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vorgesehen, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler für die Fraktion der CDU.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Mittelstand ist das Herz unserer Wirtschaft.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Es hat auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise stabil und regelmäßig weiter geschlagen. Unser Mittelstand zeichnet sich durch Menschen mit Unternehmergeist aus, die bereit sind, Risiko zu tragen. Sie sorgen für Arbeitsplätze und für unseren Wohlstand. Sie geben jungen Menschen Ausbildungsplätze und damit Chancen und Perspektiven.

Der Mittelstand jammert nicht, die Mittelständler handeln. Sie bewahren die Substanz, lassen sich nicht entmutigen, sondern passen ihre Konzepte und ihre Entscheidungen innovativ und flexibel an und schaffen Werte. Für diesen Mut und unermüdlichen Fleiß in der schwierigsten Krise der Nachkriegszeit möchte ich mich bedanken und meine Anerkennung dafür aussprechen, dass der Mittelstand an seinen Beschäftigten festgehalten und Lehrstellen angeboten hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Zuruf: Bravo!)

Wir haben die geringste Zahl von jugendlichen Arbeitslosen in Europa. Das ist nicht selbstverständlich.

In der öffentlichen Debatte wird unterschlagen, dass die Stabilisierung des Finanzmarkts konkret gelebte Mittelstandspolitik war. Die Aufrechterhaltung des Kreditwesens nutzte vor allem kleinen und mittleren Unternehmen. Die Gefahr fehlender Liquidität veranlasste das Land zu einer Ausweitung von Bürgschafts- und Kreditprogrammen, die die Kapital- und Kreditversorgung stützten. Wir lagen richtig und haben den Absturz aufgefangen. Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg die Wirtschaftsleistung um 5 %. Nirgendwo in Deutschland und nirgendwo in Europa ist das sonst der Fall.

Wenn jedoch einige Volkswirtschaften ihre Währung weiter abwerten, sind Rückschläge nicht auszuschließen. Dennoch: Es geht bergauf. Der IWF erwartet eine Steigerung der Weltwirtschaft um 4,2 %. Nicht nur der Export, auch der Binnenmarkt belebt sich zunehmend. Das sind Anzeichen für ein nachhaltiges Wachstum. Wir brauchen nachhaltiges und ökologisch verträgliches Wachstum,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Oi!)

und wir müssen unseren Haushalt konsolidieren, sonst werden uns die Staatsschulden handlungsunfähig machen. Sie brauchen in diesen Tagen nur auf Großbritannien zu sehen.

Aber wir müssen auch die Leistungsbereitschaft fördern. Darauf legt der Mittelstandsbericht 2010 ein besonderes Augenmerk. Nur derjenige, der neue Wachstumsmärkte und neue Technologien erschließt, kann seine internationale Präsenz erhöhen. In der Förderung von Forschung, Innovation und technischer Entwicklung liegt ein Schwerpunkt des Mittelstandsberichts. Er ist richtig gesetzt, denn bereits mit einer erfolgreichen Clusterpolitik hat das Land Maßstäbe gesetzt, um die Wertschöpfungskette eines Produkts —

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen außerhalb des Plenarsaals zu führen.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Was ich sage, Frau Präsidentin, ist auch nicht so interessant. Ich habe schon Verständnis dafür.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Von der Presse ist auch nur ein Vertreter da! – Abg. Thomas Blenke CDU: Etwas mehr Selbstwertgefühl, Herr Kollege! Ich lausche aufmerksam! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Weiter so, Herr Doktor! – Zuruf: Geben Sie Ihre Rede doch zu Protokol!!)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Der Schwerpunkt ist richtig gesetzt, denn bereits mit einer erfolgreichen Clusterpolitik hat das Land Maßstäbe gesetzt, um die Wertschöpfungskette eines Produkts oder einer Dienstleistung weiter zu verbessern.

Mittelstandspolitik ist auch eine Querschnittsaufgabe. Harte und weiche Standortfaktoren prägen die Qualität eines Industrielands. Wir werden weiter in die Infrastruktur investieren müssen, für eine bezahlbare Energieversorgung sorgen und den Wohnungsbau fördern. Wir werden die Weiterbildung stärken und kulturelle Impulse setzen. Es ist wichtig, dass sich die Menschen wohlfühlen und gern hier arbeiten und leben. Wir unterstützen das soziale Engagement für Unternehmen, und wir werden mit der Dienstleistungsoffensive und der Zukunftsoffensive Junge Generation nachhaltiges Wachstum stärken.

Der Mittelstandsbericht ist nicht nur ein Erfolgsbericht. Er erkennt auch Schwächen. Der Fachkräftemangel bleibt ein Problem. Mit der einfacheren Anerkennung ausländischer Abschlüsse, erleichtertem Aufenthalt ausländischer Studenten, verstärkter Förderung von Frauen und einer noch besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf kämen wir einen großen Schritt weiter. In dieser Richtung werden wir auch arbeiten.

Der Mittelstandsbericht hat die Schwerpunkte für branchenübergreifende Maßnahmen richtig gesetzt. Ich schlage dennoch vor, Existenzgründungen und Unternehmensgründungen sachlich und fachlich zu trennen, da die Interessenlage und die Anforderungen nicht identisch sind. Ich schlage auch vor, Migrantenökonomie als Schwerpunkt aufzunehmen; deren Chancen werden im Mittelstandsbericht nur stiefmütterlich gestreift.

Bei den sektorspezifischen Maßnahmen sollte die Nanotechnologie nicht unter den Tisch fallen. Wir haben hier im Land eine hohe Kompetenz. Diese Technologie ist universell nutzbar und reicht von der Lebensmittelindustrie über die Pharmazie bis zur Fertigung. Sie kann entscheidende Marktvorteile bringen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Die Bürokratielasten in Deutschland summieren sich auf 40 Milliarden €. Das ist unerträglich. Wir müssen die Betriebe weiter von Berichts- und Statistikpflichten entlasten und weiter bürokratische Hemmnisse abbauen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

Aber es reicht nicht aus, Einzelkaufleute mit einem Jahresumsatz von bis zu 500 000 € von der Pflicht zur Buchführung zu befreien. Das muss auch bei Personengesellschaften möglich sein

Wer den Aufschwung will, muss sich auch an das heiße Eisen Steuerpolitik wagen. Eine Substanzbesteuerung wie im Gewerberecht geht gar nicht. Auch über eine Änderung der Verlustabzugsbeschränkung und der Zinsschranke muss die Politik konstruktiver nachdenken.

Mittelstandspolitik ist ein Markenzeichen der Landesregierung. Dies soll und wird so bleiben. Die Krise hat gezeigt: Wir können uns auf unsere Unternehmen verlassen. Sie verdienen unsere vollste Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Hofelich für die Fraktion der SPD.

Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wenn man aus Sicht derer, die uns von außen und natürlich auch von innen sehen, ein Imagebild des Landes Baden-Württemberg zeichnen würde, dann würde der Begriff "Mittelstandsland" mit hoher Wahrscheinlichkeit eine vordere Position einnehmen. Baden-Württemberg wird mit gewerblichem Mittelstand assoziiert. Das ist gut so.

Dies hängt nicht nur damit zusammen, dass fast 99 % aller Betriebseinheiten mittelständische Betriebe sind – das ist eigentlich klar – und dass, glaube ich, 63 % oder 62 % der Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen und Handwerksbetrieben tätig sind, sondern das hängt auch damit zusammen, dass sich die baden-württembergischen Unternehmen auch als Mittelstand fühlen. Selbst Firmen wie Kärcher oder wie Trumpf, deren Geschäftsfeld weit in die Welt hinausreicht, fühlen sich noch irgendwie mittelständisch. Das ist ein besonderes Signum.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist richtig!)

Das ist auch etwas, was ich persönlich für bewahrenswert halte, weil es die enge Bindung zwischen der Firmenleitung – hoffentlich sind es noch viele Eigentümerunternehmen – und den Beschäftigten sowie den Kunden aufzeigt. Dies ist ein wesentliches Kriterium einer mittelständischen Wirtschaft. Insofern freut man sich, dass dies gegeben ist.

Der Mittelstandsbericht gibt unabhängig von dem, was die Landesregierung spezifisch leisten kann oder leisten will, ein Bild vom Mittelstandsland Baden-Württemberg wieder, das aber – darauf lege ich Wert – im Grunde genommen über die Zulieferindustrien – dies gehört zur strukturellen Bemerkung – immer eine verbundene Stärke zwischen Großen und Klei-

nen, zwischen Zulieferern und Endmontierern und zwischen unterschiedlichen Branchen aufweist.

Ich will noch eine zweite Bemerkung voranstellen. Das ist die Frage, ob sich das Bild wandelt. Wenn ich mit dem Bevollmächtigten der IG Metall bei mir im Landkreis Göppingen rede, dann sagt er mir: "Lieber Freund, es ist nicht mehr so, dass der schwäbische Tüftler, dessen Bild wir alle gern hochhalten, das Bild insgesamt bestimmt." Es hat Firmenübernahmen gegeben. Manche früher eigenständigen Firmen sind Teile eines größeren Konzerns geworden und haben heute vielleicht 200 oder 100 Beschäftigte. Da tun sich die Firmenleitungen von Handwerksbetrieben schwer, eigenständig zu bleiben.

Das Bild des schwäbischen Eigentümerunternehmers, des Tüftlers, das wir gern über die gesamte Breite ausführen möchten, trifft nicht mehr allein die Wirklichkeit. Auch dies gehört zur Beschreibung des Mittelstands. Es gibt heute in den Leitungen von Handwerksbetrieben und vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen Personen, die dieses Bild nicht mehr so leben und im Grunde genommen leitende Angestellte sind – auch in kleineren Einheiten –, die einfach ihren Job machen und bei denen man sich am Ende fragen muss, wie dieses Unternehmen eigentlich geführt wird.

Ich finde, dies sollte im Landtag von Baden-Württemberg auch zu einer Bildbeschreibung gehören; denn ich glaube – das will ich in Richtung der Regierungsseite sagen –, gerade in dieser fragilen Situation, die wir zwei, drei oder vier Jahre lang erlebt haben, sollten wir die Welt der Hochglanzprospekte nicht für die Realität nehmen. Der Landtag ist dafür zuständig, dass er eine gute Diagnose macht.

Deswegen sage ich: Wir müssen uns einmal darüber unterhalten, wie sich Mittelstand und Selbstständigkeit heute verhalten. Das gehört zu einer realistischen Bestandsaufnahme. Dass Zulieferer nicht unbedingt immer selbstständig sind, sondern kleine Industrien und Handwerksbetriebe, das ist ohnehin klar. Die Frage ist aber schon, ob diese Selbstständigkeit in Verhältnisse übergeht, die wir nicht wollen.

Ich war kürzlich bei der Firma SÜDRAD in Ebersbach an der Fils, einer Firma mit 280 Beschäftigten, die, wie der Name schon sagt, Räder und Felgen produziert. Dort wird an sechs Tagen in der Woche im 21-Schicht-Betrieb gearbeitet. Jetzt ist der Abnehmer gekommen und hat gesagt: "Ich brauche, weil der Aufschwung da ist, folgende Größenordnungen an Felgen. Ihr müsst deswegen sieben Tage in der Woche arbeiten. Wenn ihr das nicht tut, dann muss ich leider von meiner Einherstellerpolitik abweichen und zu einer Zweiherstellerpolitik übergehen." Das erzeugt Druck, der auf die Kleineren durchschlägt. Das ist das Leben, wie es sich darstellt. Dieser Druck ist manchmal grenzüberschreitend. Das sollte auch zur Wahrheit dazugehören.

Nach diesen paar Vorbemerkungen möchte ich auf folgenden Punkt zu sprechen kommen: Der Mittelstand, also die kleinen und mittleren Unternehmen, die Handwerksbetriebe, hat eine eigene Einstellung zu dem, was wir machen. Er will eigentlich eine gemischte Wirtschaftsordnung haben. Er will nicht, dass alles allein in der Hand der Privatwirtschaft liegt. Er will, dass der Staat hierbei auch eine Rolle spielt. Das hat vor vielen Hundert Jahren bei den Zunftordnungen begonnen. Dabei

(Peter Hofelich)

war klar, dass ein öffentliches Interesse vorhanden ist. Auch heute wollen die meisten Betriebe, dass sich der Staat dort einmischt, wo es sinnvoll ist.

Viele Betriebe des Ausbaugewerks, Handwerksbetriebe insgesamt, haben mit dem Konjunkturprogramm II in schwieriger Zeit eine enorme Stützung bekommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Konjunkturprogramm II hat vor allem dem Handwerk, dem Mittelstand geholfen. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Das ist, denke ich, ein großes Verdienst der Regierung in Berlin, die das auch mit angestoßen hat, u. a. auch durch unseren Impuls, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wir auch!)

- Gemeinsam.

Ich möchte noch auf ein paar Punkte eingehen, weil der Ministerpräsident gestern die Tonlage ausgegeben hat, die mir ganz sympathisch ist: Man soll sagen, was man will.

Erster Punkt: Basel III kommt. Deshalb müssen wir an den Stellen intervenieren, an denen diese Richtlinie für Handwerksbetriebe, für kleine und mittlere Unternehmen in Baden-Württemberg schädlich ist.

Zweiter Punkt: Ich denke, dass wir im Hinblick auf die zukünftige Gewerbeflächenentwicklung und darauf, dass wir eine Entwicklung nach innen mit wenig Spielraum für den Flächenverbrauch wollen, in den Programmen des Wirtschaftsministeriums Akzente auf Flächenrecycling, auf Maßnahmen zur Sanierung alter Industriebrachen für Handwerksbetriebe setzen müssen, die sich vergrößern wollen, die umsiedeln wollen.

Dritter Punkt: Dass wir bei Existenzgründungen viel mehr tun müssen, hat Kollege Löffler gerade schon angetippt. Ich habe heute Morgen das Nötige dazu gesagt. Ich fordere eine Revision der Existenzgründungspolitik des Landes.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wir auch!)

Der vierte Punkt sind die Wertgrenzen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. – Wir hoffen, dass das Land aus der Verlängerung der veränderten Wertgrenzen bis Ende 2011 durch das jetzige Konjunkturprogramm die richtigen Konsequenzen zieht und nicht auf die alten Wertgrenzen bei Auftragsvergaben zurückfällt, sondern dass wir vor allem bei den eingeschränkten Vergaben auf ein Niveau kommen, das den kommunalen Parlamenten mehr Spielraum bietet, um die lokale und regionale Wirtschaft zu bedienen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das habe ich doch schon gesagt!)

– Es ist doch gut, dass wir hier eine große Koalition haben.

Dass wir bei PPP-Projekten im Land vorsichtig sein sollten, ist ein allgemeiner Standard in diesem Haus; das ist jedenfalls

von uns so vorgebracht. Dass wir in der künftigen Energiewirtschaft mit einer Stärkung der Stadtwerke vor allem auch kleinen Unternehmen, Handwerksbetrieben neue Chancen in einer Wirtschaft, in der Ressourcenschonung dominant sein sollte, eröffnen sollten, ist, denke ich, auch eine wichtige Sache

Meine Damen und Herren, Mittelstandspolitik für Baden-Württemberg muss aktive Politik sein. Sie darf keine Selbstbeweihräucherung sein. In diesem Sinn hoffen wir, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben in diesen Tagen mehrfach über Wirtschaftspolitik diskutiert. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist die Frage: Welche Zukunftsausrichtung haben wir für die baden-württembergische Wirtschaft? Da ist das Gutachten von IAW und McKinsey, das ich dieser Tage schon zitiert habe, nach wie vor ein wichtiges Kompendium.

Lassen Sie mich hieraus zu Beginn zwei Äußerungen zitieren, die ich für sehr wichtig halte:

Um die bisher hervorragende Ausgangssituation

- der baden-württembergischen Wirtschaft -

zu halten, sind ... stärkere Anstrengungen des Landes notwendig. ...

Wirtschaftspolitik lebt von Schwerpunkten. Die internationale Erfahrung lehrt, dass erfolgreiche regionale Wirtschaftspolitik nur gelingt, wenn klare Schwerpunkte gesetzt und kommuniziert werden.

Wenn wir den Mittelstandsbericht 2010 der Landesregierung an diesem Anspruch messen, dann lautet unser Fazit, dass Sie diesem Anspruch nicht gerecht werden. Sowohl der Rückblick auf das, was zwischen 2005 und 2009 passiert ist, als auch der Ausblick zeigen, dass es eine "Bauchladenpolitik" ist und keine Politik, die Schwerpunkte setzt. Wir finden keine Schwerpunkte. Sie haben keine Ziele formuliert, und Sie haben auch keinen Plan, meine Damen und Herren.

Vor diesem Hintergrund verwundert das Ergebnis nicht, das laut einer dpa-Meldung von vorgestern eine Umfrage unter Mittelständlern in Baden-Württemberg erbracht hat. Zwei Drittel dieser Mittelständler waren mit der Politik des Ministerpräsidenten Mappus nicht zufrieden. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Albrecht Fischer CDU: Die war nicht repräsentativ!)

In der Studie von IAW und McKinsey wird festgestellt: Die Ausgangsposition für Baden-Württemberg ist gut, aber die

(Edith Sitzmann)

wirtschaftliche Dynamik hat in den letzten Jahren nachgelassen. Natürlich hat uns in Baden-Württemberg die Krise besonders schwer gebeutelt, was auch daran liegt, dass wir noch eine starke Industrie und eine starke Exportorientierung haben. Aber klar ist, dass wir uns für die Zukunft auf Schwerpunkte fokussieren müssen. Diese Schwerpunkte wurden genannt: Mobilität, Umwelttechnologie, Gesundheit und IT.

Ich meine, wir müssen uns im Wirtschaftsausschuss intensiv darüber unterhalten, wie wir die einzelnen Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, bewerten und worauf wir den Fokus bei den Fördermaßnahmen richten können. Bislang ist, wie gesagt, von Zukunftsorientierung oder Schwerpunktsetzung leider keine Rede.

Jetzt hat Herr Kollege Löffler auch über die Aktivitäten des Landes in der Krise gesprochen. Ich denke, die Landesregierung konnte nur wenige Beiträge zur Überwindung der Krise leisten. Ja, es gab ein Bürgschaftsprogramm. Das haben wir auch unterstützt, allerdings unter der Maßgabe, dass wir sehr restriktiv mit diesem Instrument umgehen wollten. Es gab z. B. auch – daran möchte ich Sie in diesem Zusammenhang erinnern – einen Kreditmoderator.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie haben einen Kreditmoderator eingesetzt. Das ist Staatssekretär Drautz von der FDP/DVP. Von diesem Kreditmoderator hat man nach dessen Einsetzung leider nie wieder etwas gehört.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Das kommt noch!)

In Ihrem Mittelstandsbericht führen Sie einige Punkte auf, mit denen wir nicht einverstanden sind. So dichten Sie sich beispielsweise in Baden-Württemberg mit dem Energiekonzept 2020 eine Vorreiterrolle zu. Das ist nicht richtig, meine Damen und Herren. Wenn Sie bei der öffentlichen Anhörung zum Energiekonzept hier in diesem Saal dabei gewesen wären, dann wüssten Sie, dass alle Experten nachgewiesen haben: Dieses Konzept ist viel zu wenig ambitioniert, und es wird eben nicht zu einer energiepolitischen Neuausrichtung führen. Im Gegenteil: Die Politik der schwarz-gelben Bundes- wie der Landesregierung führten dazu, dass in einem Bereich, in dem aufgrund der rot-grünen Beschlüsse zum Thema Atomausstieg, zum Thema "Erneuerbare Energien" eine große Dynamik mit vielen Hunderttausend neuen Jobs entstanden ist, diese Dynamik von Ihnen ausgebremst wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich muss noch zwei, drei weitere Punkte aus diesem Mittelstandsbericht nennen, mit denen wir nicht einverstanden sein können. Da wird über die Wohnraumförderung berichtet. Ich muss an dieser Stelle noch einmal kritisieren: Die Landesregierung ist aus der Förderung des Mietwohnungsbaus zeitweise ausgestiegen. Unseres Erachtens brauchen wir eine Korrektur. Es muss darum gehen, in Zukunft ausschließlich Mietwohnungen an Hochschulstandorten und in Ballungszentren zu fördern.

(Beifall bei den Grünen)

Sehen wir uns die Schwerpunkte an, die die Landesregierung für die Zukunft setzt. Es ist unglaublich, dass die erste Forderung in diesem Bericht "Steuersenkungen" heißt. Da muss ich einfach sagen, werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP – das richtet sich auch an den Herrn Minister, der nicht da ist –:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat einen qualifizierten Stellvertreter! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Sie haben einfach nicht verstanden, wo die Herausforderungen liegen. Denn wir müssen einerseits in die Zukunft investieren.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende. Ihre Redezeit ist weit überschritten

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich komme zum Schluss. – Wir müssen in Bildung, in Weiterbildung, in Forschung und Entwicklung investieren. Wir müssen andererseits den Haushalt konsolidieren. In diesem Zusammenhang haben Steuersenkungen, meine Damen und Herren, überhaupt keinen Platz

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Völlig falsch!)

und sind mit uns nicht zu machen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Insgesamt lautet unser Fazit: Diese Landesregierung setzt bei der Mittelstandspolitik keine Prioritäten. Es wird höchste Zeit, dass sich daran etwas ändert. Gut, dass im kommenden März Landtagswahlen sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird wieder zur Sache gesprochen!)

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Mittelstandsbericht ist ein außerordentlich umfassendes Werk. Er zeigt den aktuellen Stand der Wirtschaft auf. Er zeigt uns, wie wir die Finanzkrise mit bewältigt haben und wie wir die Zukunft angehen.

Wir leben in einem Land, um das wir eigentlich von allen beneidet werden. Nur die Grünen sind der Meinung – darüber wundere ich mich –, dass dieses Land fast nicht mehr zukunftsfähig ist.

(Beifall der Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP und Dr. Reinhard Löffler CDU)

Wenn wir die energiepolitischen Vorstellungen der Grünen umsetzen würden, müssten Aluminium- und Zementfabriken sowie sonstige energieintensive Bereiche sofort ins Ausland verlagert werden, weil die nicht grundlastfähigen, völlig über(Beate Fauser)

teuerten regenerativen Energien, die wir in den nächsten Jahren dann einsetzen würden, schwer zu Buche schlagen würden.

Meine Damen und Herren, wir fördern und fordern unsere Schülerinnen und Schüler in den Schulen. Der größte Posten in unserem Landeshaushalt entfällt auf Bildung, Forschung, Universitäten.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Ich finde es erfreulich, dass wir in Baden-Württemberg einen Mittelstand haben, um den uns die ganze Welt beneidet. Schauen Sie nach Frankreich, Spanien oder Portugal. Wenn ich die Beratungsberichte von McKinsey lese, frage ich mich: Wieso hat McKinsey die USA, England, Irland – und wie sie alle heißen – so schlecht beraten? Diese Länder sind am Boden. Irland ist völlig pleite. Die USA sind sozusagen deindustrialisiert und versuchen heute, mit protektionistischen Maßnahmen dieser erstaunlichen negativen Entwicklung entgegenzutreten.

(Glocke der Präsidentin)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Knapp?

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Immer gern.

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist eine Liebeserklärung!)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Abg. Thomas Knapp SPD: Sehr geehrte Frau Kollegin Fauser, können Sie bestätigen oder würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass von den erneuerbaren Energien die Biomasse, die Geothermie und die Wasserkraft grundlastfähig sind?

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Knapp, wir beide wissen – Sie wissen es noch besser als ich –,

(Abg. Ingo Rust SPD: Das ist richtig!)

dass die Energie aus Wasserkraft glücklicherweise grundlastfähig, aber nicht weiter ausbaufähig ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Biomasse!)

Der Einsatz der Biomasse hat auch seine Grenzen. Das Teuerste, was wir haben – darin werden Sie mir zustimmen –, ist die Fotovoltaik

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

und sind die Windräder. Leider können Sie die dabei gewonnene Energie noch nicht vom Norden in den Süden transportieren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch!)

Das wissen Sie aber auch besser als ich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt hat Herr Knapp etwas gelernt! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen für die Zukunft weiterhin eine Politik mit Augenmaß. Ich für meinen Teil möchte mich jedenfalls beim Wirtschaftsministerium herzlich bedanken. Es hat sofort reagiert. Man hat die Darlehensförderung, die Bürgschaften, die Liquiditätshilfen ausgebaut. Man hat die Innovationsgutscheine eingeführt, und in den betreffenden Abteilungen wurde Tag und Nacht gearbeitet, um das Schlimmste von den Unternehmen abzuwenden.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Tag und Nacht! Gute Beamte!)

Dafür ist dem Wirtschaftsministerium zu danken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wir sind auf allen Wegen dabei – das muss man betonen; darum werden wir beneidet –, unsere Wirtschaft fortschrittlich und zukunftweisend auszubauen. Ich darf Ihnen versichern: Die Steinbeis-Stiftung ist eine Erfolgsgeschichte.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dort siedeln sich nicht nur Professoren an, um ihre eigenen Entwicklungen in Produkte umzusetzen, sondern auch viele kleine und mittlere Unternehmen.

Herr Dr. Löffler hat dankenswerterweise ausgeführt: Der Mittelstand ist das Herz von Baden-Württemberg, und diese kleinen und mittleren Unternehmen – das ist wenig bekannt – sind Weltmarktführer. Es gibt Unternehmen mit 30 Mitarbeitern, die hochmoderne Maschinen bauen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Da ist jede Maschine ein Unikat, und diese Leute verdienen damit Geld. Das ist wichtig für unsere Wertschöpfung, denn wir wollen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger ordentlich bezahlt werden. Wir haben nun zwei Tage lang über Wirtschaftspolitik diskutiert. Ich fand es sehr interessant, was vorhin Herr Wissenschaftsminister Dr. Frankenberg ausgeführt hat: Die Clusterinitiativen sind weiter fortgeschritten, als viele von uns annehmen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wer sich für diese Thematik nicht interessiert, hat, mit Verlaub, keine Ahnung.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU)

Es ist wichtig, dass wir uns nicht in negative Ideen hineinsteigern. Herr Hofelich hat völlig recht:

(Zuruf von der SPD: Er hat immer recht!)

Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich verändert.

(Zuruf: Ein guter Mann!)

- Ja, das ist ein guter Mann; das muss man sagen.

(Vereinzelt Beifall)

(Beate Fauser)

Die Stimmung hat sich ganz einfach verändert, seit Gewinnmaximierung das Thema in vielen Branchen ist. Früher hatten wir in Baden-Württemberg ausdrücklich die Wahrnehmung: Leben und leben lassen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist bayerisch!)

Wenn der Unternehmer gut verdient, sollen auch die Mitarbeiter gut verdienen, war die Devise.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Ein gutes Teamwork kommt nur durch ein gutes Miteinander zustande.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich hoffe, dass wir wieder stärker zu einer sozialen Marktwirtschaft zurückfinden, in der die Werte im Mittelpunkt stehen. Ich muss allen, die immer vom Neoliberalismus schwadronieren und irgendwelche Theorien in die Welt setzen, klar sagen: Ob man sich auf Röpke oder auf Müller-Armack bezieht – jeder weiß ganz genau, dass eine positive soziale Marktwirtschaft nur dann funktioniert, wenn wir soziale Werte ernst nehmen

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das wird die Krönung des Tages!)

Staatssekretär Richard Drautz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche Erholung kommt schneller voran, als wir alle es im Frühjahr angenommen hatten. Deshalb wollte ich eigentlich Frau Sitzmann, die versucht hat zu erreichen, dass diese Debatte abgesetzt wird – sie ist jetzt schnell entschwunden; nur eine Grünen-Abgeordnete ist noch da –,

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Die wird auch gleich gehen!)

in Ergänzung zu meiner eigentlichen Rede gern noch sagen, dass, was die Finanzausstattung von Unternehmen anbelangt, die Summen, die wir vergeben haben, schon noch um einige Prozentpunkte höher sind. Wir haben einige Millionen Euro mehr vergeben als der Bundesmediator.

Allein in Baden-Württemberg sind mehr Kredite zur Unterstützung von Firmen vergeben worden als im übrigen Bundesgebiet. Das muss man eindeutig sehen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Auskunft wäre für Frau Sitzmann sicher auch sehr interessant gewesen. Aber über dieses Thema werden wir hier noch einmal diskutieren. Im ersten Halbjahr 2010 wuchs die Wirtschaft im Land nämlich um 5 % und erreichte damit den Spitzenwert aller Bundesländer.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Der Hauptgrund für die positive Entwicklung ist der rasante Anstieg des Welthandels. Er hat eine kräftige Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen aus Baden-Württemberg ausgelöst.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Hierdurch wurden nicht nur das Exportgeschäft, sondern auch das Inlandsgeschäft beflügelt. Aufgrund der steigenden Auslastung der Kapazitäten investieren die Unternehmen wieder mehr, und die wachsende Beschäftigung sorgt für ein günstiges Konsumklima und höhere Konsumausgaben.

Die Gespräche mit den Unternehmen und den Wirtschaftsverbänden zeigen mir, dass die Stimmung in der baden-württembergischen Wirtschaft gut ist.

(Abg. Dieter Kleinmann und Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Unternehmen sind optimistisch, dass es weiter aufwärtsgeht.

Einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung haben unsere mittelständischen Unternehmen. Sie bilden – man kann es nicht oft genug wiederholen – das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft. Aus diesem Grund ist die Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft auch ein wichtiges Ziel unserer Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Thomas Knapp SPD: Ein bisschen für die Regierung geklatscht!)

Dass wir damit bislang durchaus erfolgreich waren, belegt das aktuelle Mittelstandsbarometer 2010.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist richtig! Die sind unzufrieden mit Herrn Mappus! Mappus fällt durch!)

Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die mittelständische Wirtschaft liegt Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Bundesländern an der Spitze.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ganz vorn dabei ist Baden-Württemberg bei der Zufriedenheit der Unternehmen mit der Mittelstandspolitik, der Infrastruktur- und der Förderpolitik.

Um die mittelständische Wirtschaft gezielt zu stärken, haben wir bereits Ende 2007 das "Zukunftsprogramm Mittelstand" auf den Weg gebracht. Im Jahr 2009 wurde das Programm vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung fortgeschrieben. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Die Landesregierung hat umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise und zur Rückgewinnung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums ergriffen. Diese haben – da bin ich mir ganz sicher – wesentlich zu der schnellen Erholung der baden-württembergischen Wirtschaft beigetragen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

(Staatssekretär Richard Drautz)

Doch bei allen Anstrengungen zur Stützung der Konjunktur haben wir ein Ziel nie aus unseren Augen verloren:

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Welches? – Vereinzelt Heiterkeit)

die nachhaltige Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unserer mittelständischen Unternehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Von den vielfältigen Maßnahmen, die alle im Mittelstandsbericht beschrieben sind, möchte ich an dieser Stelle nur einige wenige herausgreifen.

Von ganz enormer Bedeutung ist die Sicherung des Fachkräfteangebots für die baden-württembergische Wirtschaft. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften ist derzeit mit die größte Gefahr für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, so ist es! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es, leider!)

Nach aktuellen Umfragen haben schon heute 65 % der mittelständischen Betriebe in Baden-Württemberg Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden. Infolge der demografischen Entwicklung wird sich diese Situation in Zukunft weiter verschärfen. In Baden-Württemberg fehlen nach einer Prognose unter Status-quo-Bedingungen bereits im Jahr 2015 rund 280 000 Erwerbstätige. Im Jahr 2030 wären es bereits 500 000. Ohne Gegenmaßnahmen wird der Fachkräftemangel zu einem Dauerproblem und natürlich auch zu einem enormen Wachstumshemmnis.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ah ja!)

Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat deshalb im Jahr 2007 eine Fachkräfteinitiative gestartet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Deren Schwerpunkte sind die Verstärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Personen, von Frauen und von Personen mit Migrationshintergrund, die Steigerung der Absolventenzahl in den Ingenieurberufen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

und die Erleichterung der Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften. Mit vielfältigen Fördermaßnahmen setzen wir hier an. Sie reichen von der Verbundausbildung zwischen Kleinbetrieben über die gezielte Weiterbildung Älterer und die Beratung von Frauen bis zur intensiven Bewerbung des Ingenieurberufs.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschafts- und Mittelstandspolitik ist die Förderung von Innovationen. Mit unserer Technologiepolitik tragen wir dazu bei, dass die Unternehmen leistungsfähige Transferpartner vor allem im Bereich der wirtschaftsnahen Forschung vorfinden. Zur badenwürttembergischen Technologie- und Innovationspolitik gehören aber auch spezielle Programme für kleine und mittlere Unternehmen.

Baden-Württemberg war das erste Bundesland, das im Rahmen des "Zukunftsprogramms Mittelstand" Innovationsgutscheine an kleine Unternehmen ausgab.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Ich sage "war", weil Bayern dieses erfolgreiche Modell bereits übernommen hat.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha!)

Das Vorhaben stellt in der Tat eine Erfolgsgeschichte dar. Bislang konnten über 1 000 Gutscheine durch Forschungseinrichtungen unterstützt werden. Damit wurden nicht nur zahlreiche Innovationen befördert; ein wichtiger Effekt des Programms ist auch, dass die Zusammenarbeit der kleinen Unternehmen mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen gestärkt wird.

Auch unser ESF-Förderprogramm "Coaching" erfreut sich einer großen Inanspruchnahme. Über 800 Mittelständler haben dieses Programm bislang genutzt, um sich bei organisatorischen und technischen Innovationen durch einen externen Coach beraten zu lassen. Die starke Inanspruchnahme dieser Programme verdeutlicht, dass die Unternehmen im Land auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in Innovationen investieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu verbessern.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten hat eines ganz deutlich gezeigt: Unsere mittelständischen Unternehmen haben in den letzten zwei Jahren weder ihre Innovations- noch ihre Leistungskraft, noch ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Im Gegenteil: Mit einem Wirtschaftswachstum von über 3 % hat Deutschland die anderen europäischen Industrienationen weit hinter sich gelassen. Und innerhalb Deutschlands ist Baden-Württemberg wieder einmal Klassenprimus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Knapp SPD: Das hat aber nichts mit der Landesregierung zu tun! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nur! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Natürlich! Die Wirtschaft profitiert von der Landesregierung! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort hat der Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Richard Drautz: Ich bin davon überzeugt: Auch die baden-württembergische Mittelstandspolitik hat maßgeblich dazu beigetragen –

(Staatssekretär Richard Drautz)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD – Zurufe: Sehr gut!)

auch wenn der Opposition das nicht gefällt.

Die Grünen sind schon bis auf eine Abgeordnete nach Hause gegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unglaublich!)

Vor lauter Stuttgart 21 interessieren sich die Grünen nicht mehr für Wirtschaftspolitik, obwohl die Wirtschaft dies braucht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo, Herr Staatssekretär! – Zuruf von der CDU: Zugabe!)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie nehmen von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Punkt 11 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. September 2010 – Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2011 bis 2014 – Drucksachen 14/6936, 14/7044

Berichterstatterin: Abg. Christine Rudolf

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Juli 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 – Beitrag Nr. 8: Erhöhungsanträge bei Infrastrukturmaßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs – Drucksachen 14/6764, 14/7045

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 9: Förderung von Brückenbauten – Drucksachen 14/6466, 14/7046

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 15 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 8: Rad- und Gehwegbau – Drucksachen 14/6570, 14/7047

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 7. Oktober 2010 – Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 70 bzw. nach § 3 StHG 2010/11 Abs. 19 in der Fassung des Nachtrags 2010/11 – Drucksachen 14/7033, 14/7058

Berichterstatter: Abg. Dr. Nils Schmid

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juli 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Sonderausschusses "Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt"

- a) Kapitel 1: Gewaltprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- b) Kapitel 2: Zugang zu Waffen
- c) Kapitel 3: Gewaltdarstellung in Medien, u. a. in Computerspielen
- d) Kapitel 4: Sicherheitsmaßnahmen an Schulen

Drucksachen 14/6775, 14/6776, 14/6777, 14/6778, 14/7055

Berichterstatter: Abg. Guido Wolf

Auch hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

(Stelly. Präsidentin Christa Vossschulte)

Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 4. August 2010 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Zukünftige europäische Tourismuspolitik – Drucksachen 14/6817, 14/7042

Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 19 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/7060, 14/7061, 14/7062, 14/7063, 14/7064

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 20 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/6962

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 24. November 2010, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:59 Uhr